

Die Zukunft nicht verspielen!

**Beiträge zur Wirtschaftspolitik
aus dem Jahr 2025**

Veronika Grimm | Energy Systems and Market Design Lab





Prof. Dr. Veronika Grimm
University of Technology Nürnberg

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach den einschneidenden Krisen der vergangenen Jahre und im Zuge der geopolitischen Veränderungen stehen Deutschland und Europa vor immensen Herausforderungen. Die deutsche Wirtschaft stagniert noch immer und hat weiter an Wettbewerbsfähigkeit verloren, die Sozialausgaben steigen in einer alternden Gesellschaft. Gleichzeitig sollen Klimaschutz, Digitalisierung sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Verteidigungsfähigkeit gelingen.

Die Koalition aus CDU/CSU und SPD stand in diesem Jahr vor immensen Herausforderungen. Mit der Aufweichung der Schuldenbremse wurden zwar schon vor Abschluss des Koalitionsvertrags umfangreiche Verschuldungsspielräume für die Stärkung von Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben geschaffen, entscheidende Strukturreformen sind im Jahr 2025 aber bisher ausgeblieben. Im Jahr 2026 wird die neue Regierung strukturelle Reformen in den Mittelpunkt stellen müssen, um die Zukunft nicht zu verspielen.

Deutschland und Europa wollen und sollten den Anspruch haben, die Transformationen global mitgestalten. Aber unsere Demokratien ringen alle um den richtigen Weg, ihr Innovationspotential zu heben und in der Bevölkerung den Mut zu mehr Fortschritt zu mobilisieren. Ohne Strukturreformen wird das nicht gehen. Aber ohne den Willen der Menschen und ihr Engagement geht es in einer Demokratie eben auch nicht. Daher ist die wirtschaftspolitische Debatte so wichtig, die die Notwendigkeit von Reformen erklärt.

Wie steht es um die Wettbewerbsfähigkeit und Staatsfinanzen? Was sind wichtige wirtschaftspolitische Weichenstellungen? Wie sollte es weitergehen in der Energie- und Klimapolitik, bei den Staatsfinanzen oder in der Rentenpolitik? Damit befassen sich die Beiträge in diesem Heft, die im Jahr 2025 begleitend zu der wirtschaftspolitischen Debatte in verschiedenen Medien erschienen sind und hier nochmals abgedruckt werden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und freue mich auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatte im kommenden, für Deutschland so wichtigen Jahr 2026.

Ihre

Veronika Grimm



Inhalt

7 **Staat, Schulden und soziale Sicherung**

- 8 Schwaches Mandat, große Probleme
Handelsblatt, 26. Februar
- 10 Diese Schuldenpakete gefährden unseren Wohlstand
Die Zeit, 11. März, von sieben führenden Ökonomen
- 13 Eine Billion darf kein konjunkturelles Strohfeuer auslösen
Handelsblatt, 18. März
- 15 EU-Regeln gefährden Merz' Milliardenplan - Warnungen verhallten
Handelsblatt, 30. April
- 17 So sollte das Rentensystem stabilisiert werden
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. September, mit Justus Haucap, Stefan Kolev und Volker Wieland
- 22 Frankreich als Weckruf – Deutschland braucht einen klaren Reformkurs
WirtschaftsWoche, 14. September
- 24 Der Sachverständigenrat sollte die Umverteilungs- debatte nicht befeuern
Table.Briefings, 12. November
- 28 Ohne Reformen drohen höhere Schulden oder höhere Steuern
WirtschaftsWoche, 12. November
- 32 Der Regierung fehlt die Bereitschaft für langfristige Politik
Handelsblatt, 01. Dezember, mit Jens Vollert

35 **Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit**

- 36 Wie sich die Abwanderung der Industrie bremsen lässt
Handelsblatt, 04. April, mit Wolf Heinrich Reuter
- 38 So kommt noch kein nachhaltiges Wachstum
Table.Briefings, 30. Juni
- 40 Macht Grundschulen zu Ganztagschulen
WirtschaftsWoche, 13. Juli
- 44 Deutschland braucht private Investitionen in Infrastruktur
Handelsblatt, 21. Juli, mit Lars Feld
- 46 Deutschland hat das Maß verloren
Handelsblatt, 23. Juli
- 48 Deutschland verspielt seine Zukunft
Handelsblatt, 03. September
- 49 Mehr Realismus bitte!
Handelsblatt, 26. November
- 50 Deutschland braucht diese Wachstumsagenda
WirtschaftsWoche, 12. Oktober

53 Europa und die veränderte Globale Ordnung

- 54 Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr freie Rede
DIE WELT, 03. Januar
- 58 Wenn das Sicherheitspaket von Schwarz-Rot selbst zum Risiko wird
Table.Briefings, 09. März
- 60 Freihandel mit den USA wäre die beste Lösung
WirtschaftsWoche, 13. April
- 62 Seltene Erden sind eine Achillesferse Europas
Table.Briefings, 17. April
- 64 Warum der Weg zu EU-Schulden unwahrscheinlich ist
WirtschaftsWoche, 11. Mai
- 66 Die Bundesregierung sollte das Momentum nutzen
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Mai
- 69 Die Fixierung der EU auf Risikovermeidung wird immer mehr zum
Wettbewerbsnachteil
WirtschaftsWoche, 08. Juni
- 72 Europas strategische Bewährungsprobe
WirtschaftsWoche, 11. August
- 75 Augen auf für die Welt, wie sie ist
Handelsblatt, 14. Oktober
- 77 Vorstellung Veronika Grimm





Staat, Schulden und soziale Sicherung

Schwaches Mandat, große Probleme

von Veronika Grimm

Erschienen am
26.02.2025 als
Gastkommentar im
Handelsblatt

Foto: ©Adobe Stock



Um den Zulauf zu extremen Parteien zu stoppen, darf die zukünftige Regierung keine Fehler mehr machen. Die Klimapolitik muss kosteneffizienter werden - das Geld kann in die Verteidigung fließen.

Die vorgezogene Bundestagswahl ist vorüber. Im weltweiten Vergleich kann sich Deutschland glücklich schätzen. Die TV-Debatten waren weitgehend sachlich, wenn auch mit zu wenig Fokus auf die Wirtschaft. Das Wahlergebnis ermöglicht eine Zweierkoalition, die Akteure begegnen sich meist respektvoll, und die Verlierer der Wahl ziehen persönliche Konsequenzen. Eine neue Generation übernimmt die Führung - eine Chance für das Land.

Andererseits hat ein großer Teil der Wähler für extreme Parteien gestimmt. Das Potenzial der AfD

dürfte noch nicht ausgeschöpft sein, Linke und BSW kommen zusammen auf fast 14 Prozent. Die Linke und die AfD haben im neuen Parlament eine Sperrminorität, sind allesamt russlandfreundlich und lehnen höhere Verteidigungsausgaben ab. Die SPD ist geschwächt und steht vor einem Spagat zwischen Regierungsverantwortung und innerparteilicher Aufarbeitung.

Um den Zulauf zu extremen Parteien zu stoppen, muss die Politik liefern - vor allem in der Migrations- und Wirtschaftspolitik. Deutschland steckt in einer schweren Strukturkrise und braucht

eine ambitionierte Wachstumsagenda. In den vergangenen Jahren haben fast alle Industriestaaten die Unternehmensteuern deutlich gesenkt, die USA haben gar eine weitere Absenkung auf 15 Prozent angekündigt. Niedrigere Unternehmen- und Einkommensteuern sowie reduzierte Lohnnebenkosten sind daher essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Damit einhergehen müssen Strukturreformen in den Sozial- und Gesundheitssystemen, um die Ausgaben im Zaum zu halten. Außerdem braucht es eine Deregulierungsoffensive, die die Belastungen für die Unternehmen deutlich senkt.

Zugleich ist eine Neuausrichtung der Energiepolitik notwendig, die auf Kosteneffizienz setzt und die Klimaziele im Blick behält.

Bei der Umsetzung der Energiewende gibt es große Einsparpotenziale. Da die Elektrifizierung nicht so schnell vorangeht, könnte die Netzausbauplanung angepasst werden. Weniger Netzausbau, Priorisierung der Beseitigung großer Engpässe sowie Freileitungen statt Erdkabel könnten mittlere zweistellige Milliardenbeträge einsparen. Statt wasserstofffähiger Kraftwerke sollten schnell günstigere Gaskraftwerke gebaut werden. Zudem sollte die Regierung neben grünem auch blauen Wasserstoff nutzen, um die Versorgung schneller und kostengünstiger zu sichern.

Basierend auf den Spielräumen, die im Haushalt geschaffen werden können, müssen die Verteidigungsausgaben erhöht werden. In enger EU-Kooperation sollten Mittel effizient genutzt, Waffensysteme vereinheitlicht und Skaleneffekte durch Massenproduktion erzielt werden. Die Bundesregierung sollte darauf achten, einen großen Teil der Gelder in die militärische Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI), Raumfahrt und weiteren innovativen Technologien sowie in den Auf- und Ausbau von Infrastrukturen zu lenken. Auf diese Art kann es -wie in der Vergangenheit in den USA - gelingen, Spill-over-Effekte für das zukünftige Wachstum zu generieren.

Eine große Herausforderung wird auch darin bestehen, die Armee und die Wehrhaftigkeit der deutschen Bevölkerung über eine Wiedereinführung einer Dienstpflicht zu stärken. Die Landesverteidigung ist eine Daueraufgabe und sollte über Umschichtungen perspektivisch aus dem

„Eine große Herausforderung wird auch darin bestehen, die Armee und Wehrhaftigkeit der Bevölkerung zu stärken.“

Kernhaushalt finanziert werden. Gelingt dies nicht sofort, so eröffnet die Notfallklausel der Schuldenbremse die Möglichkeit, mit einfacher Mehrheit im Bundestag auch kurzfristig zusätzliche Mittel in der notwendigen Höhe bereitzustellen. Dadurch hätte die Bundesregierung ausreichend Zeit, um die Umschichtungen im Haushalt ohne unzumutbare Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen zu bewältigen. Diese Option besteht aber nur, wenn auf europäischer Ebene die Fiskalregeln für Aufwüchse bei den Verteidigungsausgaben ausgesetzt werden.

Die Migrationspolitik muss Flüchtlingszahlen begrenzen und Arbeitsmigration gezielt fördern. Um die Zahl der Asylanträge wirksam zu reduzieren, sollten sichere Drittstaatenabkommen angestrebt werden und weitere Staaten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ist aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels dringend notwendig und muss einhergehen mit einer Bildungsoffensive, die zu einer besseren Integration von Zugewanderten und zu besseren Bildungschancen für alle jungen Menschen in Deutschland führt. Unerlässlich wird es sein, die fröhkindliche Bildung zu stärken, um den Kindern Lebenschancen zu öffnen und zugleich dafür zu sorgen, dass ihre Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen können.

Die neue Bundesregierung muss liefern und Streit vermeiden - vor allem in der Öffentlichkeit. Gelingt es Deutschland, seine Herausforderungen zu meistern und in Europa Führungsstärke und Kooperationsbereitschaft zu verbinden, stärkt das auch die gemeinsame Vision eines wirtschaftlich starken, innovativen und geopolitisch handlungsfähigen Europas - und damit das Vertrauen der Menschen.

Dieser Artikel ist am 26.02.2025 als Gastkommentar im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Diese Schuldenpakete gefährden unseren Wohlstand

von **Lars Feld, Veronika Grimm, Justus Haucap, Wolf Heinrich Reuter, Christoph M. Schmidt, Carl Christian von Weizsäcker und Volker Wieland**

Erschienen am
11.03.2025 als
Gastbeitrag
in die Zeit



Sieben führende Ökonomen warnen vor steigenden Zinsen und Inflation angesichts des XXL-Finanzpakets, das der Bundestag verabschieden solle. Foto © Adobe Stock

Union und SPD planen de facto das Ende der Schuldenbremse. So verlängern sie ineffiziente Subventionen und heizen die Inflation an. Fünf Punkte, was jetzt passieren muss

Wir befinden e Am Donnerstag wird der Bundestag erstmals über eine Reform der Schuldenbremse und ein milliardenschweres Sondervermögen beraten. Hier warnen sieben führende Ökonomen vor einem Aufweichen der Schuldenbremse.

Die schnelle und umfassende Steigerung der Verteidigungsfähigkeit Europas ist unerlässlich. Dazu gehört nicht nur militärische Ausrüstung: Fiskalische Handlungsfähigkeit und nachhaltige wirtschaftliche Stärke sind ebenso zentrale Pfeiler von Verteidigungsfähigkeit. Das von CDU/CSU und

SPD vorgeschlagene Schuldenpaket ist daher nicht nur ökonomisch fragwürdig, sondern auch sicherheitspolitisch riskant. Bei der Konzeption des Pakets haben grundlegende ökonomische Zusammenhänge zu wenig Aufmerksamkeit erfahren, was für die Zukunft große Risiken birgt.

In einer Währungsunion mit zentraler Geldpolitik und dezentraler Fiskalpolitik ist es elementar, dass die Verschuldung der Mitgliedstaaten strengen Regeln unterliegt. Deutschland wird mit dem geplanten Schuldenpaket die aktuellen europäischen Fiskalregeln verletzen, selbst dann, wenn die Europäische Kommission Ausnahmen für die Verteidigungsausgaben zulässt. Ein solches Signal schwächt nicht nur die eigene fiskalische Glaubwürdigkeit: Es wird vielmehr schwer werden, anderen Mitgliedstaaten ähnliche Verschuldungsmaßnahmen oder gar eine europäische Kreditaufnahme zu verweigern. Damit dürfte die Verschuldung in Europa weiter ansteigen.

Schuldenpaket untergräbt europäische Finanzstabilität

Schon in der Corona- und der Energiekrise zeigte sich, dass einzelne Mitgliedstaaten nicht in der Lage waren, ihre Krisenreaktion eigenständig zu finanzieren. Wenn am Ende nur noch die Europäische Zentralbank einspringen kann, um Zinsanstiege zu dämpfen oder Zahlungsunfähigkeit abzuwenden, gerät ihr Mandat der Preisstabilität unter Druck. Das Schuldenpaket riskiert daher, die Fragilität und Krisenanfälligkeit der europäischen Staatsfinanzen noch erheblich zu verstärken und einer Erhöhung der Inflation Vorschub zu leisten. Das untergräbt die Verteidigungsfähigkeit Europas.

Unabhängig davon wird die fiskalische Handlungsfähigkeit durch höhere Zinsausgaben eingeschränkt – und das auf viele Jahre und über Generationen hinaus. Deutschland ist als Zinsanker für Europa von zentraler Bedeutung: Höhere deutsche Zinsen führen auch zu höheren Zinsen in anderen Mitgliedstaaten. In ganz Europa müssten über die Zeit immer größere Anteile der öffentlichen Haushalte für Zinsen ausgegeben werden. Bereits die Ankündigung des Schuldenpaketes ließ die Renditen auf deutsche Staatsanleihen um bis zu 0,4 Prozentpunkte ansteigen – das entspricht allein auf den Bestand der bisherigen Schulden langfristig bis zu etwa sieben Milliarden Euro an zusätzlichen Zinsausgaben für den Bund. Weitere Milliarden würden durch das neue Schuldenpaket hinzukommen. Diese

„Wirksame Fiskalregeln aber sind wichtig: Sie zwingen die Politik, Prioritäten zu setzen, Zielkonflikte offen zu adressieren und strukturelle Reformen anzugehen.“

Einschränkung der fiskalischen Handlungsfähigkeit belastet kommende Generationen und wirkt sich negativ auf die Verteidigungsfähigkeit aus.

Prioritäten müssen gesetzt werden

Die deutsche Volkswirtschaft steht vor tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen – vom Fachkräftemangel über überbordende Bürokratie bis hin etwa zu einem schwachen Produktivitätswachstum. Das Schuldenpaket könnte zwar kurzfristig Wachstumseffekte bringen, dürfte aber das Wachstumspotenzial nicht nachhaltig und langfristig stärken. Das Vorhaben schafft die Schuldenbremse de facto ab. Wirksame Fiskalregeln aber sind wichtig: Sie zwingen die Politik, Prioritäten zu setzen, Zielkonflikte offen zu adressieren und strukturelle Reformen anzugehen.

Mit scheinbar unbegrenzten fiskalischen Ressourcen entfällt dieser Druck. Bereits das Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD ist ein Paradebeispiel dafür. Viel Geld wird für teure Subventionsprojekte vorgesehen, Druck für dringend notwendige Strukturreformen scheint aber nicht vorhanden zu sein. Um die verfügbaren Mittel bestmöglich einzusetzen, nicht zuletzt zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, braucht es jedoch weitreichende Strukturreformen, um den Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.

Inwieweit die zusätzliche Verschuldung nachhaltig ein höheres Wachstum nach sich zieht, hängt insbesondere davon ab, wofür die Mittel verwendet werden. Aktuell zeichnet sich ab, dass nicht etwa nur zusätzliche Verteidigungsausgaben und Infrastrukturinvestitionen finanziert werden sollen. Vielmehr soll durch die zusätzliche Verschuldung Platz im Haushalt geschaffen werden, um indirekt auch ganz andere Ausgaben zu tätigen: etwa für eine höhere Mütterrente, die Anhebung der Pendlerpauschale, niedrigere Mehrwertsteuer bei der Gastronomie, für die Subventionierung des Agrardiesels und der Industrie. Auch bei den Länderhaushalten dürfte die zusätzliche Verschuldung für Konsum- und Transfer-

ausgaben verwendet werden.

Ineffiziente Subventionen, hohe Sozialausgaben oder die überbordende Bürokratie können so über Schulden finanziert werden und werden effektiv einer kritischen Betrachtung entzogen. Eine breite wissenschaftliche Literatur zeigt dieses Problem auf; bereits bei früheren Diskussionen über die Aufweichung der Schuldenbremse wurde vielfach darauf hingewiesen.

Doch selbst wenn sichergestellt würde, dass nur zusätzliche Infrastrukturinvestitionen finanziert werden, bliebe der langfristige Effekt unklar. Zum einen ist Infrastruktur nicht gleich Infrastruktur. Investitionen in Pflegeheime und Fernwärmenetze haben nicht dieselbe produktivitätssteigernde Wirkung wie Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung, von echten Fehlinvestitionen ganz zu schweigen.

Ausbremsen von privaten Investitionen

Zum anderen könnten die aufgrund des Anstiegs der Verschuldung steigenden Zinsen private wirtschaftliche Aktivitäten bremsen. Überdies dürfte das Schuldenpaket eine höhere Inflation auslösen. Treffen unbegrenzte finanzielle Ressourcen der Politik auf beschränkte Kapazitäten von wenigen Rüstungsunternehmen, dürften die Preise schnell ansteigen. Diese Situation ist heute schon im Bausektor zu beobachten. All dies wird die Verteidigungsfähigkeit nicht stärken.

Langfristiger Effekt unklar

Wenn es der Politik wirklich um die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und wirtschaftlichen Stärke Deutschlands und Europas – und nicht nur um die Aufweichung ungeliebter Fiskalregeln – geht, dann wäre ein anderes Vorgehen angezeigt:

1. Effizienz vor Geld: An erster Stelle muss bei der Verteidigung die Verbesserung der Beschaffung, die Koordinierung mit den europäischen Partnern und die Steigerung der Effizienz stehen. Zudem braucht es umfassende Maßnahmen, um die Kapazitäten der Volkswirtschaft insbesondere im Bereich der Verteidigung zu erhöhen.

2. Klar begrenzte temporäre Verschuldung: Es kann durchaus notwendig sein, den Anstieg der Verteidigungsausgaben in den ersten Jahren über zusätzliche Verschuldung zu finanzieren. Das muss

allerdings zeitlich und im Umfang begrenzt geschehen, denn schon mittelfristig muss die Kernaufgabe Verteidigung komplett aus dem Haushalt finanziert werden. Bei der Ausgestaltung der Regelung ist darauf zu achten, dass jedenfalls zusätzliche und nur eng definierte Verteidigungsausgaben einberechnet werden. Zudem braucht es eine Befristung oder ein Ausphasen der Maßnahmen, etwa im Einklang mit den europäischen Ausnahmeregelungen.

3. Keine neue Aufweichung europäischer Fiskalregeln: Deutschland sollte kein Signal senden, das weitere Sonderwege oder Schuldenausnahmen legitimiert. Es sollte kein Anlauf unternommen werden, um die europäischen Regeln nochmals zu ändern. Das dürfte Tür und Tor für weitere Ausnahmewünsche öffnen. Bei den europäischen Regeln muss der Fokus auf der konsequenten Durchsetzung und Reduktion der hohen Schuldenstände, nicht auf zusätzlichen Ausnahmen liegen.

4. Haushaltspolitische Priorisierung: Die Struktur des Bundeshaushalts muss sich an die Prioritäten anpassen und bereits in wenigen Jahren höhere Verteidigungsausgaben und höhere Investitionen ohne zusätzliche Verschuldung finanzieren können.

5. Strukturreformen: Um die wirtschaftlichen Herausforderungen anzugehen, braucht es Maßnahmen, die tatsächlich das Potenzialwachstum signifikant erhöhen.

Fiskalische Solidität ist keine lästige Bremse, sondern ein Fundament – für Wohlstand und Stabilität sowie Verteidigungsfähigkeit und Souveränität. Wer Europas Sicherheit langfristig stärken will, muss genau hier ansetzen.

Die Autoren

Lars Feld (Walter Eucken Institut)
Veronika Grimm (Technische Universität Nürnberg)
Justus Haucap (Heinrich Heine Universität Düsseldorf)
Wolf Heinrich Reuter (Österreichische Nationalbank)
Christoph M. Schmidt (RWI-Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung)
Carl Christian von Weizsäcker (Universität zu Köln)
Volker Wieland (Goethe-Universität Frankfurt)

Dieser Artikel ist am 11.03.2025 in die Zeit erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Eine Billion darf kein konjunkturelles Strohfeuer auslösen

von Veronika Grimm



Erschienen am
18.03.2025 als
Kolumne im
Handelsblatt

Drohen nun Subventionsprogramme statt Strukturreformen, so wäre das schlecht für Deutschland und Europa. Der nächste Schritt ist die Aufweichung der europäischen Fiskalregeln.

Der Bundestag hat das größte Schuldenpaket in der deutschen Geschichte verabschiedet. Nach intensiven Verhandlungen zwischen allen Parteien, die für die Zweidrittelmehrheit notwendig waren, sowie den Bundesländern stehen der kommenden Bundesregierung nun absehbar immense Summen zur Verfügung. Aber die Herausforderungen fangen erst an.

Die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, war in der aktuellen geopolitischen Lage unumgänglich. Die darüber hinausgehenden Mittel, das Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro sowie

die Lockerung der Schuldenbremse für die Länder, waren ein Zugeständnis an die Sozialdemokraten und die Länder, damit die höheren Verteidigungsausgaben ermöglicht werden konnten.

Anders als bei der Ankündigung des Pakets suggeriert („whatever it takes“), ist bei Verschuldung aber „mehr“ nicht unbedingt besser. Bei Verteidigungsausgaben von 3,5 Prozent des BIP würden in Zukunft jährlich rund 170 Milliarden zusätzlich kreditfinanziert zur Verfügung stehen, das ist etwa 40 Prozent des aktuellen Bundeshaushalts.

Schon kurz nach der Ankündigung der Mittel sind die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen um 29 Basispunkte nach oben geschossen, ein Sprung wie seit 30 Jahren nicht mehr. Auch die Zinsen für die Staatsanleihen anderer Länder in der Euro-Zone, die mit den Zinsen für deutsche Staatsanleihen gekoppelt sind, sind gestiegen.

Dies erschwert in Zukunft den hochverschuldeten Mitgliedern der Euro-Zone, etwa Spanien, Frankreich oder Italien, die Finanzierung ihrer Verteidigungsausgaben und dürfte schon bald zu einer Aufweichung der europäischen Fiskalregeln und der Diskussion über gemeinsame europäische Schulden führen.

Deutschland muss es nun gelingen, durch konsequente Strukturreformen nachhaltiges Wachstum auszulösen. Aktuell stagniert die deutsche Wirtschaft, und große Bereiche der Industrie und der Bauwirtschaft leiden an Unterauslastung. Diese sogenannte Produktionslücke dürfte durch die zusätzliche Nachfrage zunächst geschlossen werden. So entsteht in den kommenden Jahren bis 2027 zunächst ein zusätzlicher Wachstumsimpuls, der aber zum Erliegen kommen kann, wenn die Wirtschaft wieder voll ausgelastet ist.

Gefahr eines Strohfeuers

Damit die zusätzlichen Mittel nicht nur ein Strohfeuer auslösen, sondern tatsächlich zu nachhaltigem Wachstum führen, muss das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft steigen, das aktuell nur bei ungefähr 0,4 Prozent pro Jahr liegt.

Gelingt es nicht, auch in großem Umfang private Investitionen zu mobilisieren, die das Wachstumspotenzial deutlich erhöhen, so dürfte in dem Moment, wo die deutsche Wirtschaft wieder in der Vollauslastung ist, die zusätzliche Nachfrage in die Preise gehen.

Inflation droht dann in einer Situation, die für die europäische Zentralbank herausfordernd ist: Sie muss neuem Inflationsdruck konsequent begegnen, um das Vertrauen in die Preisstabilität aufrechtzuerhalten. Aber zugleich sind verschiedene europäische Mitgliedstaaten der Euro-Zone vulnerabel aufgrund ihrer hohen Verschuldung und ihres gleichzeitig hohen Finanzierungsbedarfs.

Um die negativen Auswirkungen der neuen Schulden zu vermeiden, muss Deutschland wachsen. Der Reformdruck ist daher größer als

„Deutschland muss es nun gelingen, durch konsequente Strukturreformen nachhaltiges Wachstum auszulösen.“

zuvor, die Politik darf nicht der Versuchung erliegen, Wahlgeschenke zu verteilen. Hoffentlich realisiert sie dies in den Koalitionsverhandlungen.

Dieser Artikel ist am 18.03.2025 als Kolumne im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

EU-Regeln gefährden Merz' Milliardenplan - Warnungen verhallten

von Veronika Grimm



Wenn die Verteidigungsfähigkeit der EU kurzfristig deutlich gestärkt werden muss, könnte am Ende kaum ein Weg an gemeinsamer Verschuldung vorbeiführen.

Die erst im Jahr 2024 reformierten europäischen Fiskalregeln stehen der Nutzung der neuen Verschuldungsspielräume durch die zukünftige Bundesregierung im Weg. Was sich für manche überraschend anhört, war schon Mitte März in der Anhörung zu den Gesetzesentwürfen im Haushaltungsausschuss klar. Mehrere Gutachter, auch ich selbst, hatten dies angemerkt und in ihren schriftlichen Stellungnahmen ausgeführt. Interessiert hat es aber niemanden.

Für Verteidigungsausgaben dürfte die Europäische Kommission lediglich eine temporäre Ausnahme von den Schuldenregeln für eng definierte Verteidigungsausgaben beschließen, sodass mittelfristig auch in Deutschland die Verteidigungsausgaben aus dem Kernhaushalt gestemmt werden müssten. Dies steht im Gegensatz zu den Plänen, Verteidigungsausgaben oberhalb von ein Prozent des BIP dauerhaft von der Schuldenbremse auszunehmen.

Für weitere schuldenfinanzierte Investitionen lassen die reformierten EU-Fiskalregeln keine nennenswerten Spielräume. Eine einfache Lösung ist nicht in Sicht, denn viele andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union stehen einer Lockerung der europäischen Fiskalregeln mittlerweile skeptisch gegenüber.

Selbst wenn die Regeln gelockert würden - worauf in Deutschland manche hoffen -, wäre damit hochverschuldeten Staaten wie Frankreich, Italien oder Spanien wenig geholfen. Aufgrund ihrer ohnehin angespannten Finanzlage könnten diese Länder zusätzliche Verteidigungsausgaben kaum über neue Schulden finanzieren, da die Kapitalmärkte darauf mit höheren Risikoausfällen oder eingeschränkter Nachfrage nach ihren Anleihen reagieren würden.

Gedanken über eine gemeinsame europäische Verschuldung

Bereits kurz nach der Ankündigung der deutschen Schuldenpläne wurde daher die Forderung nach gemeinsamer europäischer Verschuldung wieder aufgegriffen. Europäische Anleiheemissionen unter Einbeziehung Deutschlands als finanzpolitischem Stabilitätsanker würden insbesondere hochverschuldeten Mitgliedstaaten neue Spielräume zu günstigeren Konditionen eröffnen. Für Deutschland selbst wäre eine Beteiligung jedoch ökonomisch wenig attraktiv, da es sich eigenständig günstiger finanzieren kann und bei gemeinsamer Verschuldung höhere Risiken mittragen und möglicherweise sogar auslösen würde.

Wenn aber die Verteidigungsfähigkeit der EU kurzfristig deutlich gestärkt werden muss, könnte am Ende kaum ein Weg an gemeinsamer Verschuldung vorbeiführen. Friedrich Merz sollte unbedingt vermeiden, den Fehler aus der Zeit vor den Koalitionsverhandlungen zu wiederholen: eine Zustimmung zu weiteren Schulden vor den Verhandlungen über die Ausgestaltung auf europäischer Ebene.

„Selbst wenn die Regeln gelockert würden - worauf in Deutschland manche hoffen -, wäre damit hochverschuldeten Staaten wie Frankreich, Italien oder Spanien wenig geholfen.“

Nutzt der nächste deutsche Kanzler seine Verhandlungsposition, könnte er allerdings eine historische Chance ergreifen

Schafft er es, eine tiefere politische Integration und die Übertragung von Entscheidungsrechten - etwa in der Fiskalpolitik oder Verteidigung - auf die europäische Ebene durchzusetzen, könnte nicht nur Europas Position in einer polarisierten Welt gestärkt werden, sondern auch der Zusammenhalt innerhalb der EU.

Dieser Artikel ist am 30.04.2025 als Gastkommentar im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

So sollte das Rentensystem stabilisiert werden

von Veronika Grimm, Justus Haucap, Stefan Kolev und Volker Wieland



Erschienen am
10.09.2025 in der
Frankfurter
Allgemeine
Zeitung (FAZ)

Verschleppt die schwarz-rote Koalition durchgreifende Reformen der Alterssicherung, gefährdet sie nicht nur die Wachstumseffekte ihrer Steuer- und Energiepolitik. Sie riskiert soziale Konflikte.

Der Bundeskanzler hat einen „Herbst der Reformen“ mit einem „wirklichen Wechsel der Sozialpolitik“ angekündigt. In der Tat sind Reformen in der Sozialpolitik dringend nötig. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen, die man früher einmal auf 40 Prozent des Bruttolohns hat begrenzen wollen, steuern ohne Reformen oder steigende Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt bis zum Ende der Legislaturperiode auf mehr als 45 Prozent zu. Knapp die Hälfte davon macht die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) aus.

Diese Dynamik droht nicht nur haushaltspolitische Freiräume zunehmend einzuziehen. Werden Fehlentwicklungen nicht zügig angegangen, kann

die finanzielle Schieflage der GRV (sowie die immensen Herausforderungen in den anderen Sozialversicherungen) der Attraktivität des Standortes bald schwer schaden. Selbst wenn auf anderen Gebieten wie der Energie- oder Steuerpolitik nennenswerte Reformschritte erfolgen, läuft die Bundesregierung Gefahr, die daraus folgenden Wachstumseffekte durch die Passivität in der Rentenpolitik zu konterkarieren. Das Ausbleiben einer Rentenreform hätte zudem nicht nur enorme ökonomische Kosten. Ein dysfunktionales Rentensystem birgt sozialen Sprengstoff für unsere alternde Gesellschaft.



Die Dynamik der GRV lässt sich anhand einiger Kennzahlen abilden. Bis zum Jahr 2036 erreichen fast 20 Millionen Personen der geburtenstarken Jahrgänge das Renteneintrittsalter. Der Altenquotient -das Verhältnis der Menschen im Rentenalter (65 Jahre und älter) zu jenen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) - wird in den kommenden Jahren aufgrund der seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenrate deutlich steigen. Auch Zuwanderung in den Beitragszahlerkreis kann diese Entwicklung letztlich nicht stoppen.

Die umlagefinanzierte Rentenversicherung gerät unter Druck

Der Altenquotient dürfte von fast 40 Prozent im Jahr 2025 auf etwa 50 Prozent im Jahr 2035 ansteigen. Plastisch ausgedrückt heißt das, dass im Jahr 2035 auf zwei Personen im erwerbsfähigen Alter rechnerisch eine Person im Rentenalter kommt, während es heute noch 2,5 Personen im erwerbsfähigen Alter sind. Im Vergleich zu manch anderen Prognosen sind diese Vorausberechnungen sehr zuverlässig und mit relativ geringer Unsicherheit behaftet. Denn die Altersstruktur der heute lebenden Bevölkerung ist bekannt, und ein Großteil der heute 55-Jährigen wird in zehn Jahren 65 Jahre alt sein. Große Migrationswellen, die

diese Struktur wesentlich verschieben könnten, sind aktuell nicht absehbar.

Da nicht alle erwerbsfähigen Personen erwerbstätig sind, ist für die gesetzliche Rentenversicherung letztlich nicht das demographische, sondern das tatsächliche Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern entscheidend. Dies ist zwar nicht genauso zuverlässig zu prognostizieren wie die Bevölkerungsentwicklung, könnte aber sogar noch ungünstiger ausfallen.

Aufgrund dieser Verschiebungen gerät die umlagefinanzierte Rentenversicherung zunehmend unter Druck. Strukturelle Reformen, die ihre Tragfähigkeit sicherstellen, wurden bisher nicht umgesetzt. Die Schieflage ist nicht versteckt -wie die implizite Verschuldung für Beamtenpensionen -, sondern deutlich erkennbar an den steigenden Beitragssätzen und am Bundeszuschuss zur GRV. Dieser Zuschuss aus dem Bundeshaushalt ist in absoluten Beträgen stark angestiegen, von 62,4 Milliarden 2015 auf 84,3 Milliarden Euro 2023. Selbst wenn die Höhe des Zuschusses relativ zu den Rentenzahlungen stabil bleibt (im obigen Zeitraum etwa 23 Prozent), wird er mit den Kosten der Rente relativ zu Einkommen und Wirtschaftsleistung steigen. Die Bundesmittel, die insgesamt in die gesetzliche Rentenkasse fließen, sind gar von

84,9 Milliarden Euro 2015 auf 112,5 Milliarden Euro 2023 angestiegen.

Wirksame Reformen werden schon lange beschrieben

Die Gesetzliche Rentenversicherung finanziert sich in Deutschland nahezu ausschließlich über das Umlageverfahren. Rücklagen und Kapitaldeckung spielen kaum eine Rolle. Damit hängt die langfristige Stabilität wesentlich von der Bevölkerungsentwicklung und der Dynamik des Arbeitsmarkts ab. Die Trends sind eindeutig: Die Lebenserwartung steigt, die Arbeitsproduktivität stagniert, und jede neue Generation ist (ohne Migration) aufgrund der niedrigen Geburtenrate nur noch rund zwei Drittel so groß wie die vorhergehende.

Ohne richtige Reformen droht die GRV zu einer zunehmenden Belastung des Bundeshaushalts zu werden - und zur tickenden Zeitbombe für die Generationengerechtigkeit. Dies lässt sich am Beispiel der doppelten Haltelinie (Festsetzung des Rentenniveaus auf 48 Prozent sowie des Beitragsatzes unter 20 Prozent bis 2025 beziehungsweise 22 Prozent bis 2030) eindrücklich illustrieren: Die Ausgaben der GRV würden bis 2050 um 2,3 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts ansteigen, davon 0,6 Prozentpunkte oder (in heutigen Preisen) mehr als 25 Milliarden Euro aufgrund der doppelten Haltelinie - eine weitere Belastung für den Bundeshaushalt.

Kopplung des Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung

Die steigende Lebenserwartung bedeutet, dass nicht nur die Rentenbezugsdauer immer mehr zunimmt, sondern auch die Jahre als Rentner bei guter Gesundheit. Deshalb sollte das Renteneintrittsalter angepasst werden. Künftig sollten zwei Drittel der gewonnenen Lebenszeit auf die Erwerbsphase entfallen, ein Drittel auf den Ruhestand. Ausgehend von den mittleren Annahmen des Statistischen Bundesamtes würde das bedeuten: Von 2031 an, wenn die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre abgeschlossen ist, müsste das Rentenalter etwa alle zehn Jahre um ein halbes Jahr steigen. Die Grenze von 69 Jahren wäre demnach erst Anfang der 2070er-Jahre erreicht. Angesichts der Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Lebenserwartung bei

Renteneintritt ist eine automatische Kopplung des Renteneintrittsalters an diesen Indikator mit regelmäßiger Anstiegsüberprüfung der Lebenserwartung die beste Lösung. Sie schafft Klarheit und erspart immer neuen politischen Streit.

Eine weitere Anhebung des Rentenalters müsste jetzt auf den Weg gebracht werden. Wartet die Politik bis zur nächsten Legislaturperiode, bleibt kaum noch Zeit für eine faire und rechtzeitige Umsetzung - vor allem für diejenigen, die von 2031 an mit 67 Jahren in Rente gehen wollen. Dänemark zeigt, wie ein breit getragener, überparteilicher Konsens erreicht werden kann. Dort wurde 2006 beschlossen, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. Dieser Konsens wird von einer großen parlamentarischen Mehrheit getragen, die jüngst gar von 2040 an einen Renteneintritt mit 70 Jahren beschlossen hat.

Anpassung der Bestandsrenten an die Preisentwicklung statt an die Löhne

Bisher werden die Bestandsrenten regelmäßig entsprechend der Lohnentwicklung angehoben. So erhalten die Rentnergenerationen einen Anteil jeder Steigerung der Arbeitsproduktivität der arbeitenden Generationen. Diese müssen künftig jedoch schon aufgrund der geringeren Zahl eine höhere Belastung tragen. Eine wirksame Reformoption wäre, statt der Lohn die Preisentwicklung als Maßstab für die Rentenerhöhungen zu nehmen. Die Anpassung an die Inflation würde weiterhin die Kaufkraft der Renten erhalten, aber die Belastungen der Rentenkassen dämpfen.

Neue Haltelinie durch realistischere Definition des Standardrentners

Derzeit wird die Haltelinie bei 48 Prozent des letzten Arbeitseinkommens eines Standardrentners mit 45 Beitragsjahren festgelegt. Diese Definition ignoriert, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter bis 2031 schon auf 67 Jahre steigt. Künftig sollte der Standardrentner daher mit 47 Beitragsjahren definiert werden. Das würde die Rentenformel an die tatsächlichen Erwerbsbiographien anpassen und das System bis in die 2030er-Jahre spürbar entlasten.

Wiedereinsetzung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel

Der Nachhaltigkeitsfaktor sorgt dafür, dass sich Rentenanpassungen an der demographischen Entwicklung orientieren - konkret am Verhältnis von Beitragszahlenden zu Rentenempfängern. In Zeiten steigender Rentnerzahlen wirkt er dämpfend auf den Rentenzuwachs, in Phasen mit günstigerer Relation kann er diesen Zuwachs verstärken. Als automatischer Stabilisator trägt der Nachhaltigkeitsfaktor dazu bei, das System langfristig finanziert zu halten, ohne dass jede Anpassung politisch neu verhandelt werden muss. Seine Wiederaktivierung - vielleicht auch in verstärkter Form - wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Generationengerechtigkeit und Vertrauen in die Reformfähigkeit der gesetzlichen Rente.

Darüber hinaus sind noch gezielte Anpassungen notwendig, um den Anstieg des Bundeszuschusses zur Gesetzlichen Rentenversicherung zu begrenzen:

1. Ein Verzicht auf die Ausweitung der Mütterrente - oder idealerweise eine Rücknahme schon beschlossener Maßnahmen - würde die GRV entlasten.

2. Die „Rente mit 63“ sollte abgeschafft werden. Frühverrentungen sollten künftig über klar definierte Härtefallregelungen ermöglicht werden, die gezielter auf tatsächliche Bedarfe eingehen. Derzeit privilegiert die Frühverrentung vor allem gut verdienende Facharbeiter und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

3. Zudem sollte der vorzeitige Renteneintritt versicherungsmathematisch korrekt bepreist werden. Die geltenden Abschläge setzen zu geringe Anreize, länger im Erwerbsleben zu bleiben. Versicherungsmathematisch kalkulierte Abschläge würden die GRV stärken und die Entscheidung zum Vorruhestand besser an den tatsächlichen Kosten ausrichten.

Neben der Dämpfung der Ausgaben der GRV muss die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge ein zentraler Baustein künftiger Rentenpolitik sein. Denn bei den heutigen demographischen Trends - vor allem den niedrigen Geburtenraten - stößt das umlagefinanzierte System mittelfristig an Grenzen und reicht allein nicht mehr aus, um den Lebensstandard im Alter abzusichern. Die kapitalgedeckte Vorsorge erlaubt es Versicherten, während der Erwerbsphase einen

Kapitalstock aufzubauen, der sich durch Verzinsung erhöht und im Alter aufgezehrt werden kann. Dabei ist es möglich, am internationalen Kapitalmarkt anzulegen und an den höheren Renditen in schneller wachsenden Volkswirtschaften teilzuhaben.

Die Altersvorsorge darf nicht instrumentalisiert werden

Deshalb braucht es private Altersvorsorgekonten für alle Erwerbstätigen, in die verpflichtend eingezahlt wird - ergänzt durch staatlich zertifizierte, breit gestreute und kostengünstige Benchmark-Fonds. Wer will, sollte per Opt-out in alternative Angebote der Versicherungswirtschaft wechseln können. Entscheidend ist: Der Staat muss verlässlich den Rahmen setzen, darf aber nicht selbst zum Risiko werden. Die Altersvorsorge darf nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden, etwa indem Kapital gezielt in wenig rentable Transformationsprojekte gelenkt wird. Das Ziel der Kapitaldeckung muss bleiben: Rendite, Sicherheit und Vertrauen. Falls der Einzelne spezielle politische Ziele mit seinen Ersparnissen verfolgen will, kann er die Opt-out-Klausel nutzen. Er kann Angebote wahrnehmen, die seinem Anlageprofil entsprechen, aber möglicherweise geringere Renditen erzielen.

In den vergangenen 20 Jahren ist den verschiedenen Versuchen, Elemente privater Altersvorsorge einzuführen, nicht gelungen, einen kulturellen Wandel zugunsten dieser Art der Vorsorge in Deutschland zu erreichen. Es gibt aber internationale Beispiele, die zeigen, dass dies gelingen kann, etwa Schweden.

Seit 1999 wird in Schweden parallel zur klassischen umlagefinanzierten Rente, in die 16 Prozent des Bruttogehalts der Arbeitnehmer fließen, 2,5 Prozent des Einkommens in kapitalgedeckte Fonds eingezahlt. Die Versicherten können zwischen vielen offiziell zugelassenen Fonds mit verschiedenen Risikoprofilen wählen. Zudem können bis zu fünf verschiedene Fonds kombiniert werden. Als Alternative gibt es eine Standardlösung für Versicherte, die keine Auswahl treffen. Dieser sogenannte Fonds „AP 7 Såfa“ ist kostengünstig und hat inzwischen einen Großteil der privaten Fonds in den Erträgen hinter sich gelassen.

Andere Länder haben reformiert - und profitieren davon

25 Jahre später hat dieser Ordnungsrahmen zu einer neuen Aktionärskultur geführt: Die schwedischen Haushalte investieren mittlerweile 90 Prozent ihrer Ersparnisse am Kapitalmarkt, der höchste Wert in der EU. Der überdurchschnittlich entwickelte Kapitalmarkt gilt als eine der Ursachen für die Innovationsstärke Schwedens. Demnach macht die stärkere Kapitaldeckung der Altersvorsorge nicht nur das Rentensystem nachhaltiger, sondern stärkt - als positive Nebenwirkung - die Entwicklung des Kapitalmarkts und sorgt so für eine günstigere Unternehmensfinanzierung.

Verschiedentlich wird auch vorgeschlagen, die Nachhaltigkeit des Rentensystems abzusichern, indem weitere Gruppen von Beitragsszahlern einbezogen werden, etwa Beamte und Selbständige. Eine dauerhafte Lösung ist das nicht. Denn diese Berufsgruppen zeichnen sich prinzipiell nicht durch eine wesentlich andere Demographie aus als die gesetzlich Versicherten. Im Gegenteil: Die höhere Lebenserwartung der Beamten ist für die Tragfähigkeit der Altersvorsorge eher ungünstiger.

Bezöge man die Selbständigen ein, könnte dies zwar kurzfristig die gesetzliche Rentenkasse entlasten, da diese zunächst Beiträge einzahlen, ohne unmittelbar Leistungen zu beziehen. Angeichts der demographischen Entwicklung (vor allem der niedrigen Geburtenraten) spricht jedoch vieles dagegen, das Umlagesystem durch Integration bisher nicht beteiligter Gruppen noch weiter auszudehnen. Soll eine Vorsorgepflicht für Selbständige eingeführt werden, sollte ihnen eine kapitalmarktbasierte Lösung offenstehen - das wäre vorteilhaft für die Betroffenen (die höhere Renditen erwarten können) und für den Staat (der im Erwartungswert geringere Ausgleichszahlungen leisten müsste, falls die Renten das Existenzminimum nicht absichern).

Viele europäische Nachbarn haben in den vergangenen 30 Jahren ihre Rentensysteme neu geordnet und profitieren heute davon. Deutschland hat diese Reformen lange vor sich hergeschoben und sieht sich mit immer höheren Anpassungskosten an die demographische Realität konfrontiert. Dass „die Rente“ in ihrer aktuellen Form längst nicht mehr „sicher“ ist, wissen die meisten Bürger. Hoffentlich signalisiert die Politik glaubhaft, dass sie das auch verstanden hat und die überfällige Neuordnung bald angehen wird.

Die Autoren



Veronika Grimm ist Professorin an der Technischen Universität Nürnberg (UTN), Leiterin der Energy Systems und Market Design Research Group und unter anderem Mitglied im Sachverständigenrat für Wirtschaft.



Justus Haucap ist Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.



Stefan Kolev ist wissenschaftlicher Leiter des Ludwig-Erhard-Forums in Berlin und seit dem Jahr 2012 Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau.



Volker Wieland ist IMFS Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt und geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability

Dieser Artikel ist am 10.09.2025 in der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Frankreich als Weckruf – Deutschland braucht einen klaren Reformkurs

von Veronika Grimm

Erschienen am
14.09.2025 als
Kommentar in der
WirtschaftsWoche



Die Situation in Frankreich zeigt, in welche Sackgasse wir laufen. Die Bundesregierung sollte Reformen vorantreiben, statt Schuldenspielräume zu schaffen.

Am 8. September scheiterte die französische Regierung daran, einen Haushalt aufzustellen, der den Anstieg der Staatsschulden einbremst. Die Extremisten am linken und rechten Rand, die nach den Wahlen im Juni 2024 gemeinsam über die Mehrheit im Parlament verfügen, haben kein Interesse am Erfolg der Regierung.

Nach dem Misstrauensvotum wurde Sébastien Lecornu als fünfter Premierminister innerhalb von zwei Jahren ernannt. Ob er eine Regierung mit stabiler Mehrheit bilden kann, ist offen. Die Unsicherheit schlägt sich bereits in den Märkten

nieder: Das Misstrauen der Investoren zeigt sich in den steigenden Risikoprämien für Staatsanleihen.

Frankreich steckt in der Klemme. Es rächt sich, dass die Europäische Kommission trotz der auf dem Papier restriktiven EU-Schuldenregeln stets ihre Flexibilität genutzt und zwei Augen zugedrückt hat. Frankreich hat in den jüngsten Krisen – weit über das notwendige Maß hinaus – Energie- und Spritpreise subventioniert sowie zusätzliche Hilfen ausgeschüttet. Die Schulden stiegen von knapp 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

nach der Finanzkrise auf mittlerweile 116 Prozent des BIP. Viele seiner früheren Reformversprechen hat Präsident Macron nicht eingelöst.

In Deutschland zeichnet sich nun eine ähnliche Entwicklung ab. Der deutsche Schuldenstand ist zwar dank der nach der Finanzkrise im Jahr 2009 etablierten Fiskalregeln wieder auf etwa 63 Prozent des BIP gesunken. Doch seitdem die Schuldenbremse ausgehebelt wurde, gibt es in erheblichem Umfang schuldenfinanzierte Ausgaben, während Reformen ausbleiben.

Gastro-Mehrwertsteuersenkung, Erhöhung der Pendlerpauschale, Agrardieselsubvention, Mütterrente, Haltelinie beim Rentenniveau – die Liste zusätzlicher Verpflichtungen ist lang. All diese Posten begründen Leistungsversprechen an die Bevölkerung, die politisch nur schwer zurückgenommen werden können. Mit der demografischen Entwicklung – insbesondere dem Renteneintritt der Babyboomer – wird der Anstieg der Ausgaben deutlich an Dynamik gewinnen.

Jede einzelne Maßnahme lässt sich für sich rechtfertigen und stößt bei großen Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung. Genau darin liegt das Problem.

Verteilt der eine Koalitionspartner Wahlgeschenke, muss der andere nachziehen. Schon jetzt zeigt sich der Effekt: Von den 70 Milliarden Euro zusätzlicher Schulden, die durch die Grundgesetzänderung 2025 möglich wurden, fließen nur 16 Milliarden in Verteidigung und Infrastruktur. Der Rest stopft Haushaltslöcher. Versprochen wurde von der Politik anderes: eine zukunftsorientierte Verwendung der Schuldenspielräume.

Das Muster ist ganz ähnlich wie in Frankreich: Wachstumsfördernde und ausgabensenkende Reformen bleiben aus, stattdessen wird die Lage durch immer neue Schulden kaschiert.

Auch den Deutschen kommt die Europäische Kommission entgegen: Statt die gerade reformierten europäischen Fiskalregeln strikt anzuwenden und auf mittelfristig sinkende Staatsschulden und Reformen zu drängen, wurden die deutschen Planungen jüngst auf Basis überoptimistischer Wachstumsannahmen abgesegnet.

Es war von vornherein eine Illusion, zu glauben, man könne die Politik durch Quoten oder Mindestausgaben für bestimmte Bereiche zu „sinnvollem“ Mitteleinsatz zwingen. Natürlich kann man bestimmte Vorhaben definieren und priorisieren, aber der Rest des Gelds sucht sich seinen Weg. Dass

jetzt eine Kommission ihre Arbeit aufgenommen hat, die die Schuldenbremse noch weiter aufweichen soll, lässt nichts Gutes erahnen.

Die sich abzeichnende fiskalische Situation der großen Mitgliedstaaten gefährdet die EU in ihren Grundfesten. Notwendig sind Reformen, die Wachstum ermöglichen und die Staatsausgaben strukturell dämpfen – in Deutschland, in Frankreich und gemeinsam auf europäischer Ebene.

Entscheidend sind der Abbau überbordender Regulierung, Reformen der sozialen Sicherungssysteme, die Dämpfung der Lohnnebenkosten und Unternehmenssteuersenkungen. Geschieht dies nicht, dürfte die EZB zunehmend unter Druck geraten, strauchelnde Mitgliedstaaten zu stützen, mit unabsehbaren Folgen für die Stabilität des Euro und die Akzeptanz der EU bei fiskalisch verantwortungsvoll handelnden Mitgliedstaaten.

Auf EU-Ebene bieten die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen die Chance, Schwerpunkte neu zu setzen. Der Vorschlag der Kommission, Mittel zugunsten europäischer öffentlicher Güter wie Verteidigung und Forschung umzuschichten, geht in die richtige Richtung. Die geplanten Kürzungen bei Agrar- und Kohäsionspolitik könnten umfangreicher ausfallen; zugleich wäre ein insgesamt reduzierter Budgetansatz wünschenswert. Besonders kritisch bleibt die Diskussion über gemeinsame europäische Verschuldung – dies würde die Fehlanreize eher verschärfen.

Trotz aller Warnsignale setzen bisher nur wenige Politiker auf wirksame Reformen. Fragt man sie, woher das Wachstum kommen soll, herrscht Ratlosigkeit oder Prinzip Hoffnung. Manche vertrauen darauf, dass Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur die Wirtschaft ankurbeln. Doch ohne flankierende Strukturreformen bleibt das ein Strohfeuer.

Staatliche Investitionen allein garantieren keinen nachhaltigen Wachstumsimpuls – sie schaffen lediglich die Basis, auf der private Investitionen greifen können, wenn das Umfeld stimmt.

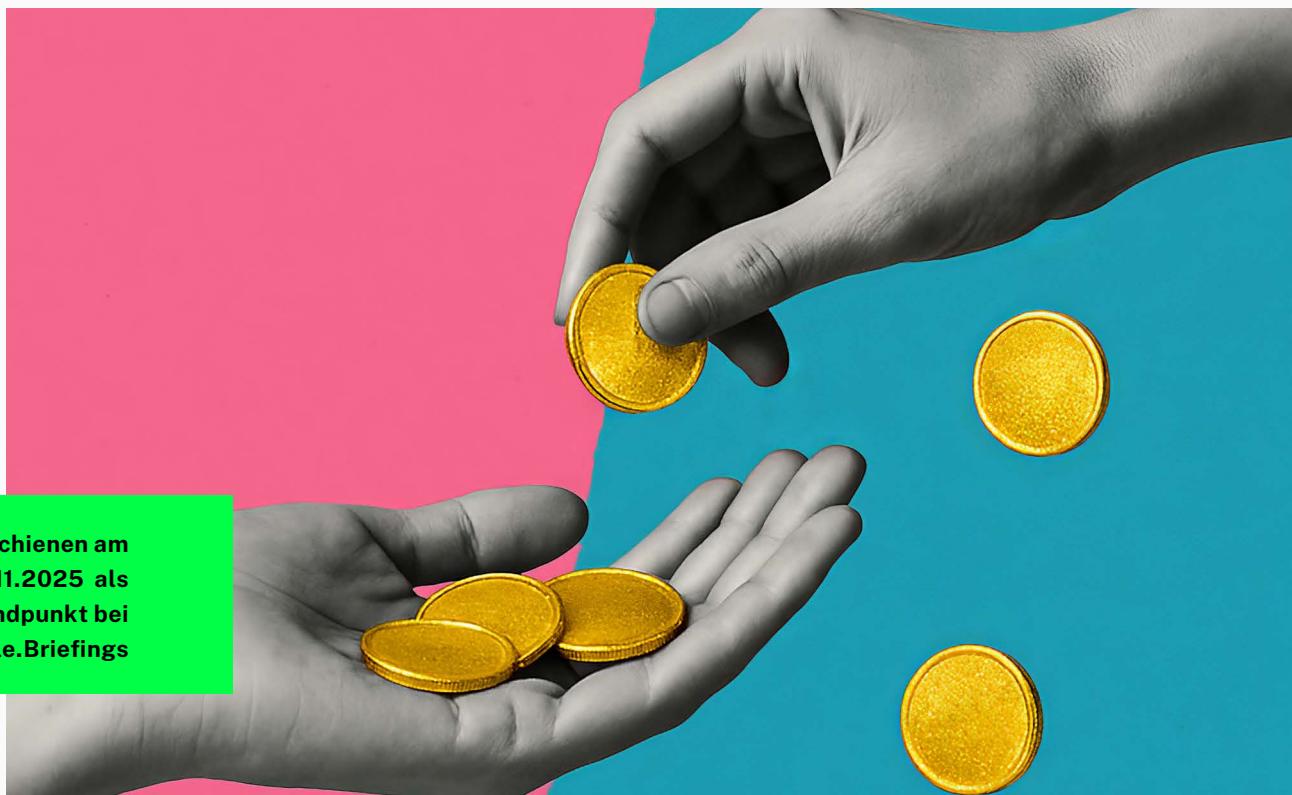
Die fehlenden Reformen haben nicht nur ökonomische, sondern auch politische Folgen. Frustrierte Wähler wenden sich von der Mitte ab. Erstarken die Ränder weiter, droht auch Deutschland in politische Handlungsunfähigkeit abzugleiten – mit Folgen, die heute noch niemand absehen kann.

Dieser Artikel ist am 14.09.2025 als Kommentar in der WirtschaftsWoche erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Der Sachverständigenrat sollte die Umverteilungsdebatte nicht befeuern

von Veronika Grimm



Die Mehrheit im Sachverständigenrat riskiert, die Ungleichheitsdebatte zu Lasten des Standorts zu verstärken. Eine Einordnung des Kapitels zur Vermögensverteilung aus Sicht des abweichenden Ratsmitglieds.

Der Sachverständigenrat aktualisiert seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend regelmäßig seine Analysen zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland – so auch im aktuellen Jahresgutachten mit dem Kapitel „Vermögensaufbau stärken, Erbschaften und Schenkungen gleichmäßiger besteuern“. Die Analyse der Vermögensverteilung richtet den Blick zunächst stark auf die hochvermögenden Haushalte (das oberste Prozent), die einen großen Teil ihres Vermögens als Betriebsvermögen halten.

Die erste „Wichtigste Botschaft“ des Kapitels stellt fest, dass „die Vermögensungleichheit in Deutschland [...] im europäischen Vergleich hoch“ ist. Bereits in Ziffer 2 des Textes wird zudem gewarnt, dass „eine sehr hohe Vermögensungleichheit zu einer Konzentration ökonomischer und politischer Macht führen [kann], die ökonomische und politische Instabilität erzeugt und politische Entscheidungen verzerren kann“ – woraufhin dann 40% des Kapitels der Diskussion von Vermögen-, Erbschafts- und Schenkungssteuern

gewidmet sind. Das Kapitel vernachlässigt bei der Einordnung der Daten wichtige Aspekte und setzt in großen Teilen die falschen Schwerpunkte. Die Ratsmehrheit riskiert damit, die Ungleichheitsdebatte zu Lasten des Standorts zu verstärken.

Eine Einordnung der Vermögensverteilung

Die Feststellung, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland im europäischen Vergleich hoch ist (die erste „Wichtigste Botschaft“ des Verteilungskapitels) stützt sich auf die gängige Analyse der Vermögensverteilung. Erfasst werden hierbei Immobilien, Spareinlagen, Finanzvermögen (einschließlich Kapitallebensversicherungen und kapitalgedeckter Altersvorsorgeverträge) sowie Betriebsvermögen. Gezeigt wird, dass sich der Gini-Koeffizient – das übliche Maß für Ungleichheit – seit der Finanzkrise nur geringfügig verändert hat, während zugleich betont wird, dass Deutschland im europäischen Vergleich eine überdurchschnittliche Vermögensungleichheit aufweist.

Wesentliche Einflussfaktoren auf die Vermögensverteilung – insbesondere die institutionelle Ausgestaltung der sozialen Sicherung und deren Wirkung auf das Sparverhalten über den Lebenszyklus – werden zwar im Gutachten diskutiert, aber in der Bewertung und den Handlungsempfehlungen nicht hinreichend berücksichtigt. Dabei ist klar: Je großzügiger die erwarteten staatlichen Transfers, desto geringer ist der Anreiz und der Bedarf, zusätzlich eigenes Altersvermögen aufzubauen – insbesondere in den unteren Einkommensgruppen. Theoretische und empirische Analysen zeigen also, dass sowohl umlagefinanzierte als auch obligatorisch kapitalgedeckte Rentensysteme tendenziell private Vorsorgeaktivitäten verdrängen. Allerdings gilt: Ansprüche aus kapitalgedeckten Rentenversicherungen fließen in die Vermögensstatistik ein, solche aus umlagefinanzierten Systemen (wie in Deutschland) dagegen nicht.

Die Aussagekraft des internationalen Vergleichs der Ratsmehrheit ist somit begrenzt, da die Rentensysteme in den Vergleichsländern institutionell stark variieren. In Ländern mit stärker kapitalgedeckten Systemen werden höhere private Vermögensbestände gemessen, während Rentenansprüche aus Umlagesystemen gänzlich unberücksichtigt bleiben. Zugleich führen großzügigere Umlagesysteme zu geringerer individueller Vermögensbildung – was sich etwa in niedrigeren Eigentumsquoten an

Wohnimmobilien niederschlägt. In Ländern mit geringerer öffentlicher Absicherung – etwa Italien oder Spanien – ist die Eigentumsquote daher tendenziell höher. Ein isolierter Vergleich der Nettovermögen ohne Berücksichtigung dieser Unterschiede greift also zu kurz und bietet keine belastbare Grundlage für wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen.

Für einen aussagekräftigen internationalen Vergleich der Vermögensungleichheit ist es erforderlich, die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. Eine jüngere Studie zeigt für 19 europäische Länder, dass die Berücksichtigung dieser Ansprüche die gemessene Ungleichheit unter Rentnerinnen und Rentnern im europäischen Durchschnitt um rund 30 % verringert – in Deutschland sogar um 36 %. Damit liegt Deutschland in einem europäischen Vergleich der bereinigten Vermögens-Gini-Koeffizienten im Mittelfeld. Dies verdeutlicht beispielhaft, dass eine Bewertung der Vermögensverteilung ohne das implizite Rentenvermögen die ökonomische Realität unvollständig abbildet.

Auch Zuwanderung hat – angesichts der starken Nettozuwanderung der letzten zehn Jahre – Einfluss auf die gemessene Vermögensungleichheit.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass eingewanderte Haushalte im Durchschnitt deutlich geringere Nettovermögen halten als der Rest der Bevölkerung und zudem häufig erhebliche Teile ihres Einkommens in ihre Herkunftsländer überweisen. Das wird im Gutachten auch diskutiert.

Warum der nicht belastbare europäische Vergleich der Vermögensungleichheit im Kapitel so stark herausgestellt wird, obwohl im Gutachten sowohl die Rolle von Rentenansprüchen als auch das Thema Zuwanderung für Deutschland diskutiert werden, bleibt unklar. Selbst ohne eine umfassende vergleichende Analyse hätte die Ratsmehrheit diese Faktoren bei der Interpretation der Ergebnisse deutlich stärker berücksichtigen müssen. So ist es doch durchaus bemerkenswert, dass sich die Vermögensverteilung in Deutschland – trotz hoher Zuwanderung, schwacher Sparanreize infolge des stark ausgebauten Sozialstaats und mehrerer Krisenjahre – als vergleichsweise stabil erweist, wie auch der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt.



Handlungsbedarf gibt es durchaus!

Ist also alles gut? Nein, keineswegs. Die Aufstiegschancen und die Kapitalmarktbeteiligung der unteren und mittleren Einkommensgruppen sind in Deutschland weiterhin vergleichsweise schwach – wie auch der Sachverständigenrat in seinem Gutachten sehr schön herausarbeitet.

Die Ratsmehrheit greift daher zu Recht die Idee einer verpflichtenden kapitalgedeckten Alterssicherung auf – allerdings (leider) mit der Möglichkeit eines Opt-Out. Ein solches System könnte die Ersparnisse der Haushalte erhöhen und langfristig zum Vermögensaufbau beitragen. Bei ähnlichen Zulagezahlungen und steuerlichen Entlastungen wie bei der Riester-Förderung wäre jedoch, wie im Gutachten ausgeführt wird, mit erheblichen Mehrausgaben des Staates zu rechnen. Für Haushalte im unteren Einkommensbereich bleibt der Spielraum für zusätzliches kapitalmarktbasiertes Sparen zudem begrenzt, wenn die Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung weiter ansteigen.

Das diskutierte staatlich geförderte Vorsorge-depot sollte daher dringend im Zusammenspiel mit ausgabedämpfenden Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung umgesetzt werden. Denn ohne eine Dämpfung des Anstiegs der Beiträge dürfte eine „stärkere Kapitalmarktteilhabe“ – eine zentrale Forderung des Sachverständigenrats – für untere Einkommensgruppen kaum realisierbar sein. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist auch nicht zu erwarten, dass

eine großzügige Förderung ohne Dämpfung des Anstiegs des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung finanzierbar wäre. Ein Hinweis auf diese notwendigen Reformen fehlt leider im Jahrestagungsgutachten.

In Deutschland verhindert das umfassende Sozialsystem, das Bafög und der kostenfreie Bildungszugang zwar, dass geringes Vermögen den Zugang zu Bildung direkt beschränkt. Dennoch gewährleistet das Bildungssystem keine gleichen Chancen für Kinder mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen. Dringend notwendig ist daher eine Stärkung der frühkindlichen Bildung, denn zahlreiche Studien zeigen, dass Investitionen in frühkindliche Bildung das Lebenseinkommen und damit langfristig auch die Möglichkeit zur Vermögensbildung erhöhen. Auch der flächendeckende Ausbau des Ganztagsunterrichts – wie er etwa in Hamburg erfolgreich umgesetzt wird – kann dazu beitragen, Bildungsunterschiede zu verringern. Wenn Hausaufgaben und Freizeitangebote effektiv in den Schulalltag integriert sind, werden insbesondere Kinder unterstützt, deren Eltern beruflich stark eingebunden sind oder mit Sprache und Bildungsgewohnheiten noch nicht vertraut sind.

Ein weiterer Hebel liegt in der Wohnungspolitik.

Im Mittelpunkt sollte stehen, die Angebotsbedingungen zu verbessern und den Zugang zu Wohnen- eigentum zu erleichtern. Die Reduktion

regulatorischer Hemmnisse im Bauwesen, die Vereinfachung planungsrechtlicher Verfahren sowie eine Überprüfung kostenintensiver baulicher Standards könnten Bau- und Erwerbskosten spürbar senken. Ergänzend würde eine Absenkung der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer oder eine Entlastung bei Transaktionskosten insbesondere mittleren Einkommensgruppen den Eigentums-erwerb erleichtern. Eine weniger restriktive Mietenregulierung könnte zudem Investitionsanreize für den Neubau stärken und so das Wohnungsangebot erweitern. Damit würde auch die Attraktivität von Wohneigentum als Altersvorsorge steigen – ein zentraler Beitrag zu einer breiteren Vermögensbildung.

Was sollte man nicht tun?

Die Mehrheit des Sachverständigenrates schlägt vor, die steuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen zu verringern, ohne die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer zu mindern. Angesichts der aktuell schwachen privaten Investitionstätigkeit und des damit verbundenen geringen Potenzialwachstums erscheint es jedoch geradezu fahrlässig, eine höhere Besteuerung von Betriebsvermögen in der sich dadurch ergebenden Größenordnung zu erwägen. Dies gilt umso mehr, wenn sich ein solcher Vorschlag aus der vorgelegten empirischen Analyse nur unzureichend ableiten lässt. Die Ratsmehrheit räumt selbst ein, dass „unklar [ist], wie gravierend das Problem des Liquiditätsentzugs und damit verbundener Risiken für Investitionen und Beschäftigung der übertragenen Unternehmen ist“.

Vor diesem Hintergrund bleibt unverständlich, weshalb die Ratsmehrheit in ihrem Verteilungskapitel ausgerechnet diese Schwerpunktsetzungen wählt, anstatt die Leistungsfähigkeit des bestehenden Systems stärker zu betonen. Deutschland verfügt im internationalen Vergleich über ein weitreichendes Steuer- und Transfersystem, das Einkommens- und Lebensrisiken wirksam abfедert. Die zentrale Herausforderung liegt daher weniger in einer unzureichenden Absicherung, sondern in fehlenden Spielräumen für private Initiative und Investitionen, die den individuellen Vermögensaufbau fördern könnten. Diese Perspektive hätte angesichts der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage deutlich stärker in den Vordergrund treten sollen.

Vor diesem Hintergrund bleibt unverständlich, weshalb die Ratsmehrheit in ihrem

Verteilungskapitel ausgerechnet diese Schwerpunktsetzungen wählt, anstatt die Leistungsfähigkeit des bestehenden Systems stärker zu betonen. Deutschland verfügt im internationalen Vergleich über ein weitreichendes Steuer- und Transfersystem, das Einkommens- und Lebensrisiken wirksam abfедert. Die zentrale Herausforderung liegt daher weniger in einer unzureichenden Absicherung, sondern in fehlenden Spielräumen für private Initiative und Investitionen, die den individuellen Vermögensaufbau fördern könnten. Diese Perspektive hätte angesichts der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage deutlich stärker in den Vordergrund treten sollen.

Dieser Artikel ist am 12.11.2025 als Standpunkt bei Table.Briefings erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Ohne Reformen drohen höhere Schulden oder höhere Steuern

von Veronika Grimm



Die Finanzplanung der Bundesregierung zeichnet ein alarmierendes Bild. Veronika Grimm erklärt ihr Minderheitsvotum im Sachverständigenrat.

Nur wenige Monate nach der Grundgesetzänderung, die die Verschuldungsspielräume des Bundes drastisch ausgeweitet hat, offenbart die Haushaltssplanung: Die zentralen Herausforderungen werden nicht adressiert – im Gegenteil. Teure Wahlgeschenke und der fehlende Reformwille drohen den Druck zu erhöhen, noch zusätzliche Schuldenspielräume zu schaffen oder Steuern anzuheben. Beides würde zusätzliche Risiken bergen und den Wirtschaftsstandort weiter schwächen.

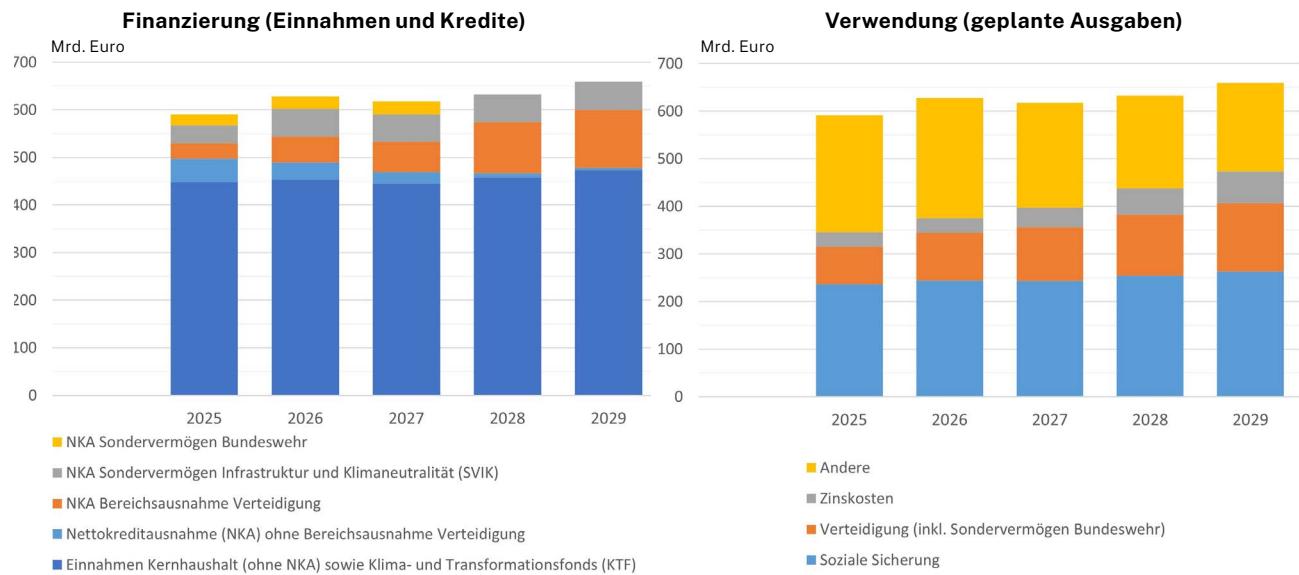
Die Befürchtungen vieler Beobachter bestätigen sich also. Noch besteht die Chance, gegenzusteuern – doch dafür müsste die Bundesregierung ihren Kurs grundlegend ändern.

Hohe Schulden, kaum zusätzliche Investitionen

Um die Brisanz der Lage zu verdeutlichen, lohnt ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung des Bundes einschließlich seiner wichtigsten

Abbildung 1

Haushaltplanung des Bundes 2025 - 2029: Finanzierung und Verwendung



Quellen: Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029, Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht August 2025, 133-184, Sachverständigenrat. Eigene Berechnungen

Sondervermögen (Klimatransformationsfonds, Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie Sondervermögen Bundeswehr) bis 2029. Dabei zeigen sich drei zentrale Punkte:

Erstens: Ein stetig wachsender Anteil der Ausgaben wird über neue Schulden finanziert – 2029 sind es bereits 28,2 Prozent des Gesamtbudgets (siehe Abbildung 1, links).

Zweitens: Die Ausgaben für soziale Sicherung, Verteidigung und Zinszahlungen steigen so stark, dass ohne Verschuldung ab 2029 überhaupt keine Mittel für andere Bereiche verbleiben (siehe Abbildung 1, rechts).

Drittens: Die Investitionen steigen trotz der massiven Neuverschuldung nur geringfügig an, obwohl die Erhöhung der Investitionen die Begründung für das zusätzliche Sondervermögen war (siehe Abbildung 2, links, nächste Seite).

Die geplante Kreditaufnahme beträgt in den Jahren 2025 bis 2029 insgesamt 851,1 Milliarden Euro, wovon 650,5 Milliarden Euro allein auf das Sondervermögen für Investitionen und Klimaschutz (SVIDK) sowie auf die Bereichsausnahme Verteidigung entfallen.

Die Investitionen steigen jedoch in Summe bis 2029 lediglich um 170,5 Milliarden Euro

gegenüber dem Niveau, das die Vorgängerregierung für 2025 vorgesehen hatte. Wird berücksichtigt, dass im Bundeshaushalt auch finanzielle Transaktionen – etwa Kapitalzuführungen, Beteiligungen oder Kredite – ebenfalls als Investitionen ausgewiesen werden, verringert sich der tatsächliche Aufwuchs deutlich.

Ohne Herausrechnung dieser Posten beträgt der Zuwachs gegenüber den von der Vorgängerregierung für das Jahr 2025 geplanten Investitionen bis 2029 lediglich 58,3 Milliarden Euro (siehe Abbildung 2, rechts, nächste Seite).

Im Verhältnis zum gesamten Haushaltsvolumen wird das Missverhältnis besonders deutlich: Während der Anteil der Verschuldung am Haushaltsvolumen bis zum Jahr 2029 auf 28,2 Prozent ansteigt, nimmt der Anteil der Investitionen nur um 3,2 Prozentpunkte zu (bei Herausrechnung finanzieller Transaktionen).

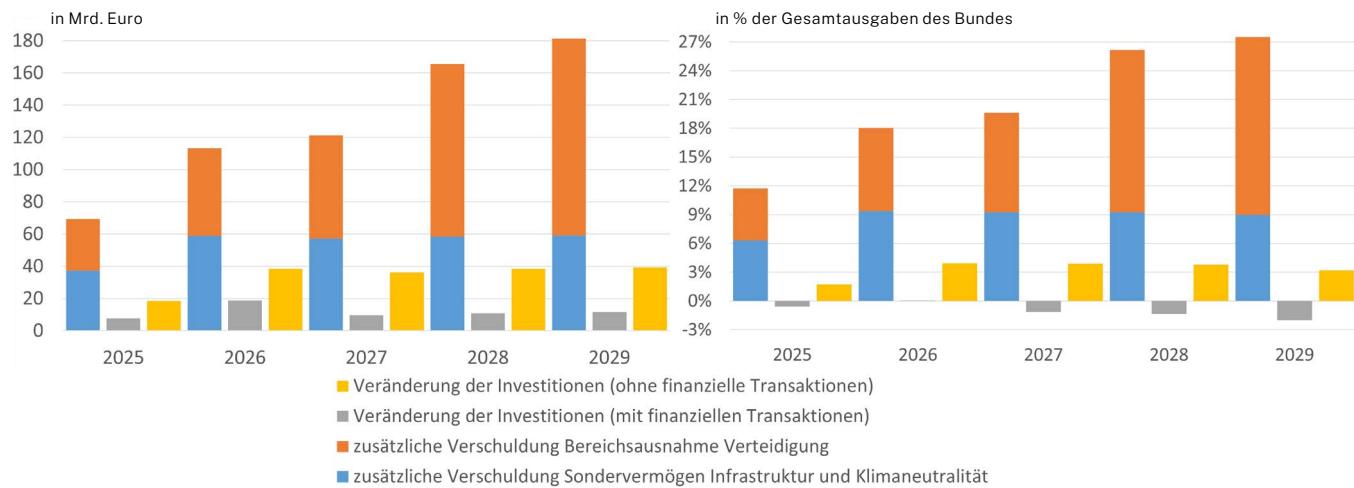
Rechnet man die finanziellen Transaktionen nicht heraus, so sinkt der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben sogar um zwei Prozentpunkte gegenüber einer Fortführung des von der Vorgängerregierung für das Jahr 2025 geplanten Anteils. Der Verschiebebahnhof ist offensichtlich.

Hinzu kommt: Die jährlich 8,3 Milliarden Euro, die aus dem SVIDK an die Länder fließen, werden hier

Abbildung 2

Zusätzliche Verschuldung und zusätzliche öffentliche Investitionen des Bundes

Im Vergleich zu Planungen der Vorgängerregierung für das Jahr 2025



Quellen: Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029, Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht August 2025, 133–184, Sachverständigenrat. Eigene Berechnungen

formal als zusätzliche Investitionen bewertet, obwohl fraglich ist, ob die Länder tatsächlich zusätzlich wachstumsfördernd investieren. Beispiel Berlin: Aus den zu erwartenden Zuweisungen von 5,24 Milliarden Euro über zwölf Jahre sollen rund drei Milliarden Euro in Baumpflanzungen fließen.

Die Zwischenbilanz ist ernüchternd

Die Zwischenbilanz ist erschreckend: Trotz massiver Neuverschuldung ist der Anstieg der Investitionen gering, während konsumtive Ausgaben und Zinszahlungen deutlich zunehmen. In den Jahren 2027 bis 2029 gibt es zudem noch erhebliche Finanzierungslücken zwischen 34 und 74 Milliarden Euro, während zugleich bei den notwendigen Investitionen bei weitem nicht alle Bedarfe befriedigt werden können. Die Ausgaben für Soziales, Verteidigung und Zinsen dürften bis 2029 das gesamte Einnahmevermögen (ohne Nettkreditaufnahme) aufzehren.

Bereits jetzt mehren sich Stimmen, die sogar noch weitere Verschuldungsspielräume fordern. So kursieren Vorschläge, die Zinslasten für das Sondervermögen Verteidigung über die Bereichsausnahme (also neue zusätzliche Verschuldung) zu finanzieren oder im Zuge einer Reform die Schuldensremse weiter aufzuweichen, etwa über eine

Ausnahme von Investitionen von der Schuldensremse oder eine großzügige Übergangsregel nach Notlagen. All dies sind Schritte in genau die falsche Richtung. Stattdessen sollte die Rückkehr zu einer nachhaltigen Finanzpolitik schnellstmöglich eingeleitet werden – dies erfordert aber ambitionierte Strukturreformen.

Reformen dringend und schnell geboten

Sowohl ausgabendämpfende als auch wachstumsfördernde Reformen müssen unmittelbar angegangen werden, um überhaupt eine Chance zu haben, den Druck zur Schaffung weiterer Schuldenspielräume noch vor dem Ende der Legislaturperiode zu verringern. Appelle an die Ministerien, Einsparungen umzusetzen, die erst in den jeweiligen Haushaltsverhandlungen ergehen (wie im August dieses Jahres), können aufgrund der Zementierung großer Teile des Haushalts durch gesetzliche Pflichten und bestehende Leistungsversprechen kaum ausreichende Wirkung entfalten. Was ist also zu tun?

Ausgabendämpfende Reformen betreffen insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung sowie die sonstigen Sozialversicherungen. Auch ein gezielter Abbau von Subventionen ist angezeigt: Nach Schätzungen des ifo-Instituts ließen sich bis zum Jahr 2030 mehr als 94 Milliarden Euro

gegenüber dem Ausgabenpfad einsparen, den die Vorgängerregierung geplant hatte. Zudem sollte auf die Umsetzung teurer Wahlgeschenke verzichtet werden. Letztlich sollte durch eine sparsame und zielgenaue Nutzung der aktuell schon verfügbaren Schuldenspielräume der Schuldenanstieg und damit auch der erwartete steile Anstieg der Zinskosten eingedämmt werden.

Wachstumssteigernde Reformen müssen darauf abzielen, das derzeit extrem niedrige Potenzialwachstum der Volkswirtschaft zu steigern. Dazu ist ein deutlicher Anstieg der privaten Investitionen notwendig, ebenso wie ein dynamischer technischer Fortschritt.

In Deutschland sollte nicht nur an der Weltspitze geforscht werden, sondern die Ideen müssen auch in Deutschland umfangreich in Wertschöpfung übersetzt werden. Dies erfordert etwa einen weitreichenden Abbau innovationshemmender Regulierung, mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt, Vereinfachungen im Baurecht sowie eine Dämpfung des Anstiegs der Lohnnebenkosten.

Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsanreize und des Erwerbspersonenpotenzials dringend angezeigt. Eine Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international vergleichbares Niveau oder ein Abbau steuerlicher Verzerrungen dürften ebenfalls die Attraktivität des Standorts im internationalen Vergleich erhöhen.

Die beschriebenen Reformen sind zeitkritisch, wenn eine deutliche Entspannung der Haushaltslage gegen Ende der Legislaturperiode erreicht werden soll. Die Umsetzung der Maßnahmen braucht eine gewisse Zeit und ihre Wirkung tritt teilweise mit Verzögerung ein. Umgekehrt ausgedrückt: Handelt die Bundesregierung nicht unmittelbar, so werden sich eine signifikante Steuererhöhung oder noch weitere Ausweitungen der Verschuldungsspielräume nicht vermeiden lassen – und das wird zur Gefahr für den Standort.

Dieser Artikel ist am 12.11.2025 als Kommentar in der WirtschaftsWoche erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Der Regierung fehlt die Bereitschaft für langfristige Politik

von Veronika Grimm und Jens Vollert

Erschienen am
01.12.2025 als
Gastkommentar
im Handelsblatt



Historisch hat die SPD in schwierigen Zeiten Haltung bewiesen. Davon ist heute wenig zu sehen – gerade bei der Rente, schreiben Wirtschaftsweise Veronika Grimm und ihr Vater Jens Vollert.

Als Vater und Tochter verfolgen, gestalten und beraten wir die Politik in Deutschland seit mehr als einem halben Jahrhundert. Das geplante Rentenpaket der Bundesregierung veranlasst uns nun zu einem ersten gemeinsamen Debattenbeitrag.

Die Junge Gruppe der CDU hält der Politik derzeit einen Spiegel vor – und das ist zu begrüßen. Die jungen Abgeordneten thematisieren Fragen, die eigentlich zum Kernbestand sozialdemokratischer Politik gehören sollten: Verantwortung, Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität zwischen den Generationen.

Statt jedoch einen fairen Ausgleich zwischen den berechtigten Anliegen von Jung und Alt zu suchen, wird der Bundeshaushalt im Wesentlichen über neue Schulden „stabilisiert“ – ohne offen zu benennen, welche Prioritäten gesetzt oder welche Ausgaben reduziert werden müssen.

Öffentliche Investitionen bleiben dabei auf der Strecke. Die Last dieser Strategie tragen vor allem die jüngeren Generationen, die politisch oft noch gar nicht mitentscheiden können.

In unserem Umfeld hören wir zunehmend den Satz: „Ich weiß nicht mehr, was ich überhaupt noch wählen soll.“ Gerade auch für viele ältere Menschen ist es bedrückend zu sehen, wie unklar und reaktiv politische Entscheidungen derzeit ausfallen – und wie die Sorgen der Bevölkerung angesichts geopolitischer Veränderungen teils lediglich aufgegriffen, nicht jedoch verantwortungsvoll verarbeitet werden. Der Eindruck entsteht, dass kurzfristige politische Kommunikation häufig Vorrang vor langfristiger Stabilität und strategischem Denken erhält.

Historisch war es die SPD, die in schwierigen Zeiten Haltung bewiesen hat. Unter Bundeskanzler

Helmut Schmidt wurden in den 1970er-Jahren sowohl sicherheitspolitische Herausforderungen wie der Terrorismus entschlossen adressiert als auch wirtschaftliche Stabilisierung und außenpolitische Weiterentwicklung miteinander verbunden.

Politik muss die finanziellen Spielräume erhalten

Über viele Jahrzehnte war Solidarität das Markenzeichen der Sozialdemokratie – ebenso wie der Mut zu Reformen, wenn sie notwendig waren. Die Renten- und Arbeitsmarktreformen der 2000er-Jahre, vorangetrieben unter anderem von Schröder, Müntefering und Riester, haben das Land modernisiert und damit auch der eigenen Wählerschaft langfristig genutzt. Nie war es einfach, einige Politiker hat es das Amt gekostet.

Von diesem Realismus und der Bereitschaft, eigene Interessen hinter das langfristige Wohl des Landes zu stellen, ist heute wenig zu sehen. Diese Leerstelle öffnet Raum für einfache Antworten – und stärkt Kräfte, die von komplexen Problemen nur profitieren, solange sie ungelöst bleiben.

Aus volkswirtschaftlicher wie aus sicherheitspolitischer Sicht ist es Aufgabe der Bundesregierung, die finanziellen Spielräume des Landes zu erhalten und verantwortungsvoll einzusetzen. Nur so bleibt Deutschland handlungsfähig – wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch.

Dies erfordert jedoch Prioritätensetzung, klare Entscheidungen und das Offenlegen von Zielkonflikten. Ein Blick auf die Regierungsjahre Helmut Schmidts verdeutlicht, dass Stabilität nicht durch das Versprechen konfliktfreier Politik entsteht, sondern durch das Aushalten und Bearbeiten solcher Konflikte.

Vor diesem Hintergrund irritiert der Eindruck, dass heute grundlegende Strukturentscheidungen mit dem Verweis auf die geopolitische Unsicherheit vertagt werden – ein Argumentationsmuster von Bundeskanzler Merz, das politischen Konflikt vermeiden will, aber tatsächliche Stabilität eher untergräbt. Das trägt nicht zu Vertrauen bei.

Berlin moderiert schwierige Reformaspekte ab

Die Koautorin dieses Beitrags erlebt im Kontext der wissenschaftsbasierten Politikberatung zunehmend, dass das Einfordern längst

identifizierter Reformen nicht auf offene Debattenkultur stößt. Stattdessen entsteht mitunter der Eindruck, dass politische Akteure unangenehme Aspekte abmoderieren und jene Berater bevorzugen, die bestehende Probleme kleinreden oder verschieben – oft zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und zulasten der kommenden Generationen.

Der Koautor dieses Beitrags ist nach 52 Jahren Mitgliedschaft in der SPD – davon 13 Jahre im schleswig-holsteinischen Landtag – nun aus der Partei ausgetreten. Nicht, weil sich seine eigenen Werte verändert hätten, sondern, weil diese in der aktuellen Ausrichtung der Partei kaum noch wiederzuerkennen sind.

Aus seiner beruflichen Erfahrung als Volkswirt und Experte für geoökonomische Fragen an der Führungsakademie der Bundeswehr weiß er: Die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes umfasst weit mehr als finanzielle Aspekte. Aber die Erhaltung finanzieller Spielräume ist eine unverzichtbare Grundlage für jede Form von Sicherheits- und Außenpolitik.

Unser Appell an die Politik ist daher klar: Deutschland braucht Reformen, die die finanzielle Tragfähigkeit sichern, generationengerechte Entscheidungen ermöglichen und den Mut aufbringen, schwierige Prioritäten zu setzen.

Eine Politik, die auf Nachhaltigkeit statt auf Beschwichtigung zielt, ist die Voraussetzung dafür, Vertrauen zurückzugewinnen – und die Grundlagen unseres Gemeinwesens langfristig zu sichern.

Die Autoren



Veronika Grimm ist Professorin an der Technischen Universität Nürnberg (UTN), Leiterin der Energy Systems and Market Design Research Group und Mitglied im Sachverständigenrat Wirtschaft.



Jens Vollert war persönlicher Referent für Wirtschaftsfragen von Helmut Schmidt in dessen Zeit als Verteidigungsminister und Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr. Von 1983 bis 1996 war er für die SPD Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags.

Dieser Artikel ist am 01.12.2025 im Handelsblatt erschienen.
Den Originalartikel können Sie [hier online abrufen](#).





Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

Wie sich die Abwanderung der Industrie bremsen lässt

von Veronika Grimm und Wolf Heinrich Reuter

Erschienen am
04.04.2025 als
Gastkommentar
im Handelsblatt



Der Emissionshandel belastet deutsche Unternehmen. Mit drei Anpassungen kann Berlin Wettbewerbsnachteile für heimische Firmen verhindern, argumentieren Veronika Grimm und Wolf Heinrich Reuter.

Um den Klimawandel aufzuhalten, muss es der EU gelingen, mit großen Emittenten weltweit verbindliche Regeln zur Emissionsreduktion zu vereinbaren und die Reduktion von Treibhausgasemissionen mit nachhaltigem Wachstum zu verbinden.

Dafür braucht es ein Emissionshandelssystem, das alle Sektoren und mit der Zeit auch möglichst viele Länder einbezieht. Der seit 2005 etablierte europäische Emissionshandel in den Bereichen Industrie und Energie (EU ETS I) ist wirksam und effizient. Die vorgegebene Reduktion der Treibhausgasemissionen wurde verlässlich erreicht – zu weit niedrigeren Kosten pro eingesparte Tonne CO2 als durch die vielen Subventionsprogramme.

Nun ist das EU ETS aber nicht weltumspannend. Weil nur europäische Unternehmen, nicht aber ihre vielen internationalen Konkurrenten die CO2-Kosten tragen müssen, haben ihre Produkte sowohl auf dem Binnenmarkt gegenüber ausländischen Importen als auch auf den Exportmärkten signifikante Wettbewerbsnachteile.

Es kann also für ein Unternehmen günstiger sein, seine Produktion ins Ausland zu verlagern und von dort in die EU und in alle Welt zu exportieren. In diesem Fall sinken zwar die ausgewiesenen Treibhausgasemissionen (der Produktion) in Deutschland und der EU – für den Klimaschutz ist jedoch nichts gewonnen, denn die Emissionen, die unser Konsum verursacht, entstehen dann in

anderen Teilen der Welt (Carbon Leakage). Und auch die Wertschöpfung findet dann andernorts statt, was das Wachstum in der EU schwächt.

Wie der Grenzausgleich ergänzt werden sollte

Um diesem Problem entgegenzuwirken, hat die EU im Jahr 2023 den CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) eingeführt, der ab 2026 in Kraft tritt. Er erhebt Abgaben auf sieben Grundstoffe wie Stahl, Aluminium und Düngemittel, wenn sie aus Ländern ohne vergleichbare CO2-Bepreisung in die EU eingeführt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass europäische Hersteller, die für die Produktion in der EU Emissionsrechte kaufen müssen, nicht benachteiligt werden.

Doch damit dieser Grenzausgleich die Wettbewerbsnachteile europäischer Firmen tatsächlich reduzieren kann, muss die nächste Bundesregierung drei Anpassungen durchsetzen:

Erstens sollte der CBAM auch für Exporte gelten. Wenn ein europäisches Unternehmen ein Produkt ins außereuropäische Ausland verkauft, sollten für die bei der Produktion entstandenen CO2-Emissionen keine Zertifikate benötigt werden. So entstünden für Exporteure auch keine Kostennachteile auf dem Weltmarkt.

Zweitens sollten Vorbereitungen getroffen werden, den Grenzausgleich auf weitere Produkte auszuweiten. Die Beschränkung auf die sieben Grundstoffe führt dazu, dass Unternehmen verstärkt weiterverarbeitete Produkte importieren, in denen diese Stoffe enthalten sind.

Nur mit einer perspektivischen Ausweitung des CBAM verlieren Unternehmen den Anreiz, ihre Produktion der Grundstoffe ins Ausland zu verlagern, um weiterverarbeitete Produkte in die EU einzuführen. Denn dann könnten sie den CBAM durch eine Verlagerung der Produktion perspektivisch nicht mehr umgehen.

Drittens sollte der Grenzausgleich unbürokratischer werden. Derzeit ist er insbesondere bei komplexeren Produkten extrem aufwendig umzusetzen. Dabei gibt es Vorschläge, wie man ihn deutlich vereinfachen könnte, beispielsweise durch eine pauschalierte Berechnungsmethode für bestimmte Produktgruppen.

Mit diesen Anpassungen führt auch eine ambitionierte CO2-Bepreisung nicht zu Standortverlagerungen. Unternehmen würden keine Kostennachteile mehr durch die Bepreisung von CO2 in der EU

erleiden und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts würde nicht durch den Emissionshandel gefährdet.

Denn die CO2-Emissionen konsumierter Güter in der EU würden unabhängig von ihrer Herkunft bepreist, während Emissionen exportierter Produkte ausgenommen blieben.

Klimaschutz ist nur mit einer globalen Lösung möglich

Wer nun Bauchschmerzen bekommt aufgrund der weiterhin fossilen Produktion für den Export, der sei beruhigt: Wandern die Unternehmen ab und exportieren ihre Produkte in die EU, so wären die durch unseren Konsum verursachten Emissionen vermutlich sogar höher.

Außerdem hätten wir in internationalen Klimaverhandlungen einen Verhandlungsschip in der Hand: Andere Staaten hätten Anreize, ebenfalls CO2-Preise einzuführen, wenn ihre CO2-Bepreisung bei Importen an der Grenze verrechnet würde.

Perspektivisch kann der Klimaschutz nur mit einer globalen Lösung gelingen. Der deutsche Beitrag sollte neben der Reduktion der eigenen Emissionen darin bestehen, ein Vorbild für die erfolgreiche Verbindung von Emissionsreduktion und Wirtschaftswachstum zu sein, neue Technologien und Innovationen anzureizen und konsequent für eine globale Lösung einzutreten.

Dafür ist es dringend notwendig, marktwirtschaftliche Prinzipien und die Bepreisung von Emissionen ins Zentrum zu rücken. Bei allen Herausforderungen ist ein umfassender Emissionshandel in Kombination mit einem funktionierenden Grenzausgleichsmechanismus der vielversprechendste Weg, um Klimaschutz und wirtschaftliche Prosperität unter einen Hut zu bekommen.

Die Autoren



Veronika Grimm ist Professorin an der Technischen Universität Nürnberg (UTN), Leiterin der Energy Systems und Market Design Research Group und Mitglied im Sachverständigenrat Wirtschaft.



Wolf Heinrich Reuter ist Ökonom und war zuletzt Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Ab 2026 soll er die Hauptabteilung Volkswirtschaft der Österreichischen Nationalbank leiten.

Dieser Artikel ist am 04.04.2025 im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier online abrufen](#).

So kommt noch kein nachhaltiges Wachstum

von Veronika Grimm

Erschienen am
30.06.2025 als
Briefing bei
Table.Briefings



Die Bundesregierung hat in den vergangenen Tagen mehrere weitreichende Beschlüsse gefasst. Neben dem sogenannten Investitions-Booster mit erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten, denen Steuersenkungen für Unternehmen folgen sowie Förderungen für Forschung und Elektromobilität wurde auch der Haushaltsentwurf 2025 und die Eckwerte bis 2029 verabschiedet.

In den Haushaltsgesprächen hatten die Ministerien – wie jedes Mal – Bedarfe angemeldet, die die verfügbaren Mittel deutlich übersteigen. Das ist keineswegs überraschend. Unabhängig von der Höhe der zusätzlich verfügbaren Mittel ist das Spiel immer gleich: Jeder fordert erstmal mehr – am Ende wird eingekürzt. Und zwar so, dass jedes Ministerium auf etwas verzichten muss. Wer von vornherein realistische Forderungen einbringt, kommt am Ende relativ schlechter weg als andere. Kein Minister und keine Ministerin kann ein

Interesse haben, dem eigenen Haus durch Naivität in den Haushaltsgesprächen zu schaden.

Es zeichnet sich schon jetzt ab: man wird die immensen Spielräume nutzen. Die Bundesregierung vollzieht eine beispiellose Kehrtwende bei der Finanzpolitik. Sie plant für diese Legislaturperiode mit Schulden von fast 850 Milliarden Euro. Vergleicht man es mit den bisherigen Schulden des Bundes – etwa 1,7 Billionen Euro – so zeigt sich: innerhalb von nur vier Jahren wird einfach mal

50% draufgelegt. Im Jahr 2019 umfasste der Bundeshaushalt noch 350 Milliarden Euro – jetzt mehr als 500 Milliarden. Für Arbeit und Soziales sind ab 2028 mehr als 200 Milliarden Euro eingeplant.

Kurzfristig dürften die Pläne zwar für eine Aufhellung der Konjunktur sorgen, schon weil die zusätzliche staatliche Nachfrage die Unterauslastung der Wirtschaft reduzieren wird. Dort wo die Produktionskapazitäten der Unternehmen jedoch aktuell ausgelastet sind, treibt zusätzliche Nachfrage nur die Preise in die Höhe – man zahlt dann mehr, aber bekommt nichts zusätzlich. Zudem ist nicht jede Investition tatsächlich eine Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Sicherheit. Sowohl bei Rüstungsgütern als auch bei Infrastruktur gilt: es kommt darauf an, das Richtige zu tun, nicht einfach nur das Geld auszugeben. Vieles von dem Geld wird versickern oder genutzt werden, um die konsumtiven Staatsausgaben nicht senken zu müssen.

Wenn kein nachhaltiges Wachstum zurückkommt dürfte das böse enden. Und das garantieren die bisherigen Maßnahmen keineswegs. Das Wachstumspotenzial – also das Wachstum der Volkswirtschaft bei Normalauslastung – liegt aktuell bei etwa 0,3 Prozent jährlich und dürfte durch die staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung nicht deutlich steigen. Für dynamisches Wachstum braucht es Innovationen und private Investitionen in Deutschland. Nur steuerliche Anreize reichen keineswegs. Und wichtige Reformen, die dynamisches Wachstum anstoßen könnten, bleiben bisher aus – man bewegt sich sogar zum Teil in die verkehrte Richtung.

Der wichtigste Hebel liegt im Bereich Regulierung und Bürokratie. Die Politik müsste sich trauen, Regulierung abzuschaffen oder abzubauen, die heute Entwicklungen bei Künstlicher Intelligenz, Innovationen im Gesundheitssektor, Gentechnik oder in anderen Zukunftsbranchen hemmt. Die Flexibilität am Arbeitsmarkt müsste erhöht werden und die Arbeitsanreize müssten deutlich verbessert werden, auch für Empfänger von Bürgergeld und ältere Menschen.

In den sozialen Sicherungssystem wird mehr verteilt, statt durch strukturelle Formen die Ausgaben zu dämpfen. Statt Mütterrente und Haltelinie, die zu steigenden staatlichen Zuschüssen und Beiträgen führen, braucht es Ausgaben-dämpfende

„Die Bundesregierung vollzieht eine beispiellose Kehrtwende bei der Finanzpolitik. Sie plant für diese Legislaturperiode mit Schulden von fast 850 Millarden Euro.“

Reformen der Rentenversicherung: Kopplung des Renteneintrittsalters und die fernere Lebenserwartung, Anstieg der Bestandsrenten mit dem Preisniveau statt den Löhnen, Wiedereinführung des Nachhaltigkeitsfaktor, Abschaffung der Rente ab 63. Das ist seit langem unstrittig. Keine Regierung packt es an.

Auch am Wohnungsmarkt setzt man mehr auf den Staat als auf private Investoren: Die Verlängerung der Mietpreisbremse ist nun beschlossene Sache. Bisher sind nach dem Jahr 2014 errichtete Wohnbauten davon nicht betroffen – die zuständige Ministerin hat in Interviews aber schon angedeutet, dass man eigentlich gerne diesen Stichtag verschieben würde: Gift für private Investitionen. Der Staat wird es schwer haben, die ausbleibenden privaten Investitionen zu kompensieren. Der Druck bei den Mieten wird steigen und der Ruf nach staatlicher Regulierung noch lauter werden als bisher schon. Das ist nur eine der vielen Interventionsspiralen.

Deutschland erlebt derzeit im Zeitraffer, welchen Zweck Schuldenregeln erfüllen: Sie zwingen dazu, Zielkonflikte innerhalb realistischer finanzieller Grenzen zu lösen. Derzeit gelingt das kaum – zu sehr verlässt sich die Politik auf kreditfinanzierte Entlastungen zulasten künftiger Generationen. Ob ein Kurswechsel gelingt und Wachstumsimpulse gesetzt werden, ist offen. Die Dringlichkeit spürt eine durch die schuldenfinanzierten Wohltaten beruhigte Bevölkerung bislang nicht.

Dieser Artikel ist am 30.06.2025 bei Table.Briefings erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Macht Grundschulen zu Ganztagschulen

von Veronika Grimm

Erschienen am
13.07.2025 als
Kommentar in der
WirtschaftsWoche



Von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft ist die Stärkung der frühkindlichen Bildung. Hamburg zeigt, wie es gehen kann.

Die Bildungsergebnisse in Deutschland sind seit Jahren rückläufig. In der jüngsten PISA-Studie, dem weltweit wichtigsten Schulvergleichstest, haben deutsche Schüler im Jahr 2022 die schlechtesten Ergebnisse seit Beginn der Erhebung erzielt. Bereits in den Erhebungen davor war ein Abwärtstrend zu beobachten. Besonders deutlich sind die Defizite in Mathematik und Lesekompetenz. Im OECD-Vergleich schneiden die deutschen Schüler nur noch durchschnittlich ab und sind weit abgeschlagen im Vergleich mit Ländern wie Japan oder Südkorea.

Immer mehr Schüler verlassen zudem die Schule ohne einen Abschluss. Lange lag die Quote

der Schulabgänger ohne Abschluss bei etwa 6 Prozent. Im Jahr 2023 waren es 7,2 Prozent – das sind knapp 56.000 junge Menschen eines Jahrgangs. Zuletzt hat die Corona-Pandemie tiefe Spuren hinterlassen, die bisher unzureichend aufgearbeitet wurden.

Diese Entwicklungen sind mehr als nur eines von vielen Warnsignalen. Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist die Grundvoraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit, soziale Mobilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn grundlegende Kompetenzen flächendeckend verloren gehen, gefährdet das nicht nur individuelle Lebensperspektiven, sondern

langfristig auch die Innovationskraft und das Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaft.

Bildung braucht mehr politische Priorität. Deutschland liegt bei den Ausgaben je Kind bzw. Schüler für die fröhkindliche Betreuung und die Grundschulbildung im OECD-Vergleich weiterhin nur im Mittelfeld. Höhere Investitionen sind nötig im Rahmen der Investitionsprogramme – doch Geld allein reicht nicht. Entscheidend ist, die Qualität der Angebote zu verbessern und auf neue Herausforderungen zu reagieren, die sich in den letzten Jahren deutlich verschärft haben.

Die gesellschaftliche Vielfalt ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewachsen – kulturell, sozial und digital. Kinder wachsen mit sehr unterschiedlichen Startbedingungen auf: Sprachliche Fähigkeiten, familiäre Bildungstraditionen, finanzielle Möglichkeiten oder auch der Zugang zu digitalen Medien und deren Nutzung variieren erheblich. Fast 40 Prozent der Kinder unter zehn Jahren haben heute einen Migrationshintergrund – in manchen Großstädten ist es mehr als die Hälfte.

In unserem Schulsystem, in dem vielerorts den Eltern eine zentrale Bedeutung zukommt, wird all dies immer mehr zur Herausforderung: die Hilfe bei den Hausaufgaben, die Organisation des Freizeitprogramms in Form von Sport und Musik, die oft langen Wege, die zurückgelegt werden müssen, um Angebote wahrzunehmen. Nicht alle Eltern können diese Unterstützung leisten, etwa weil sie die Sprache noch nicht sicher beherrschen oder das System nicht gut kennen.

Auch Eltern mit guter Ausbildung sind in einem Dilemma. Frauen mit Hochschulabschluss reduzieren ihre Arbeitszeit oft signifikant, wenn die Betreuungsstruktur fehlt – mit langfristigen Folgen für ihre beruflichen Chancen und Altersvorsorge. Zuwanderung bei Hochqualifizierten bleibt aus, wenn sie erwarten, ihre Kinder im Schulsystem nicht ausreichend unterstützen zu können.

Die unterschiedlichen Startbedingungen von Kindern zeigen sich nicht nur in Sprache, Herkunft oder Bildungstraditionen – sie setzen sich im digitalen Raum fort. Digitale Medien, soziale Netzwerke und Künstliche Intelligenz sind längst Teil der Lebenswelt junger Menschen. Die meisten Jugendlichen nutzen soziale Medien täglich, viele nutzen KI-Anwendungen aktiv. Doch nur ein Teil fühlt sich

„Wenn der Ganztagsbetrieb eingeführt wird, gibt es gute Gründe, dies flächendeckend und verpflichtend zu gestalten.“

gut über deren Funktionsweise und Risiken informiert – und viele empfinden das Smartphone in Umfragen sogar selbst als Zeitfresser.

Während einige Jugendliche also von digitalen Technologien profitieren und sich neue Lernwege erschließen können, verlieren andere den Anschluss. Fehlende Medienkompetenz, Reizüberflutung oder unkritischer Konsum erschweren es, konzentriert zu lernen oder sich eine fundierte Meinung zu bilden. Auch hier gilt: Wer zu Hause oder in seinem Umfeld nicht ausreichend Unterstützung und Anregungen bekommt, ist im Nachteil.

Kinder aus akademisch geprägten Haushalten haben in Deutschland bei gleicher Begabung nach wie vor deutlich bessere Bildungschancen – ein Muster, das sich noch weiter verstärken könnte. Wenn es aber vielen schon an den Startchancen mangelt, dann verliert zwangsläufig das Leistungsprinzip an Akzeptanz, auf dem unsere soziale Marktwirtschaft beruht.

Die Politik sollte daher ein großes Interesse daran haben, die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu erhöhen. Für gesellschaftlichen Zusammenhalt wie auch für die Wachstumschancen des Landes ist es entscheidend, dass junge Menschen das Rüstzeug haben, sich auch persönlich in unserem Land eine gute Zukunft zu erarbeiten. Das ist auch eine zentrale Voraussetzung für die Widerstandsfähigkeit einer offenen, demokratischen Gesellschaft.

Was also tun?

Von entscheidender Bedeutung ist die Stärkung der fröhkindlichen Bildung. Zahlreiche Studien zeigen: Investitionen in fröhkindliche Bildung haben einen deutlich positiven Effekt auf das Lebenseinkommen, die Gesundheit und sogar auf gesellschaftliche Faktoren wie Kriminalitätsraten. Im internationalen Vergleich investiert Deutschland in diesem Bereich jedoch nach wie vor zu wenig. Mehr Mittel und bessere Konzepte könnten dazu beitragen,

soziale Kompetenzen frühzeitig zu stärken, Integration zu fördern und notwendige Sprachkenntnisse vor Schuleintritt zu vermitteln. Auch die Erwerbsbeteiligung der Eltern würde profitieren, wenn verlässliche und hochwertige Angebote verfügbar sind.

Verpflichtender Ganztag in Grundschulen

In der Grundschule kann die Einführung des verpflichtenden Ganztags – der zum Beispiel in Hamburg schon erfolgreich umgesetzt wird – dazu beitragen, zentrale Herausforderungen zu meistern. Wenn Hausaufgaben und Freizeitangebote in den Schulalltag integriert sind, so werden Kinder nicht abhängig, deren Eltern arbeiten müssen oder die Sprache und Gepflogenheiten im Land noch nicht gut genug kennen.

In Hamburg wird der Nachmittag des verpflichtenden Ganztagsbetriebs durch die Sportvereine organisiert, die dadurch – ganz nebenbei – deutlich mehr Kinder und Jugendliche mit ihren Angeboten erreichen. Ein Gewinn für die Kinder und die Vereine – sowie ganz nebenbei für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, der durch das Vereinswesen seit jeher mitgeprägt wird.

Auch die Schulung von Kompetenzen im Umgang mit Künstlicher Intelligenz könnte im Schulalltag einen Platz finden, möglicherweise im Rahmen von Angeboten, die deutlich schneller auf aktuelle Entwicklungen reagieren können als die Lehrpläne.

Darüber hinaus sollte bei der Entwicklung von Konzepten für den Ganztag gezielt die Förderung digitaler Medienkompetenz integriert werden. Viele Eltern sind überfordert, den Handykonsum ihrer Kinder oder deren Nutzung sozialer Medien zu begleiten. Neue Konzepte im Ganztag könnten hier ansetzen – etwa durch klare Regeln zur Handynutzung und pädagogische Angebote zur digitalen Selbststeuerung. In vielen Ländern ist der Gebrauch von Smartphones in Schulen bereits deutlich stärker eingeschränkt – mit dem Ziel, konzentrierteres Lernen und mehr Chancengleichheit im Schulalltag zu ermöglichen.

Wenn der Ganztagsbetrieb eingeführt wird, gibt es gute Gründe, dies flächendeckend und verpflichtend zu gestalten. Untersuchungen zeigen, dass bei freiwilligen Ganztagsangeboten Kinder aus sozio-ökonomisch starken Haushalten deutlich seltener teilnehmen – Integration und Resilienz in einer

Gesellschaft stärken wir aber nur, wenn auch die sozioökonomisch besser gestellten Gruppen sich mit der Breite der Gesellschaft auseinandersetzen. Nicht zuletzt ist schulische Sozialisation ein Schlüssel zu demokratischer Bildung und Konfliktfähigkeit – Fähigkeiten, die in geopolitisch angespannten Zeiten die Grundlage für die Resilienz der Zivilgesellschaft legen.

Wenn wir es ernst meinen mit Zukunftsfähigkeit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit, dann muss Bildungspolitik in die erste Reihe der politischen Agenda. Frühkindliche Förderung und ein guter Ganztag für alle Kinder könnten in Zukunft das Fundament einer widerstandsfähigen, integrativen und innovativen Gesellschaft sein.

Dieser Artikel ist am 13.07.2025 als Kommentar in der WirtschaftsWoche erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.



Deutschland braucht private Investitionen in Infrastruktur

von Veronika Grimm und Lars Feld

Erschienen am
21.07.2025 als
Gastkommentar
im Handelsblatt



Der Investitionsgipfel der Konzerne schürt hohe Erwartungen. Doch nötig sind auch Reformen und privates Kapital, nicht zuletzt für die Autobahnen.

Wenn an diesem Montag die Spitzen der deutschen Wirtschaft im Kanzleramt zusammenkommen, sind die Erwartungen groß. Die Schöpfer der Initiative „Made for Germany“ sollen Pläne für Investitionen in Deutschland in Höhe von 300 Milliarden Euro im Gepäck haben. Der Investitionsbooster für Deutschland nähme Gestalt an.

Aber mit solchen Initiativen ist es so eine Sache. Rasch stellen sich Fragen, zum Beispiel, in welchem Zeitraum wie viel von welchem Unternehmen investiert werden wird; wie viel davon in Deutschland eingesetzt wird oder ob die ins Schaufenster gestellten Summen zusätzlich zu schon vorhandenen Investitionsplänen investiert

werden. Verbindliche Festlegungen sind kaum zu erwarten.

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich seit der Bundestagswahl zwar verbessert. Sie ist allerdings noch lange nicht gut und signalisiert somit noch keinen Aufschwung. Zudem: Für eine mittelfristig dynamische Wirtschaftsentwicklung, die das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft erhöht, sind die Rahmenbedingungen entscheidend, die den Unternehmen für ihre Investitionen geboten werden.

Und hier liegt das eigentliche Problem: Investitionen in Deutschland rechnen sich immer weniger, weil die Unternehmen sich einem toxischen

Gemisch überhöhter Kosten gegenübersehen. Die Arbeitskosten sind höher als im Ausland; die Lohnstückkosten sind seit dem Jahr 2011 deutlich gestiegen. Die Energiekosten sind zu hoch, und zwar nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Vielmehr treibt die Energiepolitik in Deutschland und Europa die Preise -etwa durch die Abschaltung der Atomkraftwerke oder die überbordende Regulierung im Energiebereich.

Ein wahres Regulierungsdickicht hemmt Innovationen und lässt die Bürokratiekosten explodieren. Schließlich sehen sich die Unternehmen einer der höchsten Steuerbelastungen in der OECD gegenüber und erhalten dafür relativ schlechte Leistungen in den Bereichen Infrastruktur und Bildung.

Es zeigt sich zudem, dass die gewaltige Neuverschuldung, welche die Bundesregierung plant, bestenfalls zu einer allmählichen Verbesserung der bestehenden Infrastruktur führen dürfte. Jenseits der üblichen Hemmnisse - langwierige Genehmigungsverfahren, zu restriktive regulatorische Vorgaben, Kapazitätsbeschränkungen in der Bauwirtschaft oder der Rüstungsindustrie - werden für Erweiterungsinvestitionen zukünftig außerdem verstärkt private Mittel erforderlich sein. Verbessert die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für Investitionen nicht durch nennenswerte Reformen, wird die zusätzliche Staatsverschuldung verpuffen und die Stimmung der Unternehmen umschlagen, allen öffentlichkeitswirksamen Initiativen zum Trotz.

Der Koalitionsvertrag verspricht hier leider wenig substanzelle Verbesserungen. Zumeist setzt die Bundesregierung auf Subventionen, etwa um die Energiekosten zu senken. Steuerlich bleibt der Reformentwurf mit einer höheren degressiven Abschreibung in den traditionellen Linien konjunkturpolitischer Denke. Strukturelle Entlastungen werden auf das Ende der Legislatur verschoben. Ansätze zur Deregulierung lässt zwar die Europäische Kommission erkennen, die Bundesregierung aber deutlich weniger. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bewegt sich mit dem Rentenpaket sogar in die verkehrte Richtung - die Lohnzusatzkosten werden dadurch steigen.

Die Möglichkeiten für Investitionen privater Akteure in die Infrastruktur haben sich in den vergangenen Jahren verbessert - etwa mit dem Fondsstandortgesetz, das deutsche Fonds wettbewerbsfähiger macht. Die Deutsche Bahn AG oder die Autobahn GmbH sind jedoch weiterhin für

Beteiligungen privater Anleger tabu. Sie verbleiben vollständig im Eigentum des Bundes.

Dies ließe sich grundsätzlich ändern. Bereits im Jahr 2016 hat die Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ den Vorschlag gemacht, die Bereitstellung von Straßeninfrastruktur in eine einnahmefinanzierte, verschuldungsfähige Infrastrukturgesellschaft nach dem Vorbild der österreichischen Asfinag auszulagern. Die im Jahr 2018 gegründete Autobahn GmbH, die für Bau, Betrieb und Erhaltung der bundesdeutschen Autobahnen zuständig ist, könnte so finanzielle Eigenständigkeit erhalten und wäre damit nicht unmittelbar an die Schuldenbremse gebunden. Sie könnte Einnahmen etwa über ein Mautsystem generieren, das bei Lkws bereits besteht.

Eine Pkw-Maut könnte perspektivisch die Kfz-Steuer ersetzen und zugleich die Nutzungseffizienz der Infrastruktur steigern. Wichtig wäre es, dafür private Kapitalgeber zu gewinnen und diese angemessen am Risiko zu beteiligen. Sie hätten dann ein aktives Interesse daran, dass diejenige Infrastruktur bereitgestellt wird, für die die Nutzer durch ihre Zahlungsbereitschaft Präferenzen zeigen. Infrastrukturen, die regionalpolitischen Zielen dienen, könnte der Staat weiterhin beauftragen, indem er die entsprechenden Verkehrswege bei den Investitionsgesellschaften einkauft - also über explizite Subventionen.

Die Initiatoren der Investitionsoffensive sollten die Chance ergreifen und die im Wahlkampf versprochenen Reformen einfordern, die der Koalitionsvertrag schuldig bleibt.

Die Autoren



Veronika Grimm ist Professorin an der Technischen Universität Nürnberg (UTN), Leiterin der Energy Systems und Market Design Research Group und Mitglied im Sachverständigenrat Wirtschaft.



Lars Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Leiter des dort ansässigen Walter Eucken Instituts. Er war 2021 Vorsitzender des Sachverständigenrats Wirtschaft und berät die Regierung in verschiedenen Funktionen.

Dieser Artikel ist am 21.07.2025 im Handelsblatt erschienen.
Den Originalartikel können Sie [hier online abrufen](#).

Deutschland hat das Maß verloren

von Veronika Grimm

Erschienen am
23.07.2025 als
Kolumne im
Handelsblatt



Vor wenigen Jahren stritt die Bundesregierung noch über einstellige Milliardenbeträge. Jetzt steht das Zehnfache im Raum. Das ist fatal, warnt Ökonomin Veronika Grimm.

Bereits vor den Koalitionsverhandlungen hat der alte Bundestag zusätzliche Schulden von über einer Billion Euro ermöglicht. Da der Reformdruck fehlte, fanden nachhaltige Ansätze zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen keinen Eingang in den Koalitionsvertrag. Die Folge: Die Haushalte von Bund und Ländern bleiben angespannt. Man

ist trotz immenser Spielräume immer noch „knapp bei Kasse“. Nun wird sogar eine Reform der Schuldensremse diskutiert, um neue Spielräume zu schaffen.

Vor der Coronapandemie wurde noch über einstellige Milliardenbeträge gerungen, in der

Ampelregierung ging es bereits um hohe zweistellige Summen - inzwischen steht das Zehnfache davon im Raum.

Deutschland hat den Kompass verloren. Statt über notwendige Reformen zu sprechen, klammert man sich daran, dass die Stimmung in der Wirtschaft nun besser wird. Umfragen bestätigen den Stimmungsumschwung - doch ohne strukturelle Reformen wird er nicht von Dauer sein. Diese sind nirgends in Sicht.

Schon kurzfristig könnte man durch Reformen beim Bürgergeld, der Rente und durch Subventionsabbau im Haushalt hohe zweistellige Milliardenbeträge freischaukeln. Langfristig bieten sich weitere Optionen, um die Haushalte zu stabilisieren und Wachstumspotenziale zu erschließen.

Die aktuell diskutierten Reformvorschläge greifen zu kurz, weil sie niemandem wehtun sollen.

Die Integration der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung etwa verbessert die Finanzlage nur dann, wenn auch die Pensionsansprüche angepasst werden - das steht aber nicht zur Debatte. Die Aktivrente könnte einzelne Rentner zur Erwerbstätigkeit motivieren, dürfte aber wegen der Mitnahmeeffekte kaum zur finanziellen Tragfähigkeit beitragen. Die Liste ließe sich weiterführen. Tiefgreifende Entlastungen, etwa durch den Abbau wachstums-hemmender Regulierungen, sind bisher nicht geplant.

Die hohe Neuverschuldung von rund 850? Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode - rund die Hälfte des bisherigen deutschen Schuldenstands - nimmt den Druck, Sozialausgaben zu begrenzen, weiter aus dem System. Zurück bleiben ein Staatshaushalt mit anhaltend hoher Ausgabenlast, eine Staatsquote von über 50 Prozent, ungelöste Strukturprobleme und eine dynamisch zunehmende Schuldenlast für kommende Generationen.

Nun steht auch noch eine „Reform“ der Schuldenbremse im Raum - faktisch also eine weitere Aufweichung der Fiskalregeln. Angesichts der bereits geplanten Verschuldung erscheint das maßlos. Eine solche Reform würde den ohnehin schwachen Reformantrieb vollends zum Erliegen bringen. Die CDU sollte dem klar widersprechen.

„Zurück bleiben ein Staatshaushalt mit anhaltend hoher Ausgabenlast, eine Staatsquote von über 50 Prozent, ungelöste Strukturprobleme und eine dynamisch zunehmende Schuldenlast für kommende Generationen.“

Tut sie es nicht, ist schon absehbar, was geschieht: Die gerade entstehende Kommission macht einen Vorschlag, die Koalitionspartner ergänzen ihn, ebenso Grüne und Linke (man braucht ja eine Zweidrittelmehrheit) - und am Ende hat Deutschland keine wirksamen Schuldenregeln mehr.

Ohne den notwendigen Reformdruck geraten aber öffentliche Finanzen, Wachstumsperspektiven und Generationengerechtigkeit gleichermaßen unter die Räder. Zugleich droht Deutschland als Stabilitätsanker der EU auszufallen - mit weitreichenden Folgen für die finanzpolitische Verlässlichkeit Europas insgesamt.

Dieser Artikel ist am 23.07.2025 als Kolumne im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Deutschland verspielt seine Zukunft

von Veronika Grimm

Deutschland ist reich, wir können uns das leisten? Von wegen! Politiker scheuen echte Reformen – aus Angst vor den Rändern. Dabei gäbe es sogar Grund zur Hoffnung.

Deutschland braucht grundlegende Reformen. Doch das politische System scheint dazu kaum in der Lage. In nahezu jedem Politikfeld ist die Diagnose eindeutig: Die aktuellen Rahmenbedingungen sind nicht tragfähig -anders gesagt: nicht

zukunftsorientiert. Der Kanzler sieht das und kündigt Reformen an, doch umgesetzt werden nach koalitionsinternen Abstimmungen meist Scheinlösungen, die über ihren Wert verkauft werden.

Die Diskussion dreht sich im Kreis, weil es nirgends wehtun darf. Zu groß ist die Angst, Wähler könnten sich sonst den extremen Rändern zuwenden. Das zeigt sich in mehreren Bereichen:

Bei den sozialen Sicherungssystemen ist seit Langem klar: Das Renteneintrittsalter muss mit der Lebenserwartung steigen, der Anstieg der Bestandsrenten gedämpft werden und der Nachhaltigkeitsfaktor wieder greifen, Sonderregeln wie Rente ab 63 und Mütterrente sollten entfallen. Stattdessen wird über die Einbeziehung von Beamten oder Selbstständigen diskutiert - Maßnahmen, die das Tragfähigkeitsproblem nicht lösen. Auch in der Energiepolitik fehlen Entscheidungen. Nötig wären regionale Strompreise, Technologieoffenheit und ein verlässlicher CO2-Preis, um Investitions- und Betriebsentscheidungen kosteneffizient zu steuern. Doch schon kleine Schritte stoßen auf Widerstand. Lieber verteilt man Subventionen, um kurzfristig die Kosten zu verschleiern.

Beim Bürokratieabbau wiederholt sich das Muster: Statt unnötige Regulierung abzubauen, vereinfacht man Verfahren und schafft gleichzeitig neue Regeln, zuletzt mit dem Tariftreuegesetz. Die Wirtschaft wird so immer stärker

berdrückt. Auch das sinkende Arbeitsvolumen wird nicht adressiert. Zielgenauere Absicherung für die, die wirklich nicht arbeiten können, wäre nötig. Stattdessen setzt die Politik darauf, über höhere Mindestlöhne das Arbeiten attraktiver zu machen - ein Rezept, das Jobs kosten dürfte.

Dass Scheinlösungen verfangen, liegt auch daran, dass viele Politiker und Bürger in die Vergangenheit schauen: „Wir sind doch reich, wir können uns das leisten.“ In die Zukunft projiziert, sieht das Bild jedoch ganz anders aus - wegen Demografie, überlasteter Sozialkassen und wachsender Konkurrenz durch Schwellenländer, die ökonomisch aufholen. Frankreich zeigt in erschreckender Weise, wohin das führt: Die fiskalischen Spielräume sind dort ausgeschöpft. Die von der Regierung angestrebte Konsolidierung misslingt, weil extreme Parteien sich zusammenschließen und blockieren. Umso befremdlicher, dass der deutsch-französische Rat der Wirtschaftsexperten in dieser Lage sogar gemeinsame europäische Schulden ins Spiel bringt, statt beide Länder zu konsequenten Reformen zu drängen .

Gibt es Hoffnung? Ja. Deutschland steht zurzeit noch besser da als andere große EU-Staaten. Und es gibt Beispiele erfolgreicher Reformen: Schweden in den 1990er-Jahren, Deutschland mit der Agenda 2010. Die Lehre lautet: Man braucht einen Plan und darf sich und der Bevölkerung nichts vormachen. Nur wenn die großen europäischen Staaten ihre Hausaufgaben erledigen, kann auch Europa seine Rolle in einer unruhigen Welt behaupten.

Dieser Artikel ist am 03.09.2025 als Kolumne im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Erschienen am
03.09.2025 als
Kolumne im
Handelsblatt

Mehr Realismus bitte!

von Veronika Grimm

Die im Kabinett beschlossene Rentenreform erzeugt nur zusätzliche Belastungen. Für die Politik heißt das: Jetzt ist nicht die Zeit für Kompromisse, sondern für ein neues Denken.

Seit weit über zwei Jahrzehnten weisen Wissenschaftler darauf hin, dass der Ausgabenanstieg in der gesetzlichen Rentenversicherung deutlich gebremst werden müsste, um die langfristige Finanzierbarkeit zu sichern. Das ist naheliegend: Das Verhältnis von Erwerbstägigen zu Rentnern ist seit 1970 von fünf zu eins auf heute etwa 2,5 zu eins gesunken - mit klaren Konsequenzen für die Stabilität des Systems. Trotz dieser bekannten Herausforderungen hat die Bundesregierung nun eine Rentenreform beschlossen, die in großem Umfang zusätzliche Belastungen erzeugt.

Mehrere Vorhaben aus den drei Regierungsparteien wurden miteinander verknüpft - allesamt Maßnahmen, die die Ausgaben weiter steigern. Die SPD setzt auf die Haltelinie (rund 160 Milliarden Euro bis 2040), die CSU auf die Mütterrente (etwa 65 Milliarden Euro bis 2040), und die CDU bringt Kinderstartgeld und Aktivrente ein. Diese verursachen zwar begrenzte Mehrausgaben, tragen aber ebenso wenig zu strukturellen Einsparungen bei.

Für die Rentenversicherung bedeutet dies: höhere Beiträge und steigende Bundeszuschüsse. Gleichzeitig lässt die Finanzplanung des Bundes absehbar kaum noch Spielräume. Bereits 2029 reichen die erwarteten Einnahmen voraussichtlich nur noch aus, um Sozialausgaben, Verteidigung und Zinslasten zu decken - und sowohl Sozial- als auch Zinsausgaben werden nach 2029 weiter wachsen.

Deutliche Einschnitte beim Rentenniveau in den 2030er-Jahren sind eigentlich nicht abzuwenden. Ohne rechtzeitige, ausgabedämpfende Reformen könnte sich die Lage sogar verschärfen. Es besteht das Risiko, dass die junge Generation das Vertrauen in den Generationenvertrag verliert

-ein Trend, der durch bereits heute zunehmende Auswanderung von Leistungsträgern verstärkt wird. Diese Entwicklung wäre gerade für die Rentner problematisch. Wenn die Politik falsche Erwartungen sicherer Renten weckt, nimmt sie den Menschen die Möglichkeit, sich rechtzeitig auf absehbare Veränderungen einzustellen. Würde man heute Reformschritte einleiten, die die Tragfähigkeit der Rentenversicherung und damit auch die Sicherheit der versprochenen Rentenzahlungen langfristig stärken, könnten Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zusätzlich Vorsorge treffen.

Reformen, die den Ausgabenanstieg bremsen, würden zudem den nötigen Handlungsspielraum schaffen, um kapitalgedeckte Elemente der Altersvorsorge auszubauen. Niedrigere Beitragsanstiege entlasteten Beschäftigte und erleichterten zusätzliche Kapitalmarktinvestitionen für das Alter. Gleichzeitig könnte der Staat durch einen weniger dynamischen Anstieg des Bundeszuschusses die Förderung einer -idealerweise obligatorischen - kapitalgedeckten Säule finanzieren.

Man kann der Jungen Gruppe der Union nur dankbar sein, dass sie hier ihre Stimme erhebt. Eigentlich wäre das die Verpflichtung der Älteren, insbesondere der Spitzen der Politik, der Bevölkerung eine realistische Einschätzung der Lage zu vermitteln. Schließlich haben sie die Verantwortung für das Land übernehmen wollen.

Erschienen am
26.11.2025 als
Kolumne im
Handelsblatt

Dieser Artikel ist am 26.11.2025 als Kolumne im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Deutschland braucht diese Wachstumsagenda

von Veronika Grimm

Erschienen am
12.10.2025 als
Kommentar in der
WirtschaftsWoche



Tiefgreifende Strukturreformen sind notwendig, damit der „Herbst der Reformen“ gelingt. Worin der Schlüssel zum Erfolg liegt.

Der wissenschaftliche Beraterkreis Wirtschaftspolitik beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) hat am 6. Oktober 2025 sein erstes Gutachten vorgelegt. Darin skizzieren wir eine Wachstumsagenda mit Reformvorschlägen, damit der angekündigte „Herbst der Reformen“ ein Erfolg wird.

Seit 2018 stagniert unsere Volkswirtschaft. Die deutsche Wirtschaft steckt in einer erheblichen Strukturkrise. Zwar können neue Verschuldungsspielräume kurzfristig für eine gewisse konjunkturelle Belebung sorgen, doch eine echte Trendwende ist ohne tiefgreifende Reformen nicht zu erwarten.

Statt grundlegender Strukturreformen setzt die Politik bislang vor allem auf konsumtive

Ausgaben und kurzfristige Entlastungen. Zuletzt hat der Koalitionsausschuss eine umfangreiche Ausweitung der Leistungsansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung beschlossen. Bisher werden die zentralen Herausforderungen – vom technologischen Rückstand über die demografische Belastung bis hin zu ineffizienten Strukturen am Arbeits- und Wohnungsmarkt – nicht gelöst, sondern weiter verschärft.

Deutschland fällt daher im Vergleich zu fast allen entwickelten Volkswirtschaften – darunter auch direkte Nachbarn wie Dänemark, die Niederlande oder die Schweiz – seit längerem zurück. Weil dies offenbar noch nicht überall verstanden wird, enthält unser Gutachten einen sehr umfangreichen Diagnoseteil.

Fest steht: Die derzeitigen Pläne der Bundesregierung reichen nicht aus, um das Wachstumspotenzial (aktuell nur rund 0,3 Prozent) deutlich zu erhöhen und Deutschland wieder auf einen nachhaltig höheren Wachstumspfad zu bringen. Langfristig hohes Wachstum entsteht in fortgeschrittenen Volkswirtschaften vor allem durch Innovation und strukturellen Wandel: Kapital und Arbeitskräfte verlagern sich hin zu hochproduktiven, schnell wachsenden Unternehmen.

Eine auf Resilienz ausgerichtete Wirtschaftspolitik muss diese Reallokation von Arbeit und Kapital zulassen. Derzeit gelingt dies nicht in ausreichendem Maße. Erfolgreiche Unternehmen entstehen zurzeit häufiger in anderen Staaten, während hohe Vermögen in Deutschland überwiegend geerbt statt erarbeitet werden. So hatten von den im Juli 2025 weltweit vorhandenen Einhörnern – also Start-ups mit einer Bewertung von über einer Milliarde Dollar – nur 2,5 Prozent ihren Sitz in Deutschland. Das ist pro Kopf nicht nur deutlich weniger als in den USA, sondern auch als in Großbritannien, Frankreich oder Israel.

Um dynamisches Wachstum zu erreichen, reicht Bürokratieabbau – also eine bloß effizientere Verwaltung – nicht aus. Es gilt, wachstumshemmende Regulierungen systematisch abzubauen – in Deutschland wie auch auf EU-Ebene. Das betrifft viele Bereiche, insbesondere jedoch solche, wo eine Technologieführerschaft im Bereich moderner Schlüsseltechnologien möglich wäre.

Die Politik sollte hingegen nicht der Versuchung erliegen, etwa die Fusionskontrolle aufzuweichen. Im Gegenteil: Der Wettbewerb ist zu stärken, denn er motiviert Unternehmen, mit neuen Technologien produktiver und profitabler zu werden. Staatliche Förderung sollte sich auf Grundlagenforschung und wissenschaftliche Exzellenz konzentrieren – nicht auf den Erhalt bestehender Strukturen.

Neben wachstumsfördernden Reformen gilt es, den Anstieg der Staatsausgaben strukturell zu begrenzen. Vor allem muss der Anstieg der Sozialausgaben wieder in ein angemessenes Verhältnis zum Wachstum der Wirtschaftsleistung gebracht werden. Dazu sind wirksame Reformen insbesondere der Rentenversicherung, aber auch der übrigen Sozialversicherungen unumgänglich. Denn hohe Abgaben schwächen die Wettbewerbsfähigkeit.

Die neuen Verschuldungsspielräume sollten nur vorübergehend und gezielt für zusätzliche Investitionen genutzt werden. Andernfalls drohen auf kurzfristig stimulierende Impulse langfristige fiskalische

Belastungen zu folgen, die das Wachstum bremsen. Die Mittel sollten konsequent in Infrastrukturinvestitionen, die Stärkung ökonomischer Resilienz und die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit fließen.

Eine ordnungspolitische Agenda für neues Wachstum muss vier Schwerpunkte setzen:

1 Innovation und Reallokation müssen ermöglicht werden, indem Strukturwandel zugelassen, Wettbewerb gestärkt und Unternehmertum gesellschaftlich aufgewertet wird.

2 Staatliche Verschuldungsspielräume sollten maßvoll und gezielt für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden – etwa um Rückstände bei Infrastruktur und Verteidigung aufzuholen und den Technologietransfer als Hebel zu nutzen.

3 Es braucht eine systematische Deregulierung, nicht nur effizientere Bürokratie. Wachstums-hemmende Vorschriften müssen abgebaut und der Datenschutz innovationsfreundlicher gestaltet werden, damit Unternehmen ihr Potenzial in Schlüsseltechnologien wie KI, Biotechnologie, Nuklear-technik oder Raumfahrt ausschöpfen können.

4 Die Sozialsysteme müssen zukunftsorientiert gemacht werden – unter anderem mit einem an die Lebenserwartung gekoppelten Renteneintrittsalter, einer Dämpfung des Anstiegs der Bestandsrenten sowie der Abschaffung der Rente ab 63.

Ohne einen klaren Kurswechsel wird Deutschland weiter zurückfallen – mit gravierenden Folgen für Wohlstand, Stabilität und die Rolle Europas in einer machtorientierten Welt. Nur wenn eine Wachstumsagenda im „Herbst der Reformen“ konsequent auf die politische Tagesordnung gesetzt wird, lässt sich anhaltend hohes Wachstum erreichen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit der Wirtschaftspolitik zurückgewinnen.

Deutschland muss wieder zu einem Land werden, in dem Mut zum Risiko belohnt statt durch Vorschriften blockiert wird.

Dieser Artikel ist am 12.10.2025 als Kommentar in der WirtschaftsWoche erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier online abrufen](#).





Europa und die veränderte Globale Ordnung

Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr freie Rede

von Veronika Grimm

Erschienen am
03.01.2025 als
Gastbeitrag in
DIE WELT



Musk verkennt Ziele der AfD, die Deutschland schaden würden. Warum es dennoch richtig war, seine Wahlempfehlung zu veröffentlichen.

Elon Musks Wahlempfehlung für die AfD und vor allem die Veröffentlichung seines Gastbeitrags in der WELT AM SONNTAG haben eine hitzige Debatte ausgelöst. Das ist einerseits gut, da viele Menschen mitbekommen, dass Musks Begründung der Wahlempfehlung nicht stichhaltig ist. Doch zugleich offenbart der Vorwurf, die Zeitung hätte mit der Veröffentlichung einen Tabubruch begangen, die aktuelle Scheinheiligkeit der Debatte und untergräbt zugleich einen Grundpfeiler unserer Demokratie – die Meinungsfreiheit.

Schon vor dem Beitrag in der WELT AM SONNTAG hatte Musk über die sozialen Medien zur Wahl der AfD aufgerufen. Viele Menschen hatten also schon davon gehört. Es war nicht unwahrscheinlich, dass sie ihm zutrauten, die wirtschaftspolitische Ausrichtung der AfD einzuschätzen. Musk ist schließlich ein überaus erfolgreicher Unternehmer, der gerade erst in Ostdeutschland einen Produktionsstandort aufgebaut hat. Dass die AfD in den Wahlumfragen mittlerweile den zweiten Platz belegt, liegt nicht zuletzt daran, dass die Menschen unzufrieden sind. Zu Recht – denn die

„Unsere Demokratie vertraut darauf, dass die Bürger und die Medienlandschaft in der Lage sind, kontroverse Beiträge einzuordnen.“

etablierten Parteien bieten in vielen Politikfeldern keine Lösungen an. Die Wirtschaft stagniert, die verfehlte Klimapolitik führt zu Abwanderung von Unternehmen, ein Konsens in der Migrationspolitik steht weiterhin aus. Diese Diagnose liefert auch Musk – sie ist richtig.

Hat Musk also einen Punkt? Nein.

Weil man ihm die Möglichkeit gegeben hat, seine Argumente in einem Gastbeitrag zu erläutern, wird offenbar: Die dort aufgeführten Gründe für seine Wahlempfehlung tragen nicht. Er verkennt die Ausrichtung der AfD und schätzt falsch ein, was man im Falle einer Stärkung der Partei bekommen würde. Das wird jedem, der den Text liest und sich in Deutschland auskennt, schnell klar. Und alle anderen werden durch den Kommentar des (2024 noch designierten) WELT-Chefredakteurs auf die wesentlichen Fehlschlüsse gestoßen. Clever gemacht.

Das Wahlprogramm der AfD greift zwar in der Tat einige drängende Probleme auf. Doch viel schwerer wiegt: Es enthält Forderungen, die Deutschland wirtschaftlich den Boden unter den Füßen wegziehen würden: etwa den „Dexit“, der unseren Zugang zum EU-Binnenmarkt aufs Spiel setzt, oder radikale Vorschläge zur Migrationspolitik, die den Fachkräftemangel verschärfen würden. Zudem ist die AfD wahrlich keine wirtschaftsliberale Partei. In ihren Reihen finden sich völkische, Russland-freundliche, USA-kritische und antikapitalistische Strömungen. Die kritische Haltung der AfD zum Ausbau der Elektromobilität steht gar in direktem Widerspruch zu Musks eigenen Interessen. Es liegt also nahe, dass er entweder nicht genau hingeschaut hat oder andere Interessen eine Rolle spielen.

Die Interessenlage ist durchaus relevant. Musk ist Unternehmer mit einer starken Marktposition und Zugang zu den Entscheidungsträgern der Welt. Einen Abbau von Regulierung, auch solcher Regelungen, die sinnvollerweise die Marktmacht beschränken, findet er sicherlich attraktiv. Vor diesem Hintergrund ist es auch völlig irreführend, dass Musk immer wieder in einem Atemzug mit dem argentinischen Präsidenten Milei genannt wird, der Deregulierung als einen Weg sieht, Argentinien wieder auf Wachstumskurs zu bringen – dem es also nicht um den Ausbau der eigenen Macht geht, sondern der sich ein Mandat für sein Vorgehen beim Volk erstritten hat.

Die Aufregung um die Veröffentlichung des Gastbeitrags zeigt eine gewisse Orientierungslosigkeit in

Politik und Gesellschaft. Nicht der lauteste Protest oder das Empfinden der Mehrheit entscheiden darüber, was veröffentlicht werden darf, sondern die Gesetzeslage und die Redaktionen der entsprechenden Medienhäuser. Wer Sorge vor einer unerlaubten Einmischung Musks in den deutschen Wahlkampf hat, den kann die Wahlempfehlung selbst beunruhigen, als Vorbote weiterer Aktionen – nicht aber die Veröffentlichung der Begründung und der Replik.

Die Vielfalt der Perspektiven und die freie Rede dürfen kein Tabu sein, sie sind Ausdruck und Stärke einer freien Gesellschaft – auch wenn das manchmal unbequem ist. Unsere Demokratie vertraut darauf, dass die Bürger und die Medienlandschaft in der Lage sind, kontroverse Beiträge einzuordnen. Selbst Wladimir Putin hatte auch nach der Besetzung der Krim Gastbeiträge in verschiedenen deutschen Zeitungen, zuletzt 2021. Nicht jedem muss das gefallen, und in den Redaktionen wurde sicher heftig gestritten. Der Versuch, solche Stimmen zu unterdrücken, schwächt aber unser System und macht es anfällig für Populisten, die dann unkommentiert ihre eigenen Kanäle nutzen und Zugang zu den Bürgern finden.

Wir sollten uns endlich auf inhaltliche Debatten konzentrieren, statt zu diskutieren, was publiziert werden darf und was nicht. Die Möglichkeit, Positionen und Argumente vortragen zu können, aber auch hinzunehmen, wenn man sich nicht damit durchsetzt – das macht unsere freie Gesellschaft im Kern aus.

Dieser Artikel ist am 03.01.2025 als Meinung in DIE WELT erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Deutschlands Gegner werden uns nicht mit Samt- handschuhen anfassen

von Veronika Grimm

Erschienen am
05.02.2025 als
Gastbeitrag im
Handelsblatt



Das Land steht unter Druck und ohne Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik steigt dieser immer weiter. Der Migrations-Streit ist da nur ein Vorgeschmack.

Deutschland steckt in der Dauerkrise: Fünf Jahre ohne Wachstum, das Wachstumspotenzial auf Tiefststand, sinkende Investitionen, schwächelnde Industrie und Rückstand bei Schlüsseltechnologien wie KI. Seit November regieren SPD und

Grüne selbstgewählt als Minderheitsregierung – faktisch gelähmt. Statt Lösungen dominieren politische Machtspiele. Die „demokratische Mitte“ ist gespalten.

Die jüngsten Verwerfungen über die Migration (oder: die Brandmauer) waren nur ein Vorgeschnack. Der Druck im Kessel steigt. Wirtschaftlich ist die Situation deutlich herausfordernder als zu Zeiten von Gerhard Schröders Agenda 2010.

Doch die Minderheitsregierung sucht die Schuld bei anderen und die Lösung in Schulden und Appellen an „Zusammenhalt“ und „Zuversicht“. Ihre Vertreter erkennen, was auf dem Spiel steht. Harte politische Auseinandersetzungen sind unvermeidlich – und notwendig.

Denn wer den Ernst der wirtschaftlichen Lage erkennt, ist zunehmend alarmiert. Ohne Kurswechsel droht Deutschland den Anschluss zu verlieren, nicht nur an die USA und China. KI, Raumfahrt, Datenräume, Pharma, Food-Tech – überall ersticken das Regulierungsdickicht, die Risikoaversion und das Vorsorgeprinzip (alles wird reguliert, bevor es überhaupt existiert) die Innovationen.

Hohe Steuern und Sozialabgaben, fragmentierte Kapitalmärkte in der EU und die Schwächen des Bildungssystems lassen die ambitionierten Unternehmer Glück und Erfolg woanders suchen. Auch die energieintensive Industrie ist auf dem Rückzug. Die Abhängigkeit von anderen wächst.

Was alles auf dem Spiel steht

Ohne eine entschlossene Reformmehrheit im demokratischen Lager gibt es keinen geordneten Ausweg aus der Krise.

Dann bleibt nur der zunächst tiefste Fall – nicht nur bei einem Bröckeln der Brandmauer, sondern auch durch die Handlungsunfähigkeit einer potenziellen Kompromisskoalition. Bei einem „Weiter so“ sind viele Szenarien denkbar, die das Fass zum Überlaufen bringen könnten: Staatsschuldenkrisen in großen EU-Ländern und ein Zerfall der Union, ein eskalierender Krieg in Europa, extremistische Regierungen, geoökonomische Attacken auf digitale und Energie-Infrastrukturen oder auch neue Pandemien. Ohne mehr Wachstum und Resilienz steht unser Wohlstand auf tönernen Füßen.

Wer kann, schickt seine Kinder ins Ausland zum Studieren, auch Vermögen fließt ab. Wer das nicht kann, wird es ausbaden müssen. Unsere Wettbewerber und die geopolitischen Gegner werden uns nicht mit Samthandschuhen anfassen. Viele haben

„Der Druck im Kessel steigt. Wirtschaftlich ist die Situation deutlich herausfordernder als zu Zeiten von Gerhard Schröders Agenda 2010.“

ein langes Gedächtnis und aus der Geschichte noch Rechnungen mit uns Europäern offen. Und auch die Amerikaner unter Trump dürften gegenüber einem schwachen Deutschland sehr ungemütlich werden.

Wenn man versteht, dass auch eine schwache Kompromisskoalition in Richtung Abgrund führt, dann wird auch klar, dass die ganzen pathetischen Schuldzuweisungen der vergangenen Tage zu kurz greifen. Die Frage lautet: Schaffen wir es, uns ehrlich zu machen und nicht tief zu fallen?

Dieser Artikel ist am 05.02.2025 als Gastbeitrag im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Wenn das Sicherheitspaket von Schwarz-Rot selbst zum Risiko wird

von Veronika Grimm

Erschienen am
09.03.2025 als
Standpunkt in
Table.Briefings



Die überzogenen Schuldenpläne der werdenden schwarz-roten Koalition könnten die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen in Europa gefährden. Das gibt Russlands Präsident Putin einen weiteren Trumpf in die Hand.

„Whatever it takes“, „unsere Verteidigungsfähigkeit wird am Geld nicht scheitern“. Das sagte Friedrich Merz in Richtung Putin und vielleicht auch Richtung der USA. Die Beschlüsse, die daraufhin verkündet wurden, lassen aber Zweifel aufkommen. Denn während die beiden Partner Union und SPD durchaus klargemacht haben, man würde jeden Preis für die Sicherheit bezahlen, stellt sich die Frage, ob man dazu mittelfristig auch in der Lage ist.

Schon kurz nach der Ankündigung stieg am 5. März 2025 die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen um 29 Basispunkte und erreichte 2,75 Prozent. Dies war der größte Anstieg seit März 1990. Danach ist sie schon zeitweise bis auf 2,9 Prozent angestiegen. Da die Renditen für Staatsanleihen in der Eurozone gekoppelt sind, hat das auch Auswirkungen auf die Konditionen, zu denen sich andere europäische Länder verschulden können. Die Finanzierung der Verteidigung wird also für alle teurer. Zugleich sind viele große,

europäische Volkswirtschaften schon jetzt hoch verschuldet. Italien, Frankreich und Spanien haben einen Schuldenstand von deutlich über 100 Prozent. Eine weitere große Krise kann hier, wie bereits in der Corona- und der Energiekrise gesehen, nicht aus eigener Kraft adressiert werden. Man wäre noch stärker als schon 2020 auf Deutschland als Stabilitätsanker angewiesen.

Die neuen europäischen Fiskalregeln, die nach der Coronakrise vereinbart wurden, sollen daher die Schuldenstände wieder nach unten führen. Die drei großen und hochverschuldeten europäischen Volkswirtschaften haben bereits, zusammen mit 21 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mit der EU-Kommission einen Schuldenabbaupfad vereinbart. Deutschland ist noch keine Einigung mit der EU-Kommission gelungen. Stand jetzt ist die deutsche Haushaltplanung also nicht mit den EU-Fiskalregeln kompatibel – und das war sogar mit der alten Finanzplanung, vor den umfangreichen neuen Ankündigungen, schon ein Problem.

Verweigert sich Deutschland weiterhin, die europäischen Fiskalregeln zu beachten und plant stattdessen umfangreiche neue Ausgaben, so dürfte die Verhandlungsposition der EU-Kommission gegenüber den hoch verschuldeten europäischen Volkswirtschaften rapide sinken. An der mittelfristigen fiskalischen Tragfähigkeit in der Eurozone sind dann starke Zweifel angebracht.

Diese Analyse werden auch Russland und China anstellen. Sie müssen eigentlich nur warten, bis es in der Eurozone wieder zu einer Staatsschuldenkrise kommt. Sie könnten auch überlegen, eine solche Situation der Überlastung proaktiv auszulösen, wenn sich die Gelegenheit bietet. Schon die Energiekrise war kein Zufall, sondern von Russland vor dem Angriff auf die Ukraine bewusst provoziert worden.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, insbesondere Deutschland als Stabilitätsanker des Euro, tun daher gut daran, einen großen Sicherheitsabstand zu Tragfähigkeitsproblemen zu erhalten. Geschieht dies nicht, so ist davon auszugehen, dass Merz' Plan nicht aufgeht, sondern sich ins Gegenteil verkehrt. Wir werden über kurz oder lang unserem eigenen System erliegen und an Handlungsfähigkeit einbüßen. Wenn wir dann in einer Schuldenkrise mit uns selbst beschäftigt sind, ist das die Gelegenheit für Putin, etwa in einem kleineren europäischen Staat weiter zu zündeln.

Vor diesem Hintergrund ist zwar die Erhöhung der Verteidigungsausgaben richtig und wichtig, aber

darüber hinaus brauchen wir – gerade aufgrund dieser hohen zusätzlichen Ausgabenbedarfe im Verteidigungsbereich, für die die Kommission die europäischen Fiskalregeln großzügig auslegen will – Strukturreformen und eiserne Finanzdisziplin.

Es ist daher in höchstem Maße bedenklich, dass man den Partikularinteressen einer Partei, die in den Bundestagswahlen für ihre gescheiterte Finanzpolitik zurecht abgestraft wurde, folgt. Die SPD erpresst hier offenbar das Land, um ihre gescheiterte Finanzpolitik fortsetzen zu können und gegenüber ihren Wählern den Eintritt in eine CDU geführte Regierung erklären zu können. Erst die Partei, dann das Land.

Dafür ist die Situation zu brenzlig. Beschließt man diese Pakete nun im Bundestag, bevor man überhaupt in die Koalitionsverhandlungen eintritt, könnte das Kind in den Brunnen gefallen sein. Reformen dürften kaum durchsetzbar sein, wenn immer Geld verfügbar ist, um die Probleme zuzukleistern.

Aber Deutschland ist ein Sanierungsfall. Es sind zu viele Bereiche, in denen es Handlungsbedarf gibt und effizienter gewirtschaftet werden muss: Energie, Klima, Wohnen, Bauen, Digitalisierung, die Rente, das Gesundheitssystem. Die Unternehmenssteuern müssen runter und der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden. Vieles dürfte mit der SPD nur schwer umsetzbar sein, insbesondere wenn man seinen größten Verhandlungsspielraum aus der Hand gegeben hat.

Das gilt übrigens auch für die Verhandlungen mit den Bundesländern: wenn man ihnen vorab schon zusichert, die Schuldenbremse für sie zu lockern, wie will man sie danach dann überzeugen, auf Steuereinnahmen zu verzichten?

Und wenn man doch in einzelnen Bereichen Reformen durchsetzt, so fließt das viele Geld in anderen Bereichen ab und schafft Ansprüche, von denen man nicht mehr herunterkommt. Wie in der Vergangenheit. Dann braucht man immer mehr Geld, und die nächste Regierung wird wieder neue Verschuldungsprogramme auflegen. Putin braucht also nur zu warten. Man wird die Akteure dann an ihre Verantwortung erinnern, wenn die Sache schiefgegangen ist.

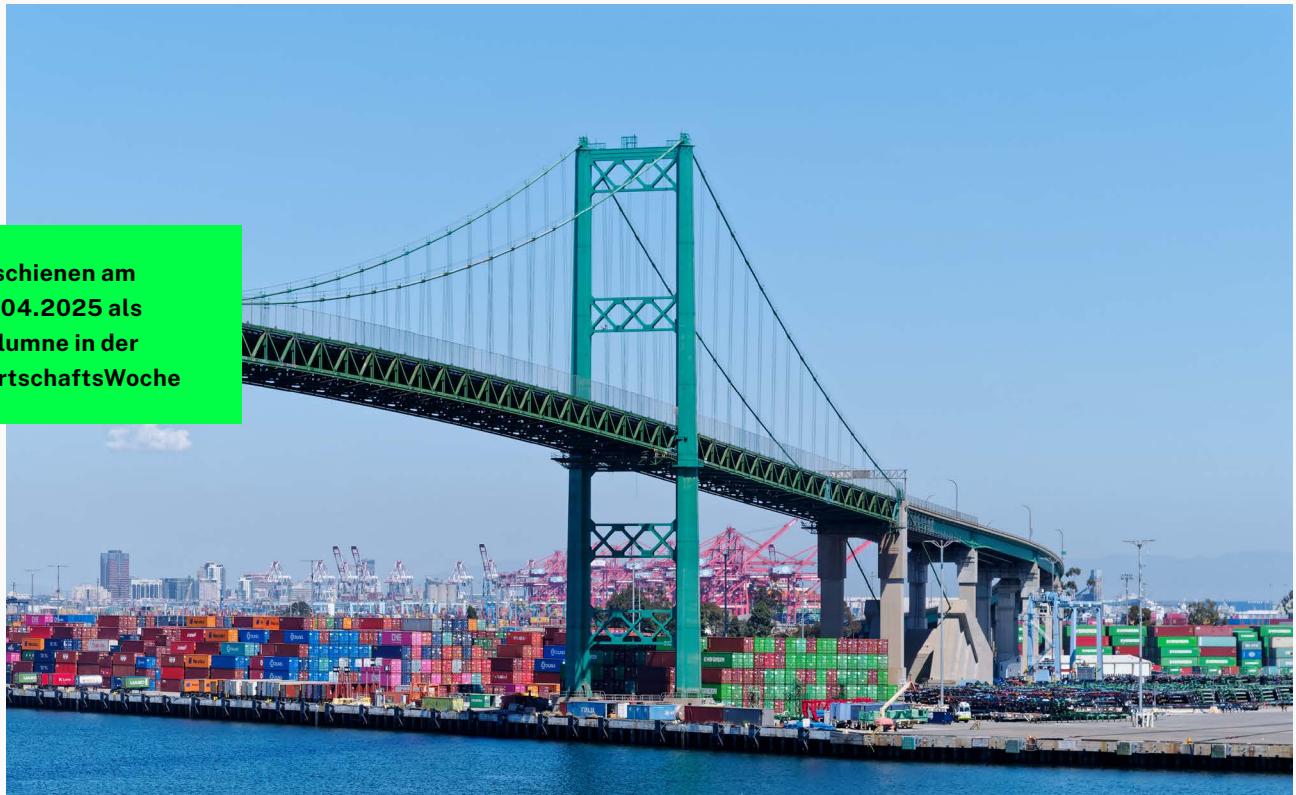
Dieser Artikel ist am 09.03.2025 als Standpunkt bei Table.Briefings erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier online abrufen](#).

Freihandel mit den USA wäre die beste Lösung

von Veronika Grimm

Erschienen am
13.04.2025 als
Kolumne in der
WirtschaftsWoche



Die EU tut gut daran, Kompromissbereitschaft und Härte im Zollstreit zu zeigen. Jetzt ist aber auch der Moment, europäisches Wachstum zu entfesseln.

Der von Donald Trump angezettelte Handelskrieg hält die Welt in Atem. Die Kurse brechen ein. Regierungen in aller Welt beraten über die richtige Reaktion. China hat bereits kräftig reagiert und fordert die USA heraus. Die EU plant ebenfalls Gegenmaßnahmen, hat jedoch auch signalisiert, dass sie verhandlungsbereit ist.

Die Vorbereitung einer Reaktion ist notwendig, nicht zuletzt, da man sie schon angedroht hatte. Sie sollte differenziert ausfallen, sodass gezielt die Amerikaner – und dort republikanische Staaten – getroffen werden, durch Zölle auf Produkte, bei denen der Zoll nicht an europäische Konsumenten weitergereicht wird – zuletzt hatte das mit Motorrädern und Jeans gut funktioniert. Außerdem

könnte die EU Digitalzölle erheben, die insbesondere große US-Technologiekonzerne treffen. Je stärker die zu erwartenden Folgen für die Amerikaner, desto stärker wird auch der Druck auf Donald Trump, zu verhandeln.

Zugleich ist es daher essenziell, dass die EU eine Verhandlungsstrategie in der Hinterhand hat. Trotz aller Verwerfungen wäre Freihandel mit den USA die beste Lösung – ein Abkommen ist aber vor Jahren an den Europäern selbst gescheitert. Das Angebot „Nullzölle auf Industrieprodukte“ ist ein Anfang, aber das wird den Amerikanern nicht reichen.

Die Einbeziehung des Agrarsektors wird in die Diskussion kommen und wäre auch der richtige Weg. Hier gibt es aber Widerstand, insbesondere aus Frankreich. Außerdem dürfte es um Energieimporte aus den USA gehen – ein Thema, dem Europa glücklicherweise bisher ausgewichen ist, das aber Potenzial für Kompromisse bietet.

Der Konflikt trifft Europa in einer Phase wachsender Herausforderungen. Das wirtschaftliche Momentum ist schwach, politische Prozesse sind träge und langwierig. Seit Jahren ist klar, dass Europa seine Handelsbeziehungen diversifizieren und international nicht als komplizierter, sondern als verlässlicher, lösungsorientierter Partner auftreten sollte. Vielleicht wacht Europa jetzt auf – gerade, wenn selbst historische Rivalen wie China, Südkorea und Japan ein Stück zusammenrücken und versuchen, ihre Reaktion zu koordinieren.

Nötig ist ein strategischer Wechsel: raus aus dem Reaktionsmodus, hin zu einer aktiven Agenda. Der europäische Binnenmarkt muss vertieft werden, um Wachstumspotenziale besser zu nutzen. Gleichzeitig gilt es, Europas Widerstandsfähigkeit zu stärken – vor allem sicherheitspolitisch – ohne die Haushaltstrisiken in hochverschuldeten Euro-Staaten zu verschärfen, die schon heute mit Tragfähigkeitsrisiken bei der Staatsverschuldung zu kämpfen haben.

Deutschland wird jetzt, nach Abschluss des Koalitionsvertrags, eine Schlüsselrolle zukommen. Die finanzpolitische Kehrtwende noch vor den Koalitionsverhandlungen wurde zwar in Europa begrüßt, aber das allein wird keine Lösung bringen. Denn Deutschland selbst steckt in einer tiefen Strukturkrise.

Seit 2019 stagniert die Wirtschaft. Die Industrie ist zu wenig ausgelastet, selbst in klassischen Kernbereichen. Die Exportdynamik ist eingebrochen, China avanciert zunehmend zum starken Wettbewerber bei Investitionsgütern. Das deutsche Wachstumspotenzial liegt derzeit bei lediglich 0,3 Prozent.

Eine klare Wachstumsstrategie ist daher auch die richtige Reaktion auf den zunehmenden geopolitischen Druck. Deutschland und Europa müssen attraktive Standorte für dynamische Unternehmen, führende Wissenschaftler und Innovationstreiber sein. Dazu braucht es niedrigere Unternehmenssteuern, mehr Kosteneffizienz und europäische Kooperation bei der Energiewende sowie Reformen in den sozialen Sicherungssystemen – insbesondere bei der Rente.

Entscheidend ist aber der konsequente Abbau von innovationshemmender Regulierung und Bürokratie. Es ist mehr Risikobereitschaft gefragt, wenn es um technischen Fortschritt geht. Fallen wir technologisch immer weiter hinter die USA und China zurück, so wird es für Europa schwierig, seine Souveränität zu behaupten und zu stärken. Je stärker Europas Wirtschaft, desto größer sein geopolitisches Gewicht.

Das gilt umso mehr, wenn sich die Vereinigten Staaten tatsächlich weitergehend abschotten sollten. Möglich ist, dass sie in zentralen Bereichen eine „America Only“-Strategie verfolgen und Wertschöpfungsketten ins eigene Land zurückholen. Kooperation mit Partnern würde dann vor allem dort stattfinden, wo ein unmittelbarer Nutzen für die USA erkennbar ist. Gerade in einem solchen Szenario ist wirtschaftliche Stärke für Europa entscheidend – nicht nur für das Verhältnis zu den USA in den Bereichen Wirtschaft und Verteidigung, sondern vor allem, um ein belastbares Netz globaler Partnerschaften zu sichern, das zur eigenen sicherheitspolitischen Resilienz beiträgt. Denn Europa ist auf Energie- und Rohstoffimporte angewiesen und kann sich nicht isolieren.

Europa steht an einem Wendepunkt – wirtschaftlich, geopolitisch und technologisch. Der Handelskonflikt mit den USA ist ein Beschleuniger dieser Veränderungen. Wenn die EU nicht entschlossen handelt, kann sie fast unwiederbringlich hinter die USA, aber auch hinter China zurückfallen. Jetzt ist der Moment, eine europäische Agenda zu entwickeln, die Wachstum entfesselt, technologische Stärke sichert und Europa zu einem aktiven Akteur der neuen Ordnung macht. Dafür braucht es nicht mehr Steuerung – sondern mehr Mut und Vertrauen in wirtschaftliche Dynamik.

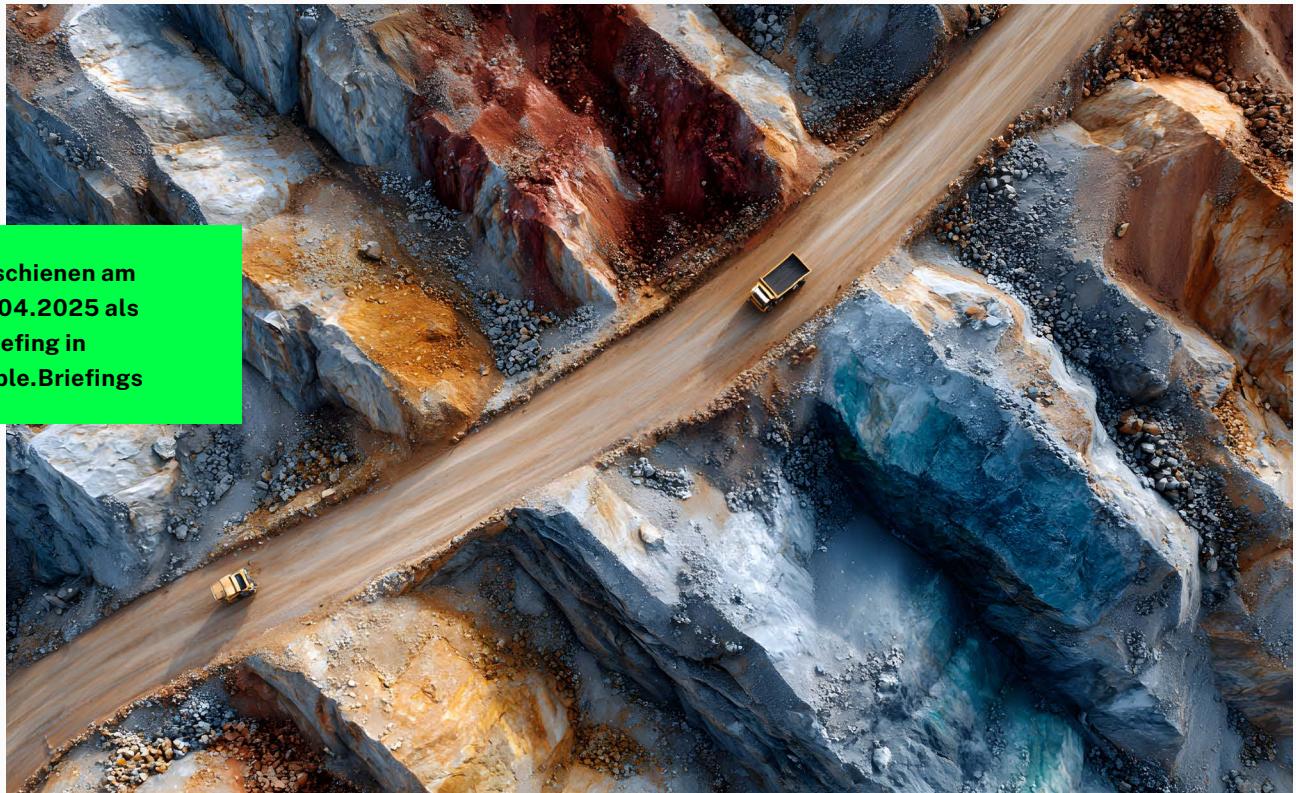
Dieser Artikel ist am 13.04.2025 als Kolumne in der WirtschaftsWoche erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier online abrufen](#).

Seltene Erden sind eine Achillesferse Europas

von Veronika Grimm

Erschienen am
17.04.2025 als
Briefing in
Table.Briefings



Donald Trump will die Konfrontation mit China und das Land zeigt seine Zähne. Zuletzt hat China nach der Zollspirale auch noch die Beschränkung der Ausfuhr bestimmter seltener Erden angekündigt – eine Maßnahme, die die westlichen Industriestaaten empfindlich treffen dürfte. Seltene Erden sind unverzichtbar im Hochtechnologie-Bereich, etwa bei Militärtechnik, Computerchips und Elektronikteilen – aber auch bei der Produktion von Elektromotoren oder Windkraftanlagen, ohne die die Energiewende nicht vorankommt.

Über die letzten Jahrzehnte hat China durch den staatlich begünstigten Abbau kritischer Rohstoffe und die gezielte Ansiedlung von Weiterverarbeitungsstätten internationale Konkurrenz

aus dem Markt gedrängt. Heute hält es, beispielsweise im Bereich der Seltenen Erden, quasi eine Monopolstellung. Dies ist seit Längerem bekannt. Von westlichen Industriestaaten wurde diese Form globaler Arbeitsteilung oft als ökonomisch vorteilhaft betrachtet – auch weil massive Umweltfolgen nicht vor der eigenen Haustür zu sehen waren.

Die Europäische Kommission hatte allerdings schon vor der Corona-Krise in verschiedenen Studien wirtschaftliche Abhängigkeiten analysiert. Sie kam zu dem Schluss, dass China den größten Anteil am Gesamtimport der Produkte mit hoher Abhängigkeit, also wenig oder keinen Substitutionsmöglichkeiten, aufweist. Auch der Sachverständigenrat Wirtschaft hat sich im Jahr 2022 mit den geopolitischen Veränderungen und sich

daraus ergebenden ökonomischen Herausforderungen befasst.

Kurzfristig bestehen mit Blick auf die Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten. Um die Risiken mittel- bis langfristig zu reduzieren, ist jedoch eine strategische Neuausrichtung dringend erforderlich. Dazu gehören der gezielte Aufbau und die Diversifizierung internationaler Lieferbeziehungen, insbesondere mit rohstoffreichen Demokratien wie Australien, Kanada oder bestimmten Ländern Afrikas. Ebenso wichtig ist der Ausbau des Recyclings kritischer Rohstoffe aus Altgeräten sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Substitution und Effizienzsteigerung.

Auch Investitionen in eigene Förder- und Verarbeitungskapazitäten – etwa in Schweden, Norwegen oder Deutschland – sollten geprüft werden. Die Zeitspanne zwischen der Entdeckung eines Vorkommens kritischer Rohstoffe und dem Beginn der tatsächlichen Förderung beträgt jedoch oft zehn bis 15 Jahre oder sogar mehr. Auf europäischer Ebene stellen Initiativen wie die European Raw Materials Alliance erste Schritte in die richtige Richtung dar, sie müssen jedoch konsequent weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Europa steht in der aktuellen Auseinandersetzung zwischen den USA und China nicht im Zentrum des Konflikts. Aber Europa dürfte die wirtschaftlichen und geopolitischen Folgen jedoch schmerzlich zu spüren bekommen. Die jüngsten Entwicklungen verdeutlichen erneut, dass geoökonomische Abhängigkeiten Teil einer Machtprojektion und somit in hohem Maße sicherheitsrelevant sind.

Sicherheit ist allerdings kein einmal erreichter Zustand. Sie ist ein kontinuierlicher Prozess der Anpassung an sich verändernde Bedrohungslagen und des Ausbalancierens geopolitischer Kräfteverhältnisse. China wird auf absehbare Zeit über eine Reihe potenzieller „ökonomischer Waffen“ verfügen – und daran dürfte sich mittelfristig wenig ändern. Umso wichtiger ist es, sich in Deutschland und Europa strategisch so aufzustellen, dass sie nicht gegen uns eingesetzt werden – und Vorkehrungen zu treffen für den Fall, dass es doch geschieht.

Offenheit für Dialog und zugleich robuste Interessenvertretung – gegenüber China und nicht als Show in den deutschen Medien – sowie tragfähige

„Nur wer Ambiguitäten aushält und dabei strategisch handlungsfähig bleibt, kann geopolitischen Spannungen dauerhaft begegnen.“

Gesprächskanäle sind ebenso Teil einer vorausschauenden Strategie wie wirtschaftliche Stärke und Attraktivität als Handelspartner. Nur wer Ambiguitäten aushält und dabei strategisch handlungsfähig bleibt, kann geopolitischen Spannungen dauerhaft begegnen. Für die europäischen Demokratien mit ihren zunehmend polarisierten Debatten ist das eine besondere Herausforderung.

Es ist dabei wenig hilfreich, wenn politische Entscheidungsträger die komplexen geoökonomischen Abhängigkeiten auf einfache Narrative wie Abkopplung oder moralische Schwarz-Weiß-Schemata reduzieren. Solche verkürzten Deutungen blenden zentrale Zielkonflikte und strukturelle Zwänge aus – sie können strategisch in die Irre führen und einer zielführenden Einstellung in der Bevölkerung gerade im Wege stehen. Stattdessen braucht es ein realistisches Verständnis globaler Verflechtungen und die Fähigkeit – auch in der Bevölkerung –, mit Ambiguitäten und Unsicherheiten umzugehen.

Vor diesem Hintergrund ist die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats ein richtiger und wichtiger Schritt. Die geoökonomischen Herausforderungen und deren Zusammenspiel mit anderen Bedrohungen unserer Sicherheit sollten ein Schwerpunkt seiner Arbeit sein. Auch wenn die Beratungen vertraulich erfolgen müssen, kann die Schaffung des Sicherheitsrats Anlass für eine gezielte öffentliche Kommunikation sein – nicht über einzelne Maßnahmen, sondern über die strategischen Herausforderungen. Das kann helfen, ein realistisches Risikobewusstsein zu fördern und die gesellschaftliche Resilienz im Umgang mit Unsicherheiten zu stärken.

Dieser Artikel ist am 17.04.2025 bei Table.Briefings erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Warum der Weg zu EU-Schulden unwahrscheinlich ist

von Veronika Grimm

Erschienen am
11.05.2025 als
Kommentar in der
WirtschaftsWoche



Der neue Kanzler hat eine historische Chance. Die Debatte über Schulden und Verteidigung kann Basis für eine europäische Gesamtstrategie sein.

Die überstürzte Entscheidung der zukünftigen Koalitionäre, die Schuldenregel in Deutschland auszuhebeln, hat eine komplizierte Diskussion auf europäischer Ebene eröffnet.

Die europäischen Fiskalregeln geben Deutschland keineswegs den Spielraum, die scheinbar geschaffenen Verschuldungsmöglichkeiten auch zu nutzen. Sie sehen zwar grundsätzlich individuelle Ausgabenpfade vor, schreiben jedoch zugleich für Staaten mit einer Schuldenquote über 60 Prozent des BIP eine mittelfristige Rückführung der Schuldenquote vor. Ausgabenverlagerungen in Sondervermögen oder auf nachgeordnete staatliche Ebenen ändern daran wenig – denn die EU-Fiskalregeln umfassen den gesamten Staat, inklusive etwa der Länder und Extrahaushalte.

Eine einfache Einigung zur Lockerung der europäischen Regeln ist nicht in Sicht, denn viele andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union stehen dem mittlerweile skeptisch gegenüber.

Selbst wenn die Regeln gelockert würden – worauf in Deutschland manche hoffen –, wäre

damit hochverschuldeten Staaten wie Frankreich, Italien oder Spanien wenig geholfen. Aufgrund ihrer ohnehin angespannten Finanzlage könnten diese Länder zusätzliche Verteidigungsausgaben oder Investitionen kaum über neue Schulden finanzieren, da die Kapitalmärkte darauf mit höheren Risikoauflagen oder eingeschränkter Nachfrage nach ihren Anleihen reagieren würden. Zur eigentlich gebotenen Finanzierung aus den jeweiligen laufenden Haushalten fehlt den Regierungen in vielen europäischen Ländern, genauso wie der neuen deutschen Regierung, die Kraft.

Gemeinsame EU-Schulden könnten unausweichlich werden

Bereits kurz nach der Ankündigung deutscher Schuldenpläne wurde daher die Forderung nach gemeinsamer europäischer Verschuldung wieder aufgegriffen. Europäische Anleiheemissionen unter Einbeziehung Deutschlands als

finanzpolitischem Stabilitätsanker würden insbesondere hochverschuldeten Mitgliedstaaten neue Spielräume zu günstigeren Konditionen eröffnen. Für Deutschland erscheint eine Beteiligung auf den ersten Blick wenig attraktiv, da es sich eigenständig günstiger finanzieren kann. Eine gemeinsame Verschuldung würde zudem mit einer Teilung finanzieller Risiken einhergehen – und könnte je nach Ausgestaltung auch neue Anreize für fiskalisch unsolides Verhalten hoch verschuldeter Mitgliedstaaten setzen.

Wenn aber die Verteidigungsfähigkeit der EU kurzfristig deutlich gestärkt werden muss, könnte am Ende kaum ein Weg an gemeinsamer Verschuldung vorbeiführen. Auf den zweiten Blick liegt in dieser fiskalischen Zwangslage die historische Chance für den zukünftigen Kanzler, eine europäische Lösung mit langfristiger Tragfähigkeit anzustoßen. Eine gemeinsame europäische Schuldenaufnahme muss aber unbedingt mit der Verlagerung von Kompetenzen und Entscheidungsgewalt in der Fiskal- und Haushaltspolitik auf die europäische Ebene einhergehen.

Diese Aufgabe stellt sich Friedrich Merz

In den demokratischen Systemen der EU-Mitgliedstaaten kann eine solche Verschiebung weg von den nationalen Regierungen und Parlamenten nur mit einer Vertiefung der politischen Union legitim erfolgen. Dazu braucht es eine institutionelle Unterfütterung: klare fiskalische Entscheidungsprozesse und Zuständigkeiten auf europäischer Ebene, eine gemeinsame Schuldenarchitektur, eine vertiefte Kapitalmarktunion und demokratische Legitimation. Gelingt dieser Schritt, könnte nicht nur Europas Position in einer polarisierten Welt gestärkt werden, sondern auch der Zusammenhalt innerhalb der EU.

Dafür braucht es keine kurzfristige Vergemeinschaftung aller Schulden. Aber es braucht ein gemeinsames Verständnis dafür, dass Kreditspielräume nicht nur fiskalische Instrumente sind, sondern auch strategische Ressourcen. Eine politische Union, also die Überwindung der Asymmetrie zwischen einer gemeinsamen Währung und fehlender politischer Integration, ist dabei die Voraussetzung dafür, dass die Europäische Union ihre Bedeutung im globalen Gefüge stärken kann.

Friedrich Merz muss daher klug verhandeln und vermeiden, den Fehler aus der Zeit vor den Koalitionsverhandlungen zu wiederholen: eine Zustimmung zu weiteren Schulden, bevor die institutionelle Weiterentwicklung der EU gesichert ist. Eine politische Union ist der richtige Weg und kann eine

gemeinsame Schuldenaufnahme ermöglichen – stärkt die EU aber nur unter strengen fiskalischen und institutionellen Bedingungen.

Die Fähigkeit Deutschlands, sich günstig zu verschulden, ist also nicht nur ein ökonomischer Vorteil, sondern auch ein Verhandlungspfand. Wenn Deutschland bereit ist, seine Kreditwürdigkeit einzubringen, kann es im Gegenzug Einfluss auf die Ausgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen und gemeinsamer Instrumente nehmen, wie die Governance bei gemeinsamer Verschuldung, Kontrollmechanismen, sowie strategische Zielsetzungen. Deutschland sollte seine Fähigkeit aber nur dann einbringen, wenn die Rahmenbedingungen für eine Stärkung der EU tatsächlich gegeben sind.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Sollte sich das internationale Währungssystem in den kommenden Jahren verändern – etwa durch eine Schwächung der Rolle des US-Dollars infolge inneramerikanischer Instabilität oder eines strukturellen Vertrauensverlusts –, könnte ein Euro, der auf einer vertieften fiskalischen und politischen Union basiert, an globalem Gewicht gewinnen. Dann könnten europäische Schuldentitel eine ähnliche Rolle übernehmen wie US-Staatsanleihen heute – als verlässliche Anker des globalen Finanzsystems. In einer Welt, in der der Dollar schwächelt, könnte der Euro also – mit den richtigen institutionellen Voraussetzungen – mehr als nur eine Alternativwährung sein.

Sollte sich unter den 27 Mitgliedstaaten keine Einigung über neue institutionelle Schritte erzielen lassen, könnte ein Voranschreiten mit einer Gruppe integrationswilliger Länder eine realistische Option sein. Ein solches Vorgehen könnte als Ausgangspunkt für eine später breitere europäische Lösung dienen.

Eine Debatte über Schulden und Verteidigung darf deshalb nicht rein national geführt werden. Sie muss Teil einer europäischen Gesamtstrategie sein, die auf fiskalische Tragfähigkeit, politische Integration und gemeinsame sicherheitspolitische Interessen zielt. Auch darf sie nicht primär als Reaktion auf aktuelle Notlagen verstanden werden. Vielmehr muss sie eingebettet sein in das Bewusstsein, dass langfristige Stabilität und Sicherheit in Europa nur gemeinsam erreicht werden können. Letztlich steht Europa vor einer grundlegenden Weichenstellung: Ob es künftig ein eigenständiger geopolitischer Akteur mit wirtschaftlicher Schlagkraft und strategischer Währungsmacht sein will – oder ob es abhängig bleibt von der Handlungsfähigkeit anderer.

Dieser Artikel ist am 11.05.2025 als Kommentar in der WirtschaftsWoche erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Die Bundesregierung sollte das Momentum nutzen

von Veronika Grimm

Erschienen am
22.05.2025 in der
Frankfurter
Allgemeine Zeitung



Deutschlands Strukturkrise trifft auf Europas begrenzte finanzpolitische Handlungsfähigkeit. Am Ende könnte kaum ein Weg an gemeinsamer Verschuldung vorbeiführen.

Deutschland befindet sich in einer schweren Strukturkrise, die sich schon mindestens seit dem Jahr 2018 abzeichnet und vom Sachverständigenrat im Jahr 2019, aber auch jüngst im Jahresgutachten 2023 thematisiert wurde. Zum einen dämpft die demographische Entwicklung das Wachstumspotential deutlich, weil der Renteneintritt der Babyboomer das verfügbare Arbeitsvolumen reduziert. Das traditionelle deutsche Exportmodell gerät zudem durch geopolitische Veränderungen und die zunehmende Konkurrenz, insbesondere aus Asien, unter Druck. Die Investitionen gehen daher zurück, und auch das Produktivitätswachstum ist seit vielen Jahren zu niedrig. Der technologische Fortschritt reicht nicht aus,

um die wachstumsdämpfenden Effekte zu kompensieren.

Im Zuge des Strukturwandels nimmt zudem der Wertschöpfungsanteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandprodukt ab, während der Dienstleistungssektor zunehmend an Bedeutung gewinnt. Allerdings konzentriert sich die im Dienstleistungssektor zunehmende Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland auf die Bereiche Gesundheit und Pflege sowie insbesondere den öffentlichen Sektor - anders als etwa in den Vereinigten Staaten, wo wachstumsstarke und produktive Bereiche wie der Tech-Sektor ein dynamisches Wachstum des

Dienstleistungssektors treiben. Es ist dringend notwendig, die Voraussetzungen zu schaffen, dass sich der Strukturwandel in Deutschland in eine wachstumsorientierte Richtung entwickeln kann. Nur so können die Wirtschaftskraft und die Resilienz unserer Gesellschaften nachhaltig gesteigert werden.

Die geplanten schuldenfinanzierten Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben werden voraussichtlich aber nur mit moderaten Wachstumsimpulsen einhergehen. Zum einen beschränken die europäischen Fiskalregeln die Verschuldungsspielräume Deutschlands. Zum anderen entfalten die zusätzlichen Ausgaben nur langsam Auswirkungen auf das Wachstum. Im Jahr 2025 ist noch kein signifikanter Effekt zu erwarten. In den Folgejahren dürfte durch die Verausgabung der Mittel die Unterauslastung der Wirtschaft in der Industrie und im Baugewerbe zurückgehen, wodurch es zu moderaten Wachstumsbeiträgen, aber möglicherweise auch zu Preiseffekten kommt. Das Wachstumspotential für die kommenden Jahre dürfte von mageren 0,3 Prozent auf weiterhin niedrige etwa 0,6 Prozent steigen. Strukturelle Reformen, die private Investitionen und Innovationen in Wachstumsbranchen nach sich ziehen, könnten deutlich höhere Auswirkungen auf das Wachstumspotential der Volkswirtschaft entfalten. Was ist also zu tun?

Als wichtige Grundlage für Wachstum und Wohlstand ist insbesondere die Stärkung des Humankapitals entscheidend, um das Innovations- und somit das Wachstumspotential nachhaltig zu stärken und den Strukturwandel als Chance nutzen zu können. Eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung, der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten, eine engere Verzahnung beruflicher und akademischer Bildung sowie Weiterbildung können die Chancen der Menschen in der Breite stärken und so auch Fachkräftepotentiale heben. Insbesondere ist ein kultureller Wandel erforderlich, der Scheitern als Teil von Innovationsprozessen erkennt und nicht als Makel, sondern als Lernchance begreift. Diese Perspektive sollte schon im Bildungssystem stärker integriert werden.

Unmittelbare und starke Wachstumsimpulse würden von einer umfangreichen Anpassung und teilweise der Abschaffung innovationshemmender

„Strukturelle Reformen, die private Investitionen und Innovationen in Wachstumsbranchen nach sich ziehen, könnten deutlich höhere Auswirkungen auf das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft entfalten.“

Regulierung ausgehen. Die Überdehnung des Vorsorgeprinzips in der EU führt heute zu hohen indirekten Kosten, indem potentielle Risiken einzelner Technologien überbewertet und Chancen, etwa für das Wirtschaftswachstum, systematisch unterbewertet oder gar nicht berücksichtigt werden. In der Praxis bedeutet das, dass neue Technologien -etwa in den Bereichen Gentechnik, Künstliche Intelligenz, Pharma, Medizintechnik, Nukleartechnik, synthetische Kraftstoffe oder neue Materialien - deutlich langsamer entwickelt, zugelassen oder von vornherein durch sehr enge Vorgaben verhindert werden.

Ohne eine systematische Berücksichtigung von Innovationspotentialen bei der Ausgestaltung der Gesetzgebung dürfte angesichts des hochdynamischen globalen Umfelds die Fixierung auf Risikovermeidung zunehmend zum Wettbewerbsnachteil auf den globalen Märkten werden. Deutschland und Europa könnten dadurch unwiederbringlich hinter die USA und China zurückfallen.

Die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist zudem in einem weiterentwickelten europäischen Binnenmarkt höher. Energiepolitik, Klimapolitik, Kapitalmärkte, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Forschung und Entwicklung sollten europäisch (noch) stärker integriert werden. Hier bestehen erhebliche Skaleneffekte, etwa durch Koordinierung bei Kapazitäten, Wettbewerb und Wissenstransfer. Über stärker integrierte Kapitalmärkte könnten die Finanzierung von Start-ups sowie Investitionen erleichtert werden. Gemeinsame Forschung im militärischen Bereich birgt darüber hinaus substanzielle Spillover-Potentiale für die zivile Innovationskraft.

Ergänzend dazu sind in Deutschland eine Vereinfachung und Absenkung der Unternehmensbesteuerung, eine Senkung der Lohnnebenkosten - etwa durch Reformen der Rentenversicherungen oder beim Bürgergeld - sowie steuerliche Anreize für das Arbeitsangebot und Investitionen zentrale Stellschrauben. Um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken, wird eine Steigerung der Produktivität und des Arbeitsvolumens unabdingbar sein. Die Arbeitsmarktdynamik könnte etwa durch eine Flexibilisierung arbeitsrechtlicher Regelungen sowie eine Lockerung der Mietenregulierung erhöht werden.

Darüber hinaus muss eine auf Kosteneffizienz ausgerichtete Energie- und Klimapolitik die Energiekosten strukturell senken. Ein stärkerer Fokus auf die CO2-Bepreisung anstatt auf Förderprogramme sowie der Abbau regulatorischer Hemmnisse und bürokratischer Belastungen -etwa durch die Rücknahme von technologiespezifischen Instrumenten wie der EU-Taxonomie sowie von redundanten Pflichten im Zuge der Nachhaltigkeitsberichterstattung -können die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts verbessern. Weniger technologiespezifische Regulierungen und Förderungen gehen auch mit einem geringeren Personalbedarf in den Behörden einher und lindern somit die Fachkräfteengpässe.

Um ein ausreichendes Fachkräftepotential für Unternehmen in wachstumsstarken Branchen verfügbar zu machen, sollten zudem Digitalisierung und Automatisierung in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie in der öffentlichen Verwaltung deutlich ambitionierter vorangetrieben werden. Im Gesundheitsbereich und in der Pflege wird das Automatisierungspotential bisher zwar als gering eingeschätzt, allerdings gibt es in anderen Ländern, etwa in Dänemark, hier beachtliche Fortschritte. Um Ähnliches in Deutschland zu erreichen, sind regulatorische Anpassungen notwendig und Akzeptanzhürden zu überwinden. Das gilt ebenso für die Digitalisierung und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung.

Dynamisches Wirtschaftswachstum ist nicht zuletzt eine wichtige Grundlage dafür, die Verteidigungsfähigkeit Europas zu stärken und so den Wohlstand langfristig abzusichern. Während Deutschland eine schnelle und substanzielle Erhöhung der Verteidigungsausgaben vorübergehend über zusätzliche Schulden finanzieren kann, ist dies hoch verschuldeten Staaten wie Frankreich, Italien oder Spanien nicht möglich. Die Kapitalmärkte würden mit höheren Risikoauflagen

oder eingeschränkter Nachfrage nach deren Anleihen reagieren.

Wenn die Verteidigungsfähigkeit der EU kurzfristig deutlich gestärkt werden muss und die Regierungen -wie in Deutschland -nicht die politische Kraft aufbringen, an anderer Stelle zu sparen, könnte daher am Ende kaum ein Weg an gemeinsamer Verschuldung vorbeiführen. Hochverschuldeten Mitgliedstaaten würden so neue fiskalische Spielräume zu günstigeren Konditionen eröffnet. Für Deutschland wäre eine Beteiligung hingegen ökonomisch unattraktiv und riskant, da es sich eigenständig günstiger finanzieren kann und bei gemeinsamer Verschuldung höhere Risiken mittragen und diese möglicherweise sogar noch steigern würde.

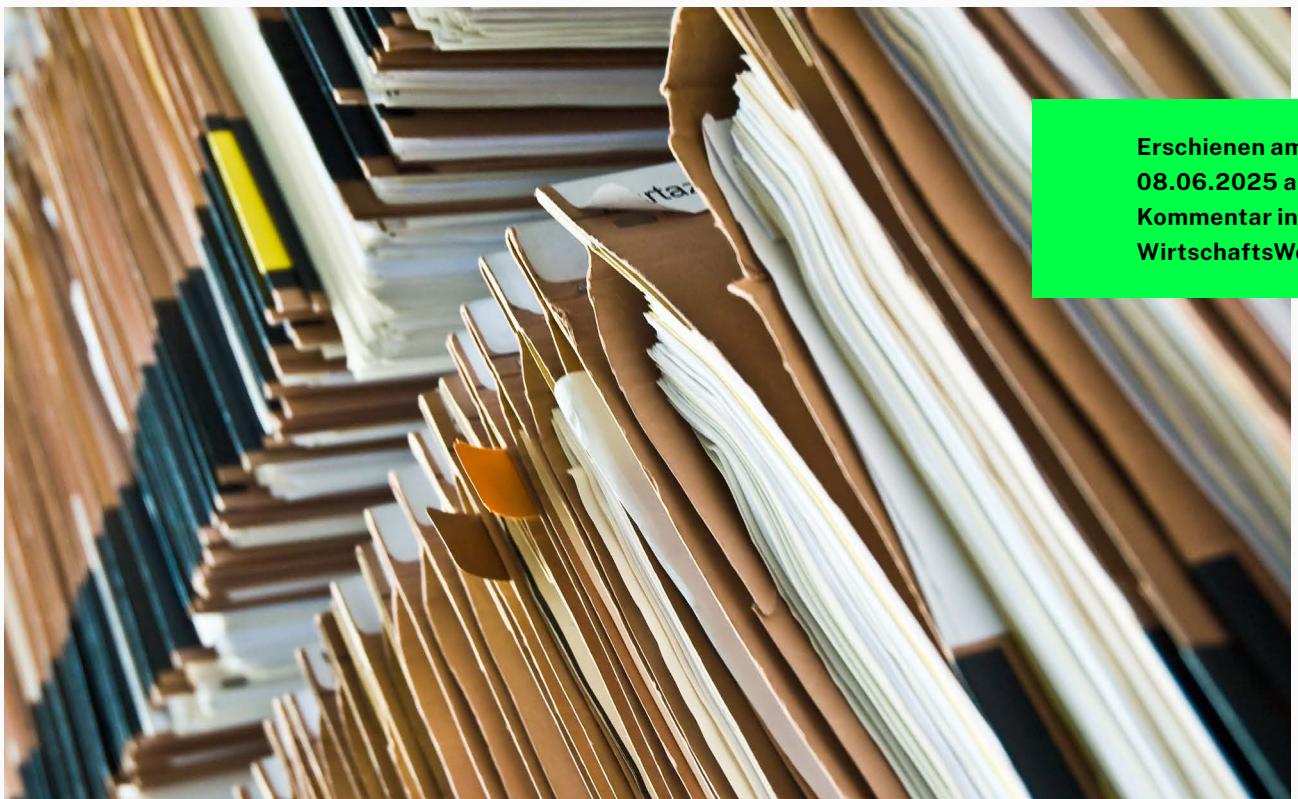
Die Bundesregierung könnte jedoch das Momentum nutzen und gemeinsamen europäischen Schulden in Verbindung mit einer Vertiefung der politischen Union zustimmen, also der Verlagerung von Kompetenzen und Entscheidungsgewalt in der Fiskal- und Haushaltspolitik auf die europäische Ebene. Nur durch entschlossene Strukturreformen und eine Vertiefung der europäischen Union kann es gelingen, aus dem Reaktionsmodus herauszukommen und wirtschaftliche Stärke, soziale Stabilität sowie sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit dauerhaft zu vereinen.

Dieser Artikel ist am 22.05.2025 in der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Die Fixierung der EU auf Risiko-vermeidung wird immer mehr zum Wettbewerbsnachteil

von Veronika Grimm



Erschienen am
08.06.2025 als
Kommentar in der
WirtschaftsWoche

Die EU will ihre Bürger frühzeitig vor Risiken schützen. Doch dieses Vorsorgeprinzip bringt selbst eine Gefahr: dass wir hinter USA und China zurückfallen.

Der technologische Fortschritt sowie gesellschaftliche Veränderungen haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einer kontinuierlichen Ausweitung und einer zunehmenden Komplexität rechtlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen geführt. Immer wieder wurden für neue Technologien und aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen umfangreiche neue Regulierungen geschaffen – bestehende Regeln hingegen nur selten abgebaut.

Das in der EU tief verankerte Vorsorgeprinzip – ursprünglich aus dem Umweltrecht stammend – wurde zunehmend ausgeweitet und auch auf andere Politikbereiche übertragen, etwa bei der Regulierung von Gentechnik oder Künstlicher Intelligenz. Es verfolgt das Ziel, Risiken frühzeitig zu vermeiden – häufig auch dann, wenn wissenschaftliche Belege für konkrete Gefährdungen noch nicht vorliegen. Die Risiken des Zurückfalls im globalen Technologiewettbewerb werden hingegen meist ignoriert.

So wird das Vorsorgeprinzip dort, wo es zu umfassend oder fehlplattiert zur Anwendung kommt, zunehmend zur Schwäche. Potenzielle Risiken werden überbewertet, Chancen dagegen systematisch unterschätzt.

In der Praxis führt das häufig dazu, dass neue Technologien – wie etwa Gentechnik, Künstliche Intelligenz, synthetische Kraftstoffe, Nukleartechnik oder neue Materialien – deutlich langsamer zugelassen oder unternehmerische Aktivitäten von Beginn an stark eingeschränkt oder gar verhindert werden. Im Gegensatz dazu setzen Länder wie die USA, Großbritannien oder zunehmend auch asiatische Staaten stärker auf das Innovationsprinzip: Risiken werden dabei zunächst akzeptiert und später gesteuert, anstatt Innovationen von vornherein auszubremsen.

In einem hochdynamischen globalen Umfeld wird die Fixierung der EU auf Risikovermeidung so immer mehr zum Wettbewerbsnachteil. Fallen Deutschland und Europa dadurch weiter hinter China und die USA zurück, birgt auch das erhebliche, aber häufig unterschätzte Risiken.

Eine moderne Verwaltung sollte höchste Priorität erhalten

Bei der Entwicklung neuer Gesetze sollte daher systematisch geprüft werden, ob die geplanten Regelungen innovationshemmend wirken. Außerdem sollten der Abbau und die Anpassung bestehender Vorschriften, eine klare und einfache Regelsetzung sowie eine moderne, ressourcenschonende Verwaltung in Deutschland und der EU höchste Priorität erhalten.

Die Einrichtung von „Regulatory Sandboxes“ ist keine wirkliche Lösung, da sie meist nur begrenzt, temporär und sektorspezifisch angelegt sind. Sie ersetzen keine grundlegende Reform des Regulierungsansatzes. Für echte Innovationsfreundlichkeit braucht es technologieoffene Vorgaben, Ergebnisoffenheit und einen stärkeren Fokus auf Chancen und Gestaltungsspielräume.

Nicht nur die Innovationskraft, auch die allgemeine Standortattraktivität leidet unter einem ausufernden Regulierungsdickicht. In aktuellen Umfragen wird Deutschlands Standortqualität als

„Bürokratische und die regulatorische Unsicherheit steigen. Dies macht Investitionsentscheidungen zugunsten deutscher Standorte weniger attraktiv.“

niedrig bewertet – Bürokratie gilt dabei als dominierender negativer Faktor. Berichtspflichten und Sorgfaltspflichten erhöhen die Unternehmenskosten erheblich. Trotz wiederholter Anläufe beim Bürokratieabbau ist der Erfüllungsaufwand für Unternehmen in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

Insbesondere neue Vorgaben und Berichtspflichten – etwa aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, der EU-Taxonomie oder der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) – führen zu zusätzlichem Aufwand in Form komplexer Nachweispflichten, Dokumentation und Genehmigungsverfahren.

Im Gegensatz zu den lange etablierten handels- oder steuerrechtlichen Vorschriften, für deren Umsetzung es eingespielte Prozesse und Fachkräfte gibt, stellen diese neuen Anforderungen vor allem kleine und mittelständische Unternehmen vor große Herausforderungen. Die nötige Expertise muss erst aufgebaut, Personal geschult oder externe Unterstützung eingekauft werden. Hinzu kommt, dass sich die Regelwerke im politischen Prozess häufig ändern – ein weiterer Unsicherheitsfaktor.

In der Summe steigen nicht nur die Bürokratiekosten, sondern auch die regulatorische Unsicherheit. Dies macht Investitionsentscheidungen zugunsten deutscher Standorte weniger attraktiv – insbesondere im Vergleich zu Ländern, in denen zwar ebenfalls klassische Bürokratie anfällt, aber keine Vielzahl zusätzlicher Berichts- und Dokumentationspflichten besteht.

Es werden aber nicht nur die Unternehmen belastet, sondern auch staatliche Akteure geraten zunehmend an ihre Grenzen. Die administrativen Kapazitäten reichen nicht aus, um wichtige, wohlfahrtsfördernde Vorschriften – etwa zur Sicherung fairen Wettbewerbs – effektiv durchzusetzen, wenn gleichzeitig eine Vielzahl komplexer, teils wenig

zielgerichteter Regelungen sowie umfangreiche Förderprogramme verwaltet werden müssen. Auch das schmälert die Standortqualität.

Was wir von Dänemark, Estland oder Österreich lernen können

Was also tun? Ein Blick ins Ausland zeigt: Es geht auch anders. In den Niederlanden ist die Bauwirtschaft wesentlich stärker industrialisiert, weil dort Rahmenbedingungen, Anreize und Prozesse gezielter auf Innovation und Standardisierung ausgerichtet sind. Dies führt zu schnelleren und kosteneffizienteren Bauprozessen. Estland gilt als Vorreiter der digitalen Verwaltung: Unternehmensgründungen, Steuererklärungen oder Behördengänge lassen sich dort mit wenigen Klicks digital erledigen – rund um die Uhr. In Dänemark erlaubt das Prinzip der Flexicurity flexible Kündigungen bei gleichzeitig starker sozialer Absicherung und aktiver Arbeitsmarktpolitik – ein Modell, das Beschäftigung statt einzelner Arbeitsplätze absichert und nicht zuletzt Unternehmensgründungen erleichtert.

Auch bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung gehen viele Länder deutlich weiter. In Finnland oder Österreich kommen KI-gestützte Systeme bereits zum Einsatz, etwa zur Optimierung von Genehmigungsprozessen oder zur frühzeitigen Fehlererkennung in Förderanträgen. Portugal hat zentrale Verwaltungsdienste stark gebündelt und damit Servicequalität und Effizienz verbessert.

Diese Beispiele zeigen: Nicht jede Hürde entsteht auf EU-Ebene. Viele Blockaden sind hausgemacht, etwa durch komplexe Zuständigkeiten, überregulierte Prozesse oder fehlenden politischen Mut zur Vereinfachung. Deutschland hat – unabhängig von Brüssel – erhebliche Spielräume, um durch eigene Reformen Geschwindigkeit, Klarheit und Innovationsfreundlichkeit zu fördern.

Gleichzeitig ist aber durchaus der Abbau unnötiger EU-Regeln notwendig. Regelwerke wie die CSDDD oder das deutsche Lieferkettengesetz sollten entfallen, da sie die angestrebten Ziele nicht erreichen können. Beim Klimaschutz ist die Zielerreichung durch den Emissionshandel bereits weitgehend sichergestellt – die zusätzlichen Vorgaben der EU-Taxonomie sind unnötig – teilweise erhöhen sie lediglich die Kosten der Transformation.

Aber kann es überhaupt gelingen, sich aus dem

Regulierungsdickicht zu befreien? Ein Blick über Europas Grenzen hinaus zeigt: Es ist anstrengend, aber lohnenswert. In Argentinien bereitete Deregulierungsminister Sturzenegger den Regulierungsabbau über Jahre strategisch vor. Planvoll, mutig und in engem Austausch mit Bevölkerung und Wirtschaft wurden neue Chancen eröffnet. Der Mut zahlt sich aus, wie die Entwicklung in Argentinien eindrucksvoll belegt.

Eine umfassende Reform des Regulierungsansatzes ist zentrale Voraussetzung für mehr wirtschaftliche Dynamik. Damit Europa im globalen Wettbewerb nicht den Anschluss verliert, muss es bereit sein, Fortschritt zuzulassen. Die wichtigste Währung dafür ist Mut – politischer Mut, neue Wege zu gehen und Spielräume zu schaffen.

Dieser Artikel ist am 08.06.2025 als Kommentar in der WirtschaftsWoche erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Europas strategische Bewährungsprobe

von Veronika Grimm

Erschienen am
11.08.2025 als
Kommentar in der
WirtschaftsWoche



Vertraute Strukturen brechen weg, neue Machtzentren entstehen. Europa muss wirtschaftlich, technologisch und geopolitisch handlungsfähiger werden – sonst droht der Verlust an Einfluss in einer Welt, die sich ohne Rücksicht weiterdreht.

Die Welt befindet sich in einem tiefgreifenden geopolitischen und geoökonomischen Wandel. Mit den Machtverhältnissen verschieben sich auch die Spielregeln der internationalen Ordnung. Inmitten dieser Umbrüche wirkt die deutsche Politik mitunter so, als klammere sie sich an vertraute Muster und handele weniger aus strategischer Überzeugung – möglicherweise aus dem Bestreben, kurzfristig Zustimmung in der Bevölkerung zu sichern.

Doch das bisherige Koordinatensystem – geprägt von westlicher Dominanz, verlässlichen Märkten und stabilen Partnerschaften – existiert

in dieser Form nicht mehr. Der Wandel ist nicht neu: Die globalen Kräfteverhältnisse verschieben sich seit Jahren sichtbar. Während Europa und die USA in den 1960er Jahren noch rund 60 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung stellten, liegt ihr Anteil heute bei etwa 40 Prozent – Tendenz sinkend.

Unter diesen Bedingungen ist die Hegemonie der USA nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Vereinigten Staaten fordern daher seit Jahren mehr sicherheitspolitisches Engagement von ihren europäischen Partnern. Die globale Neuordnung zeigt sich mittlerweile in vielfältigen

Entwicklungen – von regionalen Kriegen über zunehmende Handelskonflikte bis hin zur Erosion multilateraler Institutionen.

Schwellenländer, allen voran China, sind wirtschaftlich und militärisch auf Aufholjagd. Viele – insbesondere asiatische – Länder werden folgen. Ihre Wirtschaftsleistung steigt ebenso wie ihre Technologiekompetenz. Staaten, die lange als kostengünstige Produktionsstandorte und Wachstumsmärkte dienten, entwickeln sich zunehmend zu ernstzunehmenden Wettbewerbern – wirtschaftlich, technologisch und geopolitisch. Die Wirtschaftsbeziehungen mit ihnen bleiben aber zentral für Europas wirtschaftliche Prosperität und für die Lösung gemeinsamer Probleme, etwa beim Klimaschutz.

Russland und auch der Nahe Osten rüsten auf. Ein simpler Vergleich der Militärausgaben trügt, denn das gleiche Budget übersetzt sich in diesen Ländern in deutlich mehr militärische Schlagkraft. Die Stärke wird nicht nur militärisch ausgespielt. Immer erfolgreicher zielt die Propaganda – etwa über die sozialen Medien – darauf ab, den westlichen Rückhalt innerhalb der demokratischen Staaten zu schwächen.

Während die Ukraine kommunikativ oft erfolgreich dagegenhält und die westliche Unterstützung weitgehend Bestand hat, fehlt es im Fall Israels zunehmend an strategischer Klarheit. Dabei ist Israel nicht nur ein demokratischer Partner, sondern ein sicherheitspolitisch zentraler Akteur im Nahen Osten – auch im Interesse Europas. Wer in geopolitischen Kategorien denkt, sollte bereit sein, solche Partnerschaften auch dann zu stützen, wenn sie politisch oder kommunikativ herausfordernd sind. Europas Glaubwürdigkeit als geopolitischer Akteur bemisst sich auch daran, ob es seine Partner nicht nur rhetorisch, sondern konkret und verlässlich unterstützt – selbst in komplexen Konfliktlagen.

In den westlichen Demokratien kommt es regelmäßig zu einem Aufschrei, wenn existenziell bedrohte Länder strategisch für ihre Interessen eintreten. Viele Gesellschaften im Westen tun sich schwer mit Ambivalenz und Härten, die sicherheitspolitisch notwendig sein können. Polarisierung und moralische Überforderung treffen auf gezielte Desinformation durch russische und islamistische Propaganda. Diese hat es perfektioniert, die Empörung gezielt dorthin zu lenken, wo sie dem Kampf gegen

„Staaten, die lange als kostengünstige Produktionsstandorte und Wachstumsmärkte dienten, entwickeln sich zunehmend zu ernstzunehmenden Wettbewerbern.“

den aufgeklärten Westen dienlich ist.

Die wenigen Beispiele illustrieren: Die Phase relativer geopolitischer Stabilität und wirtschaftlicher Sicherheit, von der Europa jahrzehntelang profitierte, ist beendet. Es ist höchste Zeit für eine geopolitische und geoökonomische Strategie, die diesen Wandel ernst nimmt – und ihm nicht mit Illusionen begegnet. Drei Elemente sind für Europa zentral: wirtschaftliche Stärke, technologische Souveränität und internationale Partnerschaften.

Erstens: Wirtschaftskraft.

Europa wird nur dann international mitgestalten können, wenn es gelingt, Wachstum neu zu entfachen – nicht auf Pump und nicht durch Umverteilung, sondern durch Abbau hemmender Regulierung, die Schaffung eines attraktiven Umfelds für Unternehmen sowie öffentliche Investitionen in Verteidigung, Infrastruktur und Bildung. Nur wenn Europa seine eigene Wirtschaftskraft ins Zentrum stellt, wird es den globalen Herausforderungen auch politisch gewachsen sein.

Zweitens: Technologieführerschaft.

Europa muss sein Technologiepotenzial voll ausspielen und dabei mit seinen Partnern kooperieren. Dazu gehören insbesondere auch Israel und die Ukraine, die großen Stärken im militärischen Bereich entwickelt haben, von denen wir lernen können. Regulatorische Hemmnisse müssen beseitigt werden und die Forschungsstrategie sollte mehr auf den Hochtechnologiebereich abzielen (nach dem Prinzip „High Risk – High Return“). Regulatorische Hemmnisse für den technischen Fortschritt, etwa bei Gentechnik, Nukleartechnik oder KI, müssen konsequent abgebaut werden.

Drittens: die EU stärken.

Zu oft wird die EU in Frage gestellt. Aber kein Mitgliedstaat hat in dieser Transformationsphase die Zeit oder die Kraft, um außerhalb der Gemeinschaft besser zu bestehen als im Verbund. Es ist daher das Gebot der Stunde, in wichtigen Bereichen wie Verteidigung, Forschung, Kapitalmarkt und Binnenmarkt gemeinsam voranzugehen und darüber hinaus die Regulierungsdichte deutlich zu reduzieren.

Viertens: strategische Allianzen.

Europa wird perspektivisch von Importen abhängig bleiben, etwa bei Rohstoffen oder bei Energie. Daher gilt es, zu diversifizieren und gezielt Handelsbeziehungen mit Ländern in Asien, Lateinamerika und Afrika auszubauen. Rohstoffpartner-schaften, Investitionen in kritische Infrastrukturen und Gegenseitigkeit müssen Leitlinien der Außenwirtschaftspolitik werden. Der europäische Protektionismus, etwa im Agrarbereich, und die Überfrach-tung von Handelsabkommen mit dem Export unserer Wertvorstellungen und Regulierung sollten aufgegeben werden.

Eine strategisch ausgerichtete Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik ist in Zukunft unverzichtbar. Handelsbeziehungen mit gleichgesinnten Demokratien in Südamerika, Afrika oder Asien können nicht nur wirtschaftlich stabilisierend wirken, sondern auch zur geopolitischen Resilienz beitragen. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist dabei ein zentraler Hebel, um mittelfristig die wirtschaftliche Macht zugunsten der westlichen Demokratien und ihrer Partner ausgewogener zu verteilen – und so auch Einfluss auf die Gestaltung der künftigen Weltordnung zu nehmen.

Gerade im Verhältnis zu Afrika ist ein strategischer Neustart überfällig: Statt paternalistischer Ansätze braucht es echte Partnerschaften – etwa bei Energie, Migration und Digitalisierung. Europa darf das Feld nicht länger China überlassen.

Schließlich sollte Europa seine Handlungsfähigkeit auch nutzen, um globale öffentliche Güter aktiv zu gestalten – etwa im Klimaschutz. Da die USA sich zunehmend aus dieser Rolle zurückziehen, liegt es an Europa, internationale Institutionen zu stärken und Kooperationen mitzugestalten.

Die vor Europa liegenden Aufgaben sind gewaltig – einfache Antworten gibt es nicht. Wirtschaftliche Stärke, technologische Souveränität, strategische

Allianzen: All das sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern ambitionierte Ziele, die konsequentes Handeln, politisches Durchhaltevermögen und Risikobereitschaft verlangen. Noch fehlt es vielerorts an der Bereitschaft, klare Prioritäten zu setzen – und an der Ehrlichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern die Tiefe des Umbruchs offen zu vermitteln.

Doch wer jetzt zögert oder sich mit symbolischer Politik begnügt, riskiert nicht nur den Verlust an globalem Einfluss. Europa droht, wirtschaftlich abge-hängt, sicherheitspolitisch abhängig und geopoliti-sch marginalisiert zu werden – getrieben und mögli-cherweise zerrieben von den Entscheidungen anderer, statt selbst gestaltend zu wirken. Die Welt sortiert sich neu – mit oder ohne Europa.

Dieser Artikel ist am 11.08.2025 als Kommentar in der WirtschaftsWoche erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Augen auf für die Welt, wie sie ist

von Veronika Grimm



Erschienen am
14.10.2025 als
Kommentar im
Handelsblatt

Frieden entsteht nicht durch Moral, sondern durch Stärke und Verhandlungskunst. Israel zeigt, was Resilienz ist – Europa zögert. Jetzt gilt es, Realismus neu zu lernen.

Was für eine Freude, Welch berührende Momente gab es am Montag anlässlich der Befreiung der israelischen Geiseln! Und Welch eine Leistung von dem Dealmaker Donald Trump, der vorgeführt hat, dass eine Mischung aus Hard Power und Verhandlungsgeschick die Welt tatsächlich in eine balanciertere Richtung bewegen kann. Die Aussicht auf Frieden durch Stärke. Hoffentlich reicht das Momentum aus, um etwas grundlegend zu bewegen.

Am meisten beeindruckt hat mich die enorme Resilienz der Geiseln und der israelischen Bevölkerung. Trotz der Hölle, durch die die Verschleppten, ihre Familien und das ganze Land

in den letzten zwei Jahren gegangen sind, haben sie sich nicht unterkriegen lassen. Dieses Land mit seinen rund zehn Millionen Einwohnern behauptet sich als Rückgrat für Juden in aller Welt – und das trotz einer tiefen innenpolitischen Zerrissenheit. Ich kann nur empfehlen, die Sitzung der Knesset mit den Reden von Netanjahu, Trump und dem Oppositionsführer anzuhören – ein Moment der gemeinsamen Freude und des Zusammenstehens.

Die Europäer hatten sich zuvor mit der voreiligen Anerkennung eines palästinensischen Staats und dem Stopp von Waffenlieferungen an Israel selbst ins Abseits manövriert. Wir sind

weiterhin auf der Suche danach, wie sich Europa künftig positionieren sollte – und sind dabei von einer Position der Stärke weit entfernt. Selbst die Grundlage jeder militärischen Schlagkraft – wirtschaftliche Stärke – erodiert, und zwar in besorgniserregendem Tempo. Sicherheitspolitik ist aber auch Wirtschaftspolitik: Sie braucht Wachstum, Investitionen und fiskalische Stabilität. Das ist aktuell nicht der Fokus der Bundesregierung. Und blickt man nach Frankreich, sieht es noch düsterer aus.

Zudem erkennen wir nicht, dass Israel auch ein wichtiger Partner ist. Die Demokratie im Nahen Osten ist ein technologisch führendes Land und muss Teil einer westlichen Allianz bleiben. Militärisch sind wir auf Technologie aus dem Land angewiesen, ebenso wie auf Kooperation der Geheimdienste. Die Komplexität der Situation im Nahen Osten müssen daher auch wir aushalten.

Auch im Hinblick auf Resilienz sollten wir uns eine Scheibe abschneiden. Mit der zunehmenden Ambiguität des Weltgeschehens können wir aktuell schlecht umgehen. Statt die Komplexität anzuerkennen, wird meist moralisiert – oft reflexhaft –, bis jede außenpolitische Entwicklung im schiefen Licht steht. Während in Israel und Ägypten Weltpolitik gemacht wurde, beschäftigen wir uns mit moralischer Selbstvergewisserung – in Hamburg beschlossen die Bürger zeitgleich per Volksentscheid die Klimaneutralität schon 2040.

Doch so lässt sich vermutlich keine Zukunft organisieren – wir müssen die Vielfalt und die Welt um uns herum anerkennen, uns auch mit unbequemen Partnern auseinandersetzen und mit ihnen zusammenarbeiten.

Die Welt wird nicht einfacher, und auch wir werden uns ihr nicht entziehen können. Wenn wir bestehen wollen, brauchen wir weniger moralische Selbstvergewisserung und mehr Mut zur Realität – und vielleicht auch ein wenig von jener Stärke und dem Pragmatismus, den Israel, die USA und die arabische Welt am 13. Oktober gezeigt haben.

Dieser Artikel ist am 14.10.2025 als Kommentar im Handelsblatt erschienen.

Den Originalartikel können Sie [hier](#) online abrufen.

Veronika Grimm



Veronika Grimm ist seit 2024 Professorin an der Technischen Universität Nürnberg und leitet dort das Energy Systems und Market Design Lab. Zuvor war sie an der FAU Erlangen-Nürnberg, der Humboldt-Universität zu Berlin, an der Universidad de Alicante und der Universität zu Köln tätig und verbrachte längere Forschungsaufenthalte an der Université Libre de Bruxelles und der Université Catholique de Louvain.

Seit 2020 ist Veronika Grimm Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus ist sie in zahlreichen Gremien und Beiräten aktiv, unter anderem im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung, im wissenschaftlichen Beraterkreis Wirtschaftspolitik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE), in der Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring am Bundesministerium für Wirtschaft und

Energie (BMWE), im Sachverständigenrat für Verbraucherfragen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) sowie im Energy Steering Panel des European Academies' Science Advisory Council (EASAC). Sie ist Mitglied im Aufsichtsrat der Siemens Energy AG und Vorstand des Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B).

Veronika Grimms Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Energiemarktmodellierung, Verhaltensökonomie sowie Auktionen und Marktdesign. Sie hat zahlreiche Publikationen in führenden akademischen Zeitschriften vorgelegt, unter anderem dem Economic Journal und dem European Journal of Operational Research. Für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis hat Veronika Grimm in den vergangenen Jahren zahlreiche Auszeichnungen erhalten.

IMPRESSUM

Herausgeber
Technische Universität Nürnberg
Dr.-Luise-Herzberg-Str. 4
90461 Nürnberg

Redaktion und Ansprechpartner
Energy Systems and Market Design Lab
Telefon: +49 911 9274-1620,
E-Mail: market-design@utn.de

Photos: Adobe Stock

